

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. Frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 3 Mark, für das übrige Ausland
 5 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 gette oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berichtsungs-Anzeigen 40 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (letzt-
 gebende) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengesuche und Schlaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inskripte für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 29. Dezember 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Wählerlisten liegen aus!

Nutze jeder die kurze Frist! Von der Eintragung hängt das Wahlrecht ab!

Unbequeme Zahlen.

Der „Nordd. Allg. Ztg.“ hat unsere ziffermäßige Darstellung über die Herkunft der Einnahmen des Reiches und die Verwendung dieser Einnahmen des Reiches begrifflicher Weise wenig gefallen. Bewiesen diese Zahlen doch, daß der Löwenanteil aller Einnahmen des Reiches vom Proletariat aufgebracht werden muß, während sämtliche wirklichen Einnahmen des Reiches nicht einmal ausreichen, um die zirka 1 1/2 Milliarden betragenden jährlichen Lasten für Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik zu decken, weshalb denn auch für das Statsjahr 1907 eine Kautzche in Höhe von 264 Millionen vorgezogen ist.

Alle diese Tatsachen sind dem offiziellen Organ außerordentlich unbequem. Um ihren Eindruck zu vertuschen und den bürgerlichen Klopffechtern während des Wahlkampfes Material zu ihrer angeblichen Widerlegung an die Hand zu geben, macht deshalb das offiziöse Organ eine lange Gegenrechnung auf, die nichts Geringeres beweisen soll, als daß das deutsche Proletariat von den besitzenden Klassen weit mehr erhält, als es in Gestalt indirekter Steuern zu zahlen hat!

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ berechnet, daß die einkommensteuerfreie Bevölkerung (also die Bevölkerung mit weniger als 900 M. Einkommen) an indirekten Staatssteuern und kommunalen Verbrauchssteuern pro Kopf jährlich nur 16,64 M. zu zahlen habe, während auf den Kopf der preussischen einkommensteuerpflichtigen Bevölkerung an direkten wie indirekten Reichsteuern, Staatssteuern, kommunalen Verbrauchssteuern und sonstigen Kommunalsteuern der Betrag von 84,7 M. entfällt.

Oder anders ausgedrückt: Die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung steuere in Preußen zu den Reichs-, Staats- und Kommunalsteuern über 1100 Millionen Mark bei, während die einkommensteuerfreie Bevölkerung dagegen nur rund 400 Millionen aufbringe.

Unterziehen wir diese Berechnung einmal einer kleinen Nachprüfung.

Nach dem Etat für 1907 betragen die Reichssteuern rund 1179 Millionen Mark. Nach unserer Berechnung waren hierbon 1069 Millionen Steuern, deren Last sich zur Hauptsache auf die arbeitende Bevölkerung verteilte. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ behauptet, es seien nur 989 Millionen, da 190 von den 1179 Millionen auf Steuern entfielen, die ausschließlich von der besitzenden Klasse getragen würden. Zu diesen Steuern rechnet aber die „Nordd. Allg. Ztg.“ selbstverständlich die Frachturkundensteuer mit 14 Millionen, die Personensfahrkartensteuer mit 45 Millionen und die Zigarettensteuer mit 11 Millionen Mark Ertrag! Als ob nicht auch ein erheblicher Teil dieser Steuern von der proletarischen Bevölkerung mitgetragen würde!

Aber wir wollen um ein paar Millionen nicht einmal streiten und die Summe der Steuern, die als Kopfsteuern wirken, auf rund 1000 Millionen beziffern. Wie berechnet nun aber die „Nordd. Allg. Ztg.“, welcher Teil dieser Steuern vom Proletariat, der nichtbesitzenden Klasse, getragen werde und welcher Teil von der besitzenden Klasse? Sie unterscheidet einfach zwischen einkommensteuerfreier und einkommensteuerpflichtiger Bevölkerung, als ob die Proletarierklassen mit über 900 M. Einkommen einfach den besitzenden Klassen zugerechnet werden könnten!

Eine solche statistische Methode verschleiern natürlich die Klassengegenstände und Interessengegenstände der verschiedenen Klassen, statt sie ungehämmt zutage treten zu lassen. Dies zeigt sich sogleich an folgendem Beispiel: Das offiziöse Organ beziffert die einkommensteuerfreie Bevölkerung auf 65 Proz. der Gesamtbevölkerung, folglich entfallen auf sie auch 65 Proz. der (angeblich) 989 Millionen indirekter Steuern = 643 Millionen, während die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung 346 Millionen zu tragen habe, dazu noch die (angeblich) 190 Millionen, die von den Besitzenden ohnehin allein aufgebracht werden müßten, so daß für sie der Gesamtbetrag von 536 Millionen Mark herauskomme.

Diese auf die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung berechnete Summe stimmt nicht. Erstens ist der Gesamtbetrag der Kopfsteuer höher, und zweitens sind von den 190 Millionen mindestens die oben spezifizierten 70 Millionen abzutreiben.

Aber das ist nur die geringste Fehlerquelle der ganzen Rechnung. Der Hauptfehler liegt, wie schon hervorgehoben, in der ganz willkürlichen und sinnlosen Unterscheidung zwischen einkommensteuerfreier und einkommensteuerpflichtiger Bevölkerung! Wenn man eine ungefähr richtige Grenze zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen Nichtbesitzenden und Besitzenden ziehen will, so muß man die Einkommensgrenze von 1500 M. wählen! Zieht man aber diese Grenze, so entfallen nach dem Ausweis der amtlichen Einkommensteuerstatistik von den 35 Proz. Einkommensteuerpflichtigen weitere zwei Drittel auf die proletarische Bevölkerung. Von den — nach unten abgerundeten — 1000 Millionen als Kopfsteuer wirkenden Reichsteuern entfielen dann nicht nur 65 Proz. auf das Proletariat, sondern 65 Proz. + 23 1/2 Proz. = 88 1/2 Proz., d. h. 885 Millionen Mark!

Die Bevölkerung mit mehr als 1500 M. Einkommen hätte dann nur 115 Millionen Mark von der Milliarde zu zahlen, wozu dann noch 120 Millionen solcher Reichsteuern kämen, die vornehmlich von der besitzenden Klasse getragen werden. Das Endergebnis wäre also das, daß zirka ein Fünftel aller Reichsteuern von der besitzenden Klasse getragen würde, während vier Fünftel auf die nichtbesitzende Klasse entfielen!

Um dies trostlose Bild der Finanzwirtschaft des Reiches noch mehr zu verschleiern, rückt dann die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit den Staatssteuern und Kommunalsteuern an. In Preußen betrage für 1906 die Einnahme aus der Einkommen-, der Vermögens- und der Stempelsteuer 282 Millionen, wozu dann noch die Kommunalsteuern mit 485 Millionen kämen, Steuern, die wiederum von den Einkommensteuerpflichtigen aufgebracht würden. Nun, um die von den Besitzenden zu tragenden Lasten zu ermitteln, müssen wir von diesen zusammen 767 Millionen die Steuern abziehen, die von den Einkommensteuerpflichtigen mit 900—1500 M. gezahlt werden, also mindestens 67 Millionen Mark.

Betrachten wir nunmehr, analog der Berechnung der „Norddeutschen Allgemeinen“, die Verhältnisse speziell Preußens. Die preussische Bevölkerung beträgt nicht ganz 1/2 der Bevölkerung des Reiches. Von der proletarischen Bevölkerung Preußens müssen also an Reichsteuern knapp 1/2 von 885 Millionen aufgebracht werden, also rund 550 Millionen Mark. Dazu zirka 70 Millionen Staats- und Kommunalsteuern. Zusammen also 620 Millionen Mark. Von der besitzenden Klasse mit mehr als 1500 M. Einkommen dagegen knapp 1/2 der 235 Millionen Reichsteuern = 150 Millionen + 70 Millionen Staats- und Kommunalsteuern, zusammen also 850 Millionen Mark!

Die besitzende Klasse zahlt danach also noch immer mehr Steuern, als die nichtbesitzende Klasse. Was bedeuten aber in Wirklichkeit diese 850 Millionen Mark Steuern für die besitzende Klasse, wenn man sich vergegenwärtigt, daß 526 000 preussische Jeniten mit mehr als 3000 M. Einkommen allein 4780 Millionen Einkommen besaßen und 383 000 davon außerdem ein Vermögen von 58 786 Millionen Mark! Ja, die 88 000 preussischen Jeniten mit mehr als 9500 M. Jahreseinkommen besaßen allein ein Jahreseinkommen von zusammen 2505 Millionen Mark; sie allein hätten also die 850 Millionen Steuern der Besitzenden in Preußen aufbringen können und dabei noch immer pro Kopf und Jahr 20 000 M. zu verzehren gehabt!

Wenn dagegen eine Proletarierfamilie von fünf Köpfen pro Kopf rund 20 M. an indirekten Steuern, zusammen also 100 M. indirekter Steuern jährlich zu zahlen hat, so bedeutet das für sie eine sehr empfindliche Einschränkung ihrer ohnehin höchst notdürftigen Lebenshaltung, in vielen Fällen direkt Hunger und Elend!

Zu dieser Steuerbelastung kommt aber noch die ungeheure Belastung durch die allgemeine Lebensmittelerhöhung infolge der Hölle und Grenzsperren! Eine Belastung, die pro Kopf ebenfalls mindestens 20 M. beträgt, das tägliche Budget einer fünfköpfigen Familie also abermals um 100 M. einschränkt! Und die Milliardenprofite aus diesem Lebensmittelpreisanstieg fließen zur Hauptsache in die Taschen der Großgrundbesitzer!

So liegen die Dinge in Wirklichkeit im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte!

Und diesem System gilt der Wahlkampf! Mag das deutsche Proletariat am 25. Januar den offiziellen Weisheiten und Schönfärbereien den Beweis dafür liefern, wie wohl es sich in der Ära des Militarismus, der Kolonialpolitik und des Lebensmittelpreisanstiegs fühlt!

Wahlkampf.

Das Wahlrecht der außerhalb des Wohnorts Arbeitenden.

Wie bei allen Wahlen, so werden auch diesmal wieder Fälle bekannt, in denen die Behörden sich weigern, Wähler, die im Wahlbezirk zwar nicht den dauernden Wohnsitz haben, die aber die Woche über dort arbeiten, in die Wählerliste aufzunehmen.

Das steht in flagrantem Widerspruch zum Wahlgesetz und zu den Normen, die die Wahlprüfungskommission des Reichstags in langjähriger Praxis aufgestellt hat. In einem Bericht, den diese Kommission über die Ergebnisse der Wahlprüfungen in der neunten Legislaturperiode von 1893—1898 erstattet hat, gibt sie eine Reihe von Erläuterungen zu verschiedenen Paragraphen des Wahlgesetzes, die zum § 7 lautet:

§ 7. Die Niederlassung an einem Orte mit der Absicht längeren Verbleibens berechtigt zur Wahl an diesem Orte. Wahlberechtigte mit mehreren Wohnsitzorten sind an den mehreren Wohnsitzorten in die Wählerlisten aufzunehmen, wählen können dieselben nur an einem Orte. Keiner, welche in einem Wohnort für die Wadefaison in Stellung treten, Saisonarbeiter, Feldarbeiter, welche die Woche hindurch außerhalb ihres Wohnortes arbeiten, den Sonntag aber am Wohnorte zubringen, sind am Orte ihrer Beschäftigung wahlberechtigt und deshalb auch in die Wählerliste dieses Ortes einzutragen. Wehlet ein Wähler nach der Aufstellung der Wählerlisten den Wohnort, so bleibt er in dem Orte, in dessen Wählerliste er eingetragen ist, bis zur Stichwahl wahlberechtigt.

Nun halte nötigenfalls Behörden, die sich weigern, die außerhalb ihres Wohnortes Arbeitenden in die Wählerliste ihres Beschäftigungsortes aufzunehmen, diesen Beschluß der Wahlprüfungskommission des Reichstages vor und erhebe in jedem Fall, wo dennoch die Eintragung verweigert wird, ungehämt Beschwerde!

Der Kampf gegen das „schwarzrote Kartell“.

Während der Liberalismus den Mund nicht voll genug nehmen kann beim Wetzen gegen das „schwarzrote Kartell“, bettelt er bereits das mit Kulturkampfphrasen bombardierte Zentrum händisch um Wählerhilfe gegen die Sozialdemokratie an!

Wir hatten das vor einigen Tagen vorausgesagt. Der entartete Liberalismus werde bei den Stichwahlen, so führten wir aus, „wieder kräftig um die Gunst der Schwarzen buhlen und sie stärken“.

Die „Köln. Volksztg.“ bemerkt nun zu dieser unserer Aeußerung:

„Das ist sehr groß, aber davon abgesehen scheint der „Vorwärts“ seine Vappenhelmer gut zu kennen, denn die letztere Bemerkung trifft schon jetzt zu. Schon jetzt liegt das Gesicht eines liberalen Wahlkomitrees an das Zentrum vor, um Wählerhilfe gegen die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen unter Zulieferung der gleichen Gegenleistung für den Fall, daß nicht der Liberale, sondern das Zentrum in die Stichwahl kommen sollte.“

Die liberalen Phrasendrescher haben also nicht einmal die Anstandsfrist bis zu den Stichwahlen verstreichen lassen, sondern sie haben sich so weit erniedrigt, schon jetzt die „Schwarzen“ um Wählerhilfe anzubetteln!

Und das Zentrum wird sich, so sehr es auch jetzt höhnt, schließlich doch erweichen lassen. Schon hat es ja beschlossen, der freisinnigen Volkspartei je nach Lage der Dinge die Unterstützung nicht zu verweigern! So findet sich die ganze bürgerliche Reaktion trotz aller Kolonialen und nationalen Phrasendrescherei und liberalen Kulturkampfpaukerei allmählich wieder zusammen, noch bevor der 25. Januar ins Land gegangen ist!

Feurige Kohlen

sammelt das Zentrum auf seiner Segner Haupt. Im Kreise Bayern hat das Zentrum beschlossen, bei den Reichstagswahlen von einer eigenen Kandidatur abzusehen und für den freikonservativen Dr. Höffel einzutreten.

Im ersten Wahlgang Verdrüderung zwischen Zentrum und Konservativen! Im ersten Wahlgang eines Wahlkampfes, der unter der Leitung: Wiber Zentrum und Sozialdemokratie ausgefochten werden sollte! Wie wird den diversen Liberalen? Oder glauben sie, daß die Konservativen gegen solches Liebestwerben unwirksamlich bleiben werden, um der „nationalen Sache“ willen?

Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg.

Für den Wahlkreis Kalau-Ludau ist von der konservativen Partei wiederum der Herr Herrmann von Berlin als Kandidat aufgestellt. In einem festographierten Rundschreiben werden die den verschiedenen Parteien angehörigen Anwesenden des Kreises aufgefordert, ihre Unterstützung zur Veröffentlichung eines Wahlaufrufs zu geben, alle Parteiufergrenzen und Streitigkeiten beiseite zu lassen und dem Kandidaten die Stimme zu geben, der allein Aussicht hat, den Sieg über den sozialdemokratischen Gegner zu erringen. Es unterliegt kaum dem geringsten Zweifel, daß der Freisinn wie bei der letzten Wahl auch diesmal dieser reaktionären Aufforderung Folge leisten wird. Unterzeichnet ist dieser Aufruf von dem Landesdirektor Hr. v. Rautenfeld im Auftrag des konservativen Partei-Ausschusses des Kreises Ludau. Hat sich denn kein Kreisinsasse zur Vergabe des Namens im Kreise selbst gefunden, daß man sich an den Scharfmacher nach Krossen wenden mußte?

Der geeignetste Kandidat.

Eine Ueberraschung, wie sie nur die Junker fertig bringen können, wird dem deutschen Volke von den Junkern der Disprignitz bereitet. Der „aus Gesundheitsrücksichten“ gegangene Minister für hohe Schweinepreise, der nicht bei Tuppelstuch u. Co., sondern nur bei seiner Frau beteiligte Pöbelski als konservativer Kandidat wieder auf der politischen Bühne.

Der Mann, der durch die Vermittlung seiner Frau — an den Wucherprozenten Teil hatte, die sich die Firma Tuppelstuch auf Kosten des deutschen Volkes verschaffte, soll als — Vertreter des deutschen Volkes in den Reichstag einziehen. Der Mann, der die berühmte „preussische Beamtentradition“ schwer geschädigt hat, wird von den Junkern aufs Schild erhoben. Was schiert sie die Moral! Der dicke Pöbelski verdient ihren Dank für konsequent durchgeführte Fleischversteuerung und kann ihnen als gewandter Sprecher und rücksichtsloser Draufgänger noch manches nützen.

Pöbelskis Kandidatur hat als Charakteristikum dieses Wahlkampfes noch gefehlt. In der umfangreichen Person des Schweinezüchters von Dallmin verkörpern sich zwei der Segnungen, unter denen das deutsche Volk in der letzten Zeit am meisten geleidet hat: Kolonialpolitik und Fleischnot! Mit beiden wird der Name Pöbelskis für alle Zeit untrennbar verknüpft bleiben. Und wenn der konservative Wähler der Disprignitz am 25. Januar seinen Stimmzettel für Pöbelski in die Urne senkt, dann darf er's mit dem erhebenden Bewußtsein tun, an seinem Teile mitzuwirken, daß der deutsche Junker auch künftig von der Nahrung und von den Kolonialrechnungen des deutschen Volkes seinen gehörigen Tribut erheben kann.

Pöbelski ist der beste Kandidat für diesen Wahlkampf. So denken die Junker. Und so denken zweifellos auch die leider noch verhältnismäßig dünn gezeigten Klassenbewußten Proletarier der Disprignitz. Der Name Pöbelski soll ihnen die heiße Wahlarbeit wesentlich erleichtern. Mit Pöbelski als Gegenkandidaten wird unser Genosse Werno Naas, der in dem Wahlkreise für die Sozialdemokratie kandidiert, zweifellos der konservativen Mehrheit erfolgreich auf den Leib rücken.

Im ganzen Reiche aber wird die Kandidatur Pöbelskis dem arbeitenden Volke erscheinen als Zeichen junfischer Uebermuts, als ungewollter, aber umso wirksamerer Alarmruf zum Kampfe wider Kolonialpolitik und Fleischwucher!

Die sozialdemokratischen Kräfte des Freisinn.

Wie hatten jüngst in einer Aufstellung die Wahlkreise aufgeführt, in denen der Freisinn bei der Wahl 1903 in der Stichwahl das Mandat erlangte, und dabei ausgerechnet, daß er in acht Kreisen der Hilfe der Sozialdemokratie bedurfte. Diese Rechnung ist für den Freisinn noch zu günstig. In der Liste fehlten noch die beiden schlesischen Kreise Sagan-Sprottau, wo Müller-Sagan in der Stichwahl gegen den stärkeren Konservativen stand und die Sozialdemokratie als dritte Partei mit 3682 Stimmen den Ausschlag gab, und Grünberg-Freystadt, wo der Freisinnige Diehl-Hirschberg in der Stichwahl gegen den Konservativen, der in der Hauptwahl rund 1700 Stimmen mehr erhalten hatte, auf die 4485 Stimmen der Sozialdemokratie angewiesen war. Die Zahl der Mandate, die der Freisinn nur durch sozialdemokratische Hilfe erlangt hat, beträgt also nicht, wie wir dieser Tage angaben, acht, sondern zehn!

Die Wahlbewegung in Württemberg.

Stuttgart, 27. Dezember. (Sig. Ver.)

In Württemberg trifft die Reichstagswahlbewegung eine eigenartige politische Situation an. Während im Reiche bereits das Feldgeschrei wider Rot und Schwarz ertönt, möglichen bei den Landtagswahlen noch die Nationalliberalen in ununterbrochenem, darum aber umso deutlicherem Einverständnis mit dem Zentrum gegen das „rote Kartell“, das Volkspartei und Sozialdemokratie miteinander abgeschlossen hatten. Mit innerem Wohlgefallen folgten die Nationalliberalen der Volkspartei Mandate an, um sie dem Zentrum zuzuschleichen, als mitten in dieses idyllische Spiel das Signal von Berlin kam, das zum Sammeln gegen das Zentrum blies. Einen Augenblick war man wohl verblüfft und wurde sich der eigentümlichen Situation bewußt, in der man sich befand. Aber die Ueberraschung war bald überwunden. Welchen Gesinnungswandel gab es wohl, dessen sich ein nationalliberales Gemüt binnen wenigen Tagen nicht mit Klang unterzöge? Und richtig! Eben war von der nationalliberalen Presse noch die Streithart gegen die Volkspartei wild geschwungen worden und noch sind die Landtagswahlen nicht einmal zu Ende, als der Vorstand der Nationalliberalen bereits die Kühnheit hatte, in einem Schreiben die Konservativen, den Bauernbund und — die Volkspartei zu Verhandlungen über ein Zusammengehen der Parteien gegen Zentrum und Sozialdemokratie aufzufordern! „Insbesondere wäre es dringend wünschenswert“, heißt es in dem Schreiben, „daß die drei Parteien über diejenigen Wahlkreise, welche im Besitz des Zentrums oder der Sozialdemokratie sich befinden, zu einer Verständigung gelangen würden, da nur auf diese Weise die Reichstagsminderheit gestärkt werden kann.“

Ob es zu den Verhandlungen hierüber kommen wird, läßt sich noch nicht sagen, doch ist kaum anzunehmen, daß die Zahl der zu stande kommenden gemeinsamen gegen Zentrum und Sozialdemokratie gerichteten Kandidaturen trotz der gemeinsamen Wahlparole diesmal größer sein wird, als sie ohne eine solche Parole zu normalen Zeiten gewesen wäre. In einer Rede, die der Volksparteiler Conrad Haußmann vor einigen Tagen hielt, äußerte er sich über die Haltung seiner Partei zu den Reichstagswahlen mit den Worten: „Klonsand wird uns auch blind für die Lausche finden, daß der Reichstagsaufgabe sich nicht in der einzigen Kolonialabstimmung erschöpft, die an einem Tage vorgenommen werden wird. Der Reichstag ist auf 1825 Tage gewählt, und unsere bewusste Mission ist, zu verhindern, daß nicht zwischen Scheulibern nur nach einer Frage gebittet und darüber die freiherrliche Weisheit vergeblich wird.“

Dieses und andere Reden sprechen dagegen, daß die Volkspartei im Landtagswahlen den scharfen Kampf vergessen würde, den sie gegen den Bauernbund und die mit ihm verbündeten Nationalliberalen geführt hat, und nun mit fliegenden Fahnen zu ihnen übergeben würde. Und zu welchem Zweck wohl? Dem Zentrum einen seiner württembergischen Reichstagswahlkreise abzunehmen, ist so gut wie ausgeschlossen. Es blieben also nur die vier sozialdemokratischen Wahlkreise übrig, von denen einer, Stuttgart, festerer Besitz unserer Partei ist. Bei den drei anderen wird es aus Gründen der Rivalität auch kaum zu einer bürgerlichen Koalition kommen. Die Schwierigkeiten einer solchen liegen, abgesehen von der überall sehr misslichen Personenfrage, namentlich in den nicht wenzubühnenden Gegensätzen zwischen Nationalliberalismus und Bauernbund. Ein klassisches Beispiel dafür bietet der Wahlkreis Heilbronn, der in der letzten Periode vom Agitatoren Dr. Wolff vertreten war. Ihn wollten Volkspartei und Nationalsozialist Friedrich Raumann entgegenstellen,

was selbstverständlich die Nationalliberalen glatt ablehnten. Wenn sich die letzteren in Heilbronn gegen den Bauernbund wenden würden, würde ihnen das einzige württembergische Reichstagsmandat, das sie noch haben, das des Prof. Hieber in Cannstatt, unweiderwillig verloren gehen. Das Stimmverhältnis, in dem die Nationalliberalen zum Bauernbund stehen, ist schon zu weit entwickelt, als daß sie es wagen dürften, von ihm ein Zugeständnis in irgend einem Kreise zugunsten der Volkspartei zu verlangen, und so wird wohl aus diesem Grunde aus der von ihnen angeführten bürgerlichen Sammlung nicht viel herausbringen.

Die Sozialdemokratie ist sich der schwierigen Aufgaben, die ihrer im Wahlkampf harren, vollbewußt. Sie hat die Pflicht, ihren Bestand zu vertheidigen, und noch möglichst einige Kreise hinzugewinnen. Die Kandidaten sind noch nicht in allen Kreisen nominiert, was ja erklärlich ist, da die Reichstagsauflösung mitten in die Landtagswahlen hineinfiel. Vorläufig steht fest, daß in Stuttgart (Stadt und Amt) der bisherige Abgeordnete Hildenbrand, in Ehlingen (mit den Gemeinden Rötzingen, Kirchheim, Urach) der bisherige Abgeordnete Schlegel und in Wöppingen (mit den Gemeinden Gmünd, Schornbach, Weßheim) der bisherige Abgeordnete Dr. Lindemann wieder kandidieren werden. Ueber ihre bürgerlichen Gegenkandidaten verlaute noch nichts. Im Wahlkreis Cannstatt (mit den Gemeinden Ludwigsburg, Weiblingen, Marbach) hat bisher der verdiente Parteigenosse Leonhard Tauscher kandidiert, dem sein hohes Alter aber nicht mehr gestattet, die Mühen der Wahltagung nochmals zu übernehmen, obwohl er 1903 bereits in ausrichtreicher Stichwahl gegen Prof. Hieber gestanden hat. An Stelle Tauscher's ist nunmehr der Landtagsabgeordnete Keil als Kandidat aufgestellt worden. Weitere Kandidaturen in für uns ausrichtreichen Bezirken werden im Laufe dieser Woche definitiv bestimmt werden.

Bei dieser Gelegenheit kann auch noch mitgeteilt werden, daß die Kandidaten für die Landesproportionalwahlen zum württembergischen Landtag nunmehr von den Parteien nominiert sind. Für die Sozialdemokratie kandidieren in der nördlichen Landeshälfte (Neckar- und Jagstkreis) die Parteigenossen Feuerstein, Schlegel, Dietrich, Reichel, Wagner und Behr, in der südlichen Landeshälfte (Schwob- und Donaukreis) die Genossen Mattiast, Gähring, Vosseler, Kowald und Ott. Im ersten Kreis hat die Sozialdemokratie die ziemlich gewisse Aussicht 3 Kandidaten, und im zweiten Kreis einen Kandidaten durchzubringen.

Der Wahl-Parteitag der badischen Sozialdemokratie.

Am zweiten Weihnachtstage hielten die badischen Genossen in Dffenburg einen außerordentlichen Parteitag ab, der sich mit der Reichstagswahl beschäftigte. Genosse Parteiführer Eichhorn gab einen Ueberblick über den Stand der Organisation, wobei er hervorhob, daß die über 100 Protetstversammlungen, die im November in Baden gegen die Lebensmittelsteuerung stattgefunden, eine gute Vorarbeit für die Wahlen seien. Im allgemeinen stehe die Organisation gut, im letzten Jahre seien z. B. 80 neue Organisationen gegründet worden, die uns bei der Agitation gute Dienste leisten werden. Weiter wurde bei der Besprechung der Parteiverhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen hervorgehoben, daß die Sozialdemokratie in vier Wahlkreisen vermutlich in die Lage komme, in der Stichwahl den Ausschlag zwischen Nationalliberalen und Zentrum zu geben. In zwei Kreisen hofft man sofort im ersten Wahlgang zu siegen, in zwei weiteren, von denen der eine jetzt schon in unserem Besitz ist, kommen wir in ausrichtswele Stichwahlen.

Die Erörterung der Wahltagung nahm unter lebhafter Beteiligung der Delegierten längere Zeit in Anspruch. In bezug auf die Wahltagung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der außerordentliche Parteitag der badischen Sozialdemokratie begrüßt freudig die Auflösung des Reichstages, die dem deutschen Volke erwünschte Gelegenheit gibt, über die von Regierung und Mehrheitsparteien des Reichstages seit Jahren betriebene verderbliche innere und äußere Politik zu Gericht zu sitzen.“

Für die Sozialdemokratie kam daher der Anlaß zur Reichstagsauflösung auch nicht alleinige Wahlparole und die zufällige Parteigruppierung bei der Ablehnung der Kolonialforderung nicht maßgebend für die Stellung zu den bürgerlichen Parteien sein. Wie noch bei jeder allgemeinen Wahl werden wir auch diesmal als Wahlparole unser bewährtes Programm haben und dementsprechend den Kampf mit gleicher Schärfe gegen alle bürgerlichen Parteien führen. Der Parteitag macht es den Parteigenossen zur Pflicht, in diesem Sinne im Wahlkampfe tätig zu sein!

Von dem Parteitag wurden sodann für die 14 badischen Wahlkreise folgende Kandidaten proklamiert:

1. Kreis Konstanz-Hechingen: Malermeister Aug. Krohm-Konstanz.
2. „ Donaueschingen-Billingen: Schuhmachermeister Wilhelm Grahl-Erberg.
3. „ Neuchâtel-Schopfheim: Sattler Adolf Müller-Schopfheim.
4. „ Lörrach-Staufen: Textilarbeiterverbandsbeamter H. Kiesel-Lörrach.
5. „ Freiburg-Waldkirch: Sägenfeiler Ernst Kräuter-Freiburg.
6. „ Effenheim-Bahr: Arbeitersekretär Wilhelm Engler-Freiburg.
7. „ Rehl-Offenburg: Metallarbeiterverbandsbeamter Hermann Haber-Frozheim.
8. „ Baden-Naumburg: Apotheker Theodor Luz-Waden-Baden.
9. „ Frozheim-Durlach: Parteiführer Emil Eichhorn-Naumburg.
10. „ Karlsruhe-Bruchsal: Buchdruckerbesitzer Adolf Ged-Offenburg.
11. „ Mannheim-Weinheim: Rechtsanwalt Dr. L. Frank-Mannheim.
12. „ Heidelberg-Mosbach: Expedient Georg Pfeiffle-Mannheim.
13. „ Bretten-Sinsheim: Maurerverbandsbeamter Richard Hörter-Rammheim.
14. „ Tauberhirschheim-Duchen: Installateur Karl Hahn-Mannheim.

Die Aufstellung der Kandidaten erfolgte einstimmig. Zur eventuellen Beratung der Stichwahltagung soll der Landesvorstand, der sich als Zentralwahlkomitee für Baden konstituierte, die Kandidaten die drei bisher in unserem Besitz befindlichen Kreise sowie die Vertrauensmänner der Kreise zuziehen.

Der in größter Begeisterung verlaufene Parteitag war von 44 Vertretern besucht.

Kandidaten-Aufstellungen.

Die sozialdemokratischen Reichstagskandidaten für die 12 Wahlkreise des Agitationsbezirks Frankfurt a. M. sind:

1. Höchstingen-Homburg: Schuhmachermeister Friedrich Brühn-Frankfurt a. M.
2. Wiesbaden-Viebrich-Rüdesheim: Geschäftsführer Gustav Lehmann-Mannheim.
3. Montabaur-St. Goarshausen: Redakteur F. A. Wetters-Biegen.
4. Diez-Vimborg-Weilburg: Gauleiter Robert Habicht-Frankfurt a. M.
5. Dillenburg-Hersborn: Kaufmann Louis Trott-Halger.
6. Frankfurt a. M.: Redakteur Dr. jur. Max Duard-Frankfurt a. M.
7. Hanau-Weinhausen-Orb: Arbeitersekretär Gustav Hoch-Hanau.
8. Fulda-Schlachten: Kassenbeamter Romanus Müller-Frankfurt a. M.
9. Weimar-Altenkirchen: Gewerkschaftsbeamter Wilhelm Krenser-Frankfurt a. M.

10. Marburg-Kirchhain-Bühl-Frankenberg: Geschäftsführer Robert Dilmann-Frankfurt a. M.
11. Kassel: Arbeitersekretär Eduard Gräf-Frankfurt a. M.
12. Lohr a. M.: Gewerkschaftsvorstand Georg Diehl-Frankfurt a. M.

Unsere schlesischen Genossen haben nunmehr auch überall ihre Kandidaten nominiert. Die bisherigen Abgeordneten sind sämtlich wieder aufgestellt; im 8. Wahlkreise wurde, wie bei der letzten Wahl, Genosse Doppner-Dresden und im 20. Wahlkreise Genosse Paul Göhre aufgestellt. Unsere Kandidatenliste fürs Königreich Sachsen sieht nun so aus:

1. Wahlkreis: Zittau: Edmund Fischer.
2. „ Löbau: Sindermann.
3. „ Bautzen: Doppner.
4. „ Dresden-K.: Raden.
5. „ Dresden-N.: Dr. Gradnauer.
6. „ Dresden-Land: Horn.
7. „ Meissen-Großhain: Rigische.
8. „ Bism: Prähdorf.
9. „ Freiberg: Schulze-Coffeubaude.
10. „ Tschöben: Pinkau.
11. „ Döbeln: Lipinski.
12. „ Leipzig-Stadt: Rotteler.
13. „ Leipzig-Land: Geher.
14. „ Borna: Schöpllin.
15. „ Limbach: Stäcken.
16. „ Chemnitz: Roske.
17. „ Meerane: Auer.
18. „ Joidan: Stolle.
19. „ Stollberg: Goldstein.
20. „ Riesa: Göhre.
21. „ Schwarzenberg: Grenz.
22. „ Neichenbach: Hoffmann-Berlin.
23. „ Plauen: Gerich.

Im Agitationsbezirk Schleswig-Holstein kandidieren folgende Genossen:

1. Schlesw.-Holstein, Wahlkreis: G. Riendorf-Kiel.
2. „ „ „ G. Richelsen-Flensburg.
3. „ „ „ P. Hoffmann-Hamburg.
4. „ „ „ W. Breccour-Kiel.
5. „ „ „ P. Müller-Hamburg.
6. „ „ „ A. v. Elm-Hamburg.
7. „ „ „ E. Legien-Berlin.
8. „ „ „ C. Frohme-Hamburg.
9. „ „ „ P. Weinheber-Hamburg.
10. „ „ „ Fr. Besche-Hamburg.

Fürstentum Lübeck (1. Oldenburg, Wahlkreis): Johs. Stelling-Lübeck.

Aus Schlessen ist noch zu melden, daß in Dels-Wartenberg Genosse Emil Reufirch (Parteiführer in Breslau) aufgestellt wurde.

Für Wühlhausen-Langensalza (Thüringen) kandidiert Genosse Max Grünwald.

In Elsaß-Lothringen kandidieren für unsere Partei:

- Strasbourg: Genosse Böhle.
- Strasbourg-Land: Genosse Fuchs.
- Wühlhausen: Genosse Emmel.
- Kolmar: Genosse Peirotes.
- Schweizer: Genosse Bucher.
- Rey: Genosse Schleichner.

In der Pfalz kandidieren für die Sozialdemokratie:

1. Kreis (Speyer-Ludwigshafen-Frankenthal): Franz Josef Ehrhart.
2. „ (Neustadt-Landau): Josef Huber.
3. „ (Bergzabern-Wermersheim): Bruno Körner.
4. „ (Zweibrücken-St. Ingbert-Pirmasens): Philipp Reidel.
5. „ (Homburg-Rufel-Landstuhl): Friedrich Proffitt.
6. „ (Kaiserslautern-Kirchheimbolanden): Eduard Klement.

Wer hat das Geld?

Unsere Zahlen über die „grifflige“ Verteilung der Einkommen in Preußen mögen heute einige Zahlen über die Verteilung des Vermögens

in Preußen folgen. Nach der amtlichen Statistik wuchs das Vermögen aller Jenfiten in Preußen (d. h. aller Personen mit einem Vermögen von mehr als 6000 M.)

von 63 857 Millionen im Jahre 1895 auf 82 410 „ „ „ 1905

Der Vermögenszuwachs betrug also in diesen 10 Jahren 18 553 Millionen Mark.

Die Zahl der zur Vermögenssteuer herangezogenen Jenfiten wuchs

von 1 152 000 im Jahre 1895 auf 1 379 000 „ „ 1905

nahm also zu um 227 000.

Unter diesen 227 000 waren wiederum Jenfiten mit einem Einkommen von über 3000 Mark

115 000,

dagegen Jenfiten mit einem Einkommen von unter 3000 Mark

112 000.

Das Vermögen der Jenfiten mit mehr als 3000 Mark wuchs nun um

16 246 Millionen,

während das Vermögen der Jenfiten mit einem Einkommen von weniger als 3000 Mark nur um

2307 Millionen zunahm!

Im ganzen besaßen im Jahre 1905:

996 000 Jenfiten ein Vermögen von 23 624 Millionen Mark!

383 000 „ „ „ 58 786 „ „

96,2 Proz. der preussischen Bevölkerung konnten aber überhaupt nicht zur Vermögenssteuer herangezogen werden, weil sie weniger als 6000 M. Vermögen besaßen!

Wie viele darunter ein „Vermögen“ von 0,00 M. besaßen, mögen unsere Leser sich selbst sagen!

Würden aber die 82 Milliarden Vermögen derer mit mehr als 6000 M. Vermögen gleichmäßig unter die preussische Gesamtbevölkerung von 37 Millionen Köpfen verteilt, so entfiel auf den Kopf die Summe von 2200 M.!

Herr Eugen Richter und seine Mannen haben ja immer dem Proletariat damit graulich zu machen versucht, daß die Sozialdemokratie „teilen“ wolle. Nun, selbst wenn diese Teilung vorgenommen würde, bekäme jede proletarische Familie von fünf Köpfen einen Anteil des Nationalvermögens in Höhe von

11 000 Mark.

Wäre das schließlich ein gar so schlechtes Weihnachtsgeschenk?!

Ein Versuch mit untauglichen Mitteln.

Die Nationalliberalen möchten sich vor dem 25. Januar gern noch etwas rehabilitieren. Sie wissen — die letzten Reichswahlen haben ihnen nur allzu deutlich eingepaukt — daß sie bei den Wählern äußerst schlecht angefahren sind, und so sehen sie trotz aller großspürigen Begeisterungsreden dem Tage des Gerichts mit bangen Augen entgegen. Was sollen sie beginnen, um ihre Sünden vergeben zu machen? Der Nationalliberal, die Plebschmied, die neuen Steuern, die preussische Schulverfassung stehen auf ihrem Schuldbuche und die Schrift ist noch so frisch, daß man bei allem Vertrauen zu dem bekannten kurzen Gedächtnis der Wähler doch nicht erwarten kann, sie werde das alles am Wahltag verschwinden lassen.

Was tun? Die Situation, die die voreilige Reichstagsauflösung heraufbeschworen hat und die sich selbst durch die verzweifeltsten Versprechungen der kuratpatriotischen Instanzen nicht wesentlich verbessern läßt, erfordert außerordentliche Mittel. Und schnell entschlossen ergriß der Nationalliberalismus die erste Gelegenheit, sich der erstanten Welt im festlichen Glanze neu ersichtenden Liberalismus zu zeigen.

Und diese Gelegenheit bot ihm die Einberufung des preussischen Dreiklassenparlamentes, das zum 8. Januar, noch mitten in der Wahlkampfzeit, nach Berlin einberufen worden ist.

Ausgemacht an der Spitze jener Körperschaft, in der sich erst vor einigen Monaten der Nationalliberalismus als treuester Feind jeder Reaktion gezeigt hat, in der er noch vor kurzem mitgeholfen hat an der Verfassung der Volksliste, an der Verankerung der Dreiklassenwahlrecht, an der Verfolgung sozialdemokratischer Redakteure, ausgemacht an der Spitze dieses Reichstagsparlamentes pflanzte der Nationalliberalismus seine neue Standarte auf, damit die Welt wieder an seinen Liberalismus glauben soll.

Ein ganzes Bündel von Anträgen haben die nationalliberalen Heiden ausgearbeitet, die sie im preussischen Parlament einbringen und vertreten wollen. Ein ganzes Bündel. Denn eine außerordentliche Situation erfordert außerordentliche Mittel. Und wenn die Qualität nicht genügt, dem imponiert doch die Quantität.

An der Spitze steht ein Wahlrechtsantrag: Die Nationalliberalen machen eine Aktion gegen das Dreiklassenwahlrecht — nachdem sie im Sommer dieses Jahres dem preussischen Minister des Innern erst geholfen haben, dieses heuchlerische Wahlsystem etwas zu modernisieren und so wieder für einige Zeit wenigstens technisch möglich zu machen.

Aber wie sieht die nationalliberale Wahlreform in Preußen aus? Bringt sie das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht? Kärzliche Frage! Die erbitterten Feinde des Reichstagswahlrechts werden doch nicht für Preußens Parlament das gleiche Recht für alle wollen. Dazu verpflichtet sie ihr neuerstandener Liberalismus nicht. Sie sind maßvoll und vorsichtig! Sie fordern das Pluralwahlrecht! Der Wahlrechtsantrag lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

die königliche Staatsregierung zu ersuchen, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen eine Änderung des für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten geltenden Rechts in der Richtung herbeigeführt wird, daß

1. unter Festhaltung an den in dem Gesetze vom 27. Juni 1860 und zur Ergänzung desselben erlassenen Gesetzen für die Zuteilung der Abgeordneten maßgebenden Grundlagen zum Ausgleich für die inzwischen eingetretenen erheblichen Veränderungen eine anderweitige Feststellung der Wahlbezirke und der Zahl der in ihnen zu wählenden Abgeordneten herbeigeführt,
2. unter Beibehaltung eines erhöhten Wahlrechts bei höherer Steuerleistung,
 - a) ein erhöhtes Wahlrecht auch bei höherer Bildung und höherem Alter eingeführt,
 - b) den der dritten Abtheilung angehörenden Wählern ein erweitertes Wahlrecht eingeräumt,
 - c) die indirekte Wahl beseitigt,
 - d) den Minderheiten eine Vertretung ermöglicht wird.

Das Pluralwahlrecht, das Wahlrecht für Besitz und Bildung ist das Ideal der Nationalliberalen. Der Nichtbesitzende sei und bleibe entrechtet, ist ihre Parole. Nur etwas mildern wollen sie die Entrechtung, damit der Proletariat nicht in voller Größe das aufreizende Inrecht empfinde. Ein paar unschädliche Konzeptionschulzen sollen ihm zugebilligt werden. Das Recht zum Herrschen und Regieren aber darf ihm nie erreichbar sein — das ist und das bleibt für alle Zeit das Vorrecht der Besitzenden und kraft ihres Besitzes Gebildeten!

Das ist der nationalliberale Gedankengang, wie ihn der Wahlrechtsantrag der Nationalliberalen vertritt. Was aber vom Landtagswahlrecht gilt, das gilt natürlich auch vom Reichstagswahlrecht. Ist für den Landtag das Pluralwahlrecht gut, so auch für den Reichstag! Und verzichtet der Nationalliberalismus zurzeit darauf, diese Forderung zu stellen, so geschieht es, weil er weiß, daß er damit keine Situation nicht verbessern, sondern nur verschlechtern werde. Nur gegen das traffe Unrecht des Dreiklassenwahlrechts gehalten, kann der Wahlrechtsantrag der Nationalliberalen den Schein eines Reformplanes gewinnen. Den Schein! Denkende Wähler wird er über seinen realistischen Charakter nicht täuschen, denkenden Wählern wird er lediglich ein Verweis mehr sein, daß die Nationalliberalen das Reichstagswahlrecht hatten, ebenso grimmig lassen wie die Junker, und daß sie es beseitigen, daß sie es menschen und an seine Stelle das Pluralwahlrecht, die Entrechtung der Besitzlosen setzen würden, wenn sie die Macht gewinnen.

Und deshalb ist dieser Versuch, die Sünden des Nationalliberalismus mit dem Versprechen liberaler Betätigung im preussischen Parlament zu bedecken, ein Versuch mit untauglichen Mitteln! Mit diesem Wahlrecht werden keine Plätze gefangen werden.

Um so mehr, als die übrigen Wänter des Antragsbuches ebenfalls mißdachten wie die erste und pompöseste. Das ist man alles zusammengerastet, was man in der Schnelligkeit ausdenken konnte, und zusammengebastelt. Die lieberliche Arbeit verrät den geringen Ernst, den die Herren an das Werk gewandt haben. Es ist eben nicht für den Gebrauch, nur für die Schau hergestellt. Nichts anfallen! Ohne zu berücksichtigen, daß sie durch ihre eigene Politik die Erfüllung dieser Forderungen auswärts erschwert oder ganz unmöglich gemacht haben, fordern die Nationalliberalen von der preussischen Regierung die Zurücknahme des Studienstipendiums gegen die Erhöhung der Lehrergehälter in den Städten (in Form einer Interpellation), sachmännische Schulaufsicht (nachdem die städtische Selbstverwaltung auf dem Schulgebiete eben erst durch das neue Schulgesetz zerstört und die Verfassung der Schulen beschränkt), Ermäßigung der Eisenbahnpersonentaxen (nachdem die Nationalliberalen so wacker bei der Fahrkartenerhöhung mitgeholfen), Maßnahmen auf dem Gebiete der inneren Kolonisation, Regelung der Verhältnisse der nicht zum Reichstags gehörigen Staatsbeamten, einen Gesetzentwurf über die Haftung des Staates und der Kommunen für den von ihren Beamten in Ausübung der ihnen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schaden, eine Erhöhung der staatlichen Gehälter für die Handwerkerkammern und endlich schleunigste Vereinfachung der Mittel zur Bekämpfung der Notlage der durch die allgemeine und andauernde Vertreibung des Lebensunterhaltes, zumal der Lebensmittel besonders schwer betroffenen Unterbeamten und der ihnen im Einkommen nachstehenden Beamtenklassen (nachdem die Nationalliberalen tapfer bei der Lebensmittelverwertung mitgeholfen!).

Wem sollen solche Spiegelfechtereien imponieren? Glaubt der Nationalliberalismus die Verantwortung für seine Taten loszuwerden, indem er nachträglich ein paar fromme Wünsche ausspricht,

daß die Konsequenzen seiner Sünden das deutsche Volk nicht zu hart treffen möchten? Glaubt er auf die Weise Absolution zu erhalten? Er wird sich täuschen! Diese Aktion ist und bleibt ein Versuch mit untauglichen Mitteln!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Dezember.

Die Aera Bülow.

Unser Leipziger Bruderblatt, die „Leipziger Volkszeitung“, hat jüngst auf Grund der amtlichen Uebersichten über die Reichsausgaben berechnet, daß das Deutsche Reich für seinen Kolonialbesitz in den Jahren 1884—1906 nicht weniger als 1475 Millionen Mark verausgabt hat. Von dieser Ausgabe entfällt jedoch nur ein verhältnismäßig kleiner Teil auf die ältere Kolonialära der Jahre 1884—1897; der größte Teil der enormen Aufwendungen ist erst in den letzten neun Jahren erfolgt, das heißt seit der Zeit, wo der damals noch nicht zum Grafen und Fürsten ernannte Herr v. Bülow das Staatssekretariat des Auswärtigen Amtes übernommen hat. Auch vorher schon unter der Aera v. Marschall waren die Ausgaben für unsere prächtigen Kolonien von Jahr zu Jahr gestiegen; aber erst mit Bülow's Amtsantritt kam der große und kostspielige Schwung in die deutsche Kolonialpolitik. Mit vollen Segeln ging es nun in den Strudel der Weltpolitik hinein, und das Tempo der wilden Fahrt steigerte sich noch, als Bülow auch die Reichskanzlerschaft übernahm.

Die „Völk. Volksztg.“ leistet sich eine höchst interessante Zusammenstellung der Riesensummen, die seit 1898, dem Beginn der Aera Bülow, das deutsche Volk für das Bewußtsein, auch Kolonien zu besitzen, hat zahlen müssen. Danach ergaben sich als Gesamtausgaben für die deutschen Schutzgebiete und die zu ihrer Verteidigung erforderlichen Kriegsexpeditionen folgende Beträge:

1898	18	Millionen Mark
1899	42	„
1900	130	„
1901	128	„
1902	74	„
1903	48	„
1904	154	„
1905	164	„
1906	207	„

Insgesamt 968 Millionen Mark

Demnach haben mit Einschluß der Nachtragsetats und bereits angekündigten Etatsüberschreitungen, die durch ein besonderes Kreditgesetz noch angefordert werden sollen und einseitigen durch Ausgabe von Schatzanweisungen gedeckt worden sind, die Schutzgebiete dem deutschen Volk allein in den letzten neun Jahren 968 Millionen Mark, also fast eine Milliarde gekostet. Von diesem Betrag sind aber nur ungefähr 250 Millionen Mark aus den laufenden Reichseinnahmen gedeckt worden, für die übrige Summe (über 700 Millionen Mark) hat das Reich Schulden gemacht und teils Schatzanweisungen, teils Reichsanleihen aufgenommen, die natürlich jährlich vom deutschen Volk verzinst werden müssen.

Doch dabei ist es nicht geblieben. Mit den Kolonialausgaben sind zugleich die Kosten für die „größere Flotte“ gestiegen. Diese Marineausgaben belaufen sich für die glorreiche Bülow'sche Aera auf 1720 Millionen Mark, von denen ebenfalls nur etwas mehr als drei Viertel aus den laufenden Einnahmen des Reiches, der Rest aber durch Anleihen gedeckt worden sind, so daß allein durch die Ausgaben für Kolonial- und Marinezwecke in den neun Jahren der Bülow'schen Geschäftsführung die Schuldenlast des Reiches um 1200 Millionen Mark gewachsen ist.

Die weltpolitische Aera Bülow des Schönschwäbers kommt dem deutschen Volk recht teuer zu stehen. —

Was nun?

Die Vondelzwarts haben nun die Waffen gestreckt. Zwar sieht Morris möglicherweise noch im Felde, während Morenga sich schon seit langer Zeit in britischer Haft befindet, allein da er nun keine Leute mehr hat, wird er schließlich ebenfalls über die Grenze retirieren müssen. Von namhaften Führern kämpft also einziger mehr, denn auch der Gottenottensführer Fielding hat sich mit wenigen Leuten auf englisches Gebiet flüchten müssen, das er schließlich wieder verlassen wird. Es bleibt einzig noch Simon Copper mit seiner Handvoll Leute übrig, deren Lebergabe aber wohl auch in aller nächster Zeit erfolgen wird, da Major Leutwein gerade diesen Führer als einen feinsten besonders kriegs- und unternehmungslustigen Kämpfer schildert.

Der Hottentottenkrieg wäre also in der Tat zu Ende. Und von einer Erhebung anderer Hottentottenstämme kann nach diesem Ausgang des Feldzuges erst recht keine Rede sein. Zumal dem Scherl-Blatt von sachkundiger Seite versichert wird, daß die Versaba-Hottentotten, von deren Kriegszügen kürzlich die „Tägl. Rundschau“ fabelte, von den Truppen längst völlig entzweit worden seien.

Mit allem Zug möchte deshalb auch von Kolonialfreundlicher Seite ernstlich die Frage aufgeworfen werden: Was nun? In welchem Tempo sollen nunmehr die Truppen zurückgezogen werden? Und wieviel Truppen gedenkt man überhaupt in Südwest, 1907 und in den folgenden Jahren zurückzulassen?!

Die Beantwortung dieser Fragen ist umso dringlicher, als die Regierung weder im Reichstag, noch in der Budgetkommission darauf eine klipp und klare Antwort gegeben hat. Nur soviel hat die Regierung durch die die Volksmehrheit bräuerende Reichstagsauflösung bewiesen, daß sie keine Reduktion der Truppenzahl auf 2500 Mann wollte! Denn sonst wäre die Reichstagsauflösung noch viel unsmarter gewesen, als sie es ohnehin ist.

Am 11. Dezember, zwei Tage vor der Auflösung, erklärte noch Oberleutnant Quade in der Budgetkommission, daß 6000 Mann dauernd in Südwestafrika bleiben müßten. Oberleutnant Kuhl sprach gar davon, daß auch vom Jahre 1908 ab noch 7000 Mann dort behalten werden müßten! Derenburg zog es vor, überhaupt keine klare Auskunft zu erteilen.

Will man nun 8200 oder 7000 oder „nur“ 6000 Mann 1907 und später in West-West belassen? 6000 Mann würden uns vorläufig noch immer einige 45 Millionen pro Jahr kosten; 7000 oder gar 8200 dagegen einige 60—80 Millionen im Jahre! Und welche Stellung gedenken die Parteien im neuen Reichstag zu dieser Frage einzunehmen? Wollen die Nationalliberalen und der Freisinn auch jetzt noch der Regierung völlig freie Hand lassen?

Die Frage ist gestellt, mögen die Befragten, Regierung wie Parteien, nun unumwunden Antwort geben! Ein Verschieben wird ihnen nicht helfen — denn die Wähler erwarten Antwort auf die Frage, wieviel Millionen auch jetzt noch Vertheiligung der „nationalen Ehre“, noch für Südwestafrika zum Fenster hinausgeworfen werden sollen! —

Deutsches Reich.

Wie der Reichsstatus spart!

Während die Reichsregierung mit den Ausgaben für die wertlosen Kolonien nicht knausert und seit dem Jahre 1884, dem Beginn ihrer Kolonialerwerbungen, mit Einschluß der Kosten des Chinafeldzuges, des Herero- und Hottentottenkrieges sowie der Bismarck-Expeditionen und der Subvention für die Diabir-Dampferlinien, insgesamt fast 1 1/2 Milliarden Mark verausgabt hat, also durchschnittlich 64 Millionen pro Jahr, ist sie eifrig bemüht, an den Gehältern der von ihr beschäftigten unteren Beamten so viel als möglich zu sparen.

In dem amtlichen Bericht über die Verwaltung der Eisenbahnen in Ost- und Westpreußen, der kürzlich dem Reichstage zugegangen ist, befindet sich z. B. auf S. 124 ff. eine Zusammenstellung der in den Rechnungsjahren 1900/05 an die Gehältern und Arbeiter gezahlten durchschnittlichen Löhne. Danach bezogen z. B. an Befolgung oder Lohn für den Tag im Durchschnitt:

	1904	1905
Nichtechnische Bureaugehälften	M. 3,37	3,23
Bureau- und Hilfsarbeiterinnen	3,20	3,19
Rechnergehälften	3,99	3,75
Kanzleigehälften	3,00	3,00
Stationsgehälften	3,19	3,13
Schreibergehälften	3,91	3,82
Hilfskassendruck	3,07	3,02
Frauen im Telegraphendienst	2,24	2,22
Hilfsweichensteller	2,85	2,80
Hilfsbahnwärter	2,71	2,61
Straßenwärterinnen	0,52	0,51
Hilfslokomotivführer	2,90	2,93
Bahnpostarbeiter	2,88	2,86
Werkstättenarbeiter	4,27	4,20
Werkstättenhandarbeiter	3,43	3,33
Werkstättenlehrlinge	1,18	1,15

Von 84 Arbeiterkategorien, die in der Liste aufgezählt sind, haben 16, also die Hälfte, eine Verringerung ihres Lohnes erfahren. In einer Vorbemerkung zu dem Bericht wird zwar gesagt, daß der Rückgang der Durchschnittslöhne bei einzelnen Gruppen darauf zurückzuführen ist, daß bei der betreffenden Gruppe Arbeiter der höheren Lohnklasse ausgeschieden und durch jüngere Arbeiter mit geringeren Lohnsätzen ersetzt worden sind. Dieser Wechsel hebt aber nicht im geringsten die Tatsache auf, daß die Staatsverwaltungen in jeder Weise den Unternehmern ein Muster in Lohnesparen liefern. Die übrigen bei einzelnen Arbeiterkategorien, z. B. bei den Lehrlingen, es möglich sein soll, noch jüngere Arbeitskräfte als bisher einzustellen, bleibt ein Geheimnis der Eisenbahnverwaltung.

Für militärische und Kolonialzwecke sind Millionen und aber Millionen übrig, am Arbeiter hingegen sucht man auf kleinliche Weise Ersparnisse zu erzielen. —

Heute noch auf stolzen Rossen, morgen...

Auf der großen ultramonianen Herbstparade, auf dem Katholikentage in Essen hatte das Zentrum Gelegenheit, sich auf der Höhe seiner Macht zu zeigen. Alle Reden waren geleitet von dem Gedanken, die Größe und Herrlichkeit des Zentrums zu zeigen, seinen Einfluß nach oben wie nach unten, seine Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit zur Erhaltung von Staat und Gesellschaft, von Ordnung und Sitte, Besonderen Eifer in dieser Beziehung entwickelte Amtsgerichtsrat und Abgeordneter de Witt, der in der dritten öffentlichen Versammlung über die Stellung des Katholiken im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben redete. Er zitierte eine lange Reihe von Aeußerungen aus Wegnermunde, begann mit Fürst Bismarck, der im Jahre 1887 dem Zentrum bezogte, daß es eine staatsverhaltende Partei sei und schloß mit einem Zitat aus der „Allgemeinen evangelischen Kirchenzeitung“: „Wäre das Zentrum nicht da, so müßte es erfunden werden, denn ohne das Zentrum gingen die Reichsgeschäfte nicht einen Tag weiter.“ Jedes dieser Zitate wurde von der Versammlung mit Beifall und Gendarmenklatschen entgegengenommen, und als der Redner mit dem Gelohnis schloß, daß das Zentrum weiter kämpfen werde „für die Wohlfahrt der Gesamtheit, für Kaiser und Reich, Volk und Vaterland“, da folgte stürmischer, langanhaltender Beifallsjubel.

Das war Mitte August. Vier Monate darauf war das Zentrum von der Höhe seines Unentbehrlichkeitsbewußtseins herabgestürzt und an der Seite der Sozialdemokratie stand es da, gebrochener als antinationaler Partei. Und während noch Ende Oktober sich die „Germania“ auf den Fürsten Bülow berufen konnte, der gesagt hatte, daß man sich auf das Zentrum verlassen könne, mußte sechs Wochen darauf das Zentrum erleben, daß seinetwegen der Reichstag aufgelöst wurde. Die Herren Spahn und Genossen mögen daraus ersehen, wieviel sie trotz allen Bemühungen noch zu tun haben, um die „nationale staatsverhaltende“ Gesinnung des Zentrums über alle Zweifel, Bedenken und Anfechtungen hinaus sicher zu stellen. —

Wie der Freisinn die Reaktion bekämpft!

Das Mosse-Blatt bringt unter der Stichmarke „Die Ausichten der Liberalen in Ostpreußen“ einen Leitartikel, der wahrhaft typisch dafür ist, wie der Freisinn die — Reaktion zu bekämpfen gedenkt. Das „Berl. Tageblatt“ gibt ein Tableau von 22 ostpreussischen Wahlkreisen, in denen der Freisinn 1903 mit stärkeren Stimmengahlen vertreten war. Einer dieser Wahlkreise, Königsberg, wurde von der Sozialdemokratie in der Stichwahl gegen den Freisinn erobert, trotzdem die Konservativen für den Freisinnigen stimmten. In allen übrigen 21 Wahlkreisen siegten die Konservativen. Sie siegten, weil sich in sieben Wahlkreisen bei der Stichwahl mit der Sozialdemokratie der Freisinn auf die Seite der Konservativen schlug, trotzdem in den zwei Stichwahlen, wo der Freisinn gegen die Konservativen zu kämpfen hatte, die Sozialdemokratie für den Freisinn eintrat! Aller Voraussicht nach wird aber diesmal die Zahl der Stichwahlen zwischen Konservativen und Sozialdemokraten noch wachsen, während andererseits möglicherweise der Freisinn in mehr als zwei Wahlkreisen gegen den Konservativen in Stichwahl kommen könnte.

Wollte der Freisinn tatsächlich den Kampf gegen die Reaktion führen, so müßte er diesmal die Parole: Gegen die Konservativen ausgeben. Mehr als ein Drittel der 21 konservativen Wahlkreise würde dadurch der Reaktion entziffen werden.

Aber von einer solchen Parole sagt das Mosse-Blatt kein Sterbenswörtchen! Es phantasiert vielmehr davon, wie viel Wahlkreise der Freisinn aus eigener Kraft, durch ein „Erstarren des Liberalismus“ und ein Heranziehen der 25 Proz. säumiger Wähler für den Freisinn erobern könne!

Durch solche Karreiteien entzieht der Freisinn der Reaktion kein einziges Mandat, wohl aber sorgt er dafür, daß auch künftig wieder zahlreiche Konservative mit Hilfe des Freisinn in den Reichstag gelangen! Das ist der freisinnige Kampf gegen — die Reaktion!

Freilich wäre das nur ein Teil des freisinnigen Sündenregisters. Verschaffe doch der Freisinn den Konservativen das

Die russische Revolution.

Die Bewegung in der Marine.

London, 28. Dezember. (B. S.) Wittermeldungen zufolge ist augenblicklich im Hafen von Helsingfors eine Meuterei an Bord der russischen Kriegsschiffe in Vorbereitung. Diese Meuterei sollte bereits vor einiger Zeit ausbrechen, wurde aber verschoben, weil die Matrosen einen günstigeren Augenblick abwarten wollten, wo der Hafen zugefroren wäre. Die Behörden erhielten von diesem Plane Nachricht und trafen die umfassendsten Maßregeln, um einen Kampf zu vereiteln. Die Bevölkerung ist ruhig, da sie von dem Plane nichts weiß.

Die Wahlkampagne.

Am 20. Dezember wurde in Moskau eine Konferenz der bevollmächtigten Vertreter folgender Verbände abgehalten: des russischen Bauernverbandes, der Arbeitergruppe („Trudowiki“), des Lehrerverbandes, des Medizinischen Verbandes und des russischen Eisenbahnerverbandes. In der Ansicht, daß der gegenwärtige politische Augenblick ohne Ausnutzung werden müsse, haben die Vertreter der genannten Organisationen der wertvollen Bauernschaft, der Arbeiterschaft und der demokratischen Intelligenz beschlossen, unverzüglich in die Wahlkampagne einzutreten und ihre Aktionen in Uebereinstimmung zu bringen: „Es sollen gegenseitige Vereinbarungen getroffen und gemeinsame Wahlkomitees gebildet werden, sowohl ein zentrales Komitee als auch örtliche und Gaukomitees. Die Organisationen, welche die vorliegende Vereinbarung abschließen, erblicken in derselben den Anfang zu der weiteren Vereinigung aller Arbeitsorganisationen und -Parteien.“

Die anwesenden auswärtigen Vertreter der Organisationen schilderten die Stimmung der Intelligenz, der Kleinbürgerlichen städtischen Demokratie und der Bauernschaft. So wurde erzählt, daß man es in der gegenwärtigen Wahlkampagne nicht besonders nötig haben werde, die Programme der verschiedenen Parteien zu erläutern — die Sache sei viel einfacher: An vielen Orten werde man so verfahren: „Wer für die Regierung ist, trete auf die rechte Seite, wer gegen sie ist — auf die linke!“ — Im Gouvernement Kostroma werde es genügen, den Arbeitern und Bauern einfach zu sagen: „Wenn ihr wollt, daß man euch erschießt und hängt, stimmt für den und den; wenn nicht — für den und den!“ Und in den Gouvernements Saratow und Samara werde die Wahlsparole lauten: Für Gurlo oder gegen Gurlo?

Die Wahlagitator, die von den Schwarzen Banden betrieben wird, beginnt die jüdische Masse stark zu beunruhigen. Im Ansehungstrahen werden die Wahlaufrufe der Schwarzen an allen Orten verbreitet und die Generale der Schwarzen Armee bereiten das Land zu Agitationszwecken. Aber nicht immer ist ihre Agitation von Erfolg gekrönt. So wurde z. B. in Mowilew in einer Versammlung, die vom Verband der estnischen Leute einberufen war, eine sozialdemokratische Resolution angenommen! Die Polizei löste die Versammlung natürlich auf.

Die Finanzen der Pogrome.

In der „Humanität“ charakterisierte Jaurès dieser Tage die Umtriebe der jüdischen Hochfinanz von Frankreich zugunsten des Jansinismus. Zur Zeit der letzten Anleihe haben die Pariser Finanzhändler mehrere Milliarden geadmet, das Haus Louis Firsch allein einen Betrag, der der ganzen Anleihe gleichkam!

Jaurès weist auf die Verantwortlichkeit der Regierung hin, die jetzt die schwindelhaften Praktiken der Banken duldet, welche dem russischen Absolutismus die Möglichkeit zur Auflösung der neuen Duma sichern wollen. Das Publikum wird durch scheinbare Vergünstigungen irreführt. Statt der Einzahlung eines Zehntels der geeigneten Summe begnügt man sich mit einem Zwanzigstel oder gar einem Dreißigstel!

Ein Syndikat von Finanzleuten, an deren Spitze der ehemalige Ministerpräsident Rouvier steht, umgeht ohne Scheu das Gesetz, das die Emission von ausländischen Werten ohne Genehmigung der Regierung verbietet. Die Emission wird diesmal als „Lieferung von Eisenbahnmateriale“ notdürftig maskiert. Die Gesellschaft, die von der französischen Handelsbank und der internationalen russischen Bank mit einem Kapital von 5 Millionen Frank — nicht 30 Millionen, wie die russische Presse berichtet — ins Leben gerufen werden soll, hat keine industrielle Operation, sondern nur die Beschaffung einer verkleideten Anleihe zur Aufgabe. Die Materialbestellungen werden nicht einmal der französischen Industrie zugute kommen. Aber die Sozialisten werden die Regierung zwingen, Antwort auf die Frage zu geben, ob sie mit dem französischen Gesetz so Schindluder treiben lassen will.

Wie die Judenhegen gemacht werden.

In Starodub gab der Staatsanwalt Butowski im Prozeß wegen des Oktoberpogroms die Erklärung ab, ein Russe habe zu Propagandazwecken die russische Kirche in Brand gesteckt, worauf die Judenmorde begannen!

„Regent“ Stolypin.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachstehende Telegramm:

Petersburg, 28. Dezember.

In letzter Zeit sprach man davon, daß Gouverneur Veretenilof in Kiew auf Verlangen des Generalgouverneurs Suchoinitow versetzt werden solle. Daran fandte der Kiewer Verband des russischen Volkes folgendes charakteristische Telegramm an den Ministerpräsidenten Stolypin:

„Die Feinde des russischen Volkes agitieren eifrig gegen Gouverneur Veretenilof, welcher unsere einzige Stütze ist. Wir fordern, daß Erzellenz diesen Intrigen unserer Feinde sofort ein Ende macht, sonst werden wir die russische Macht mit eigenen Mitteln schützen müssen. Unsere Geduld ist erschöpft.“

Dieses charakteristische Telegramm zeigt die Macht, die der Verband des russischen Volkes gegenüber dem Ministerpräsidenten zu haben glaubt.

Pläne Bohnen für Hungernde.

Als im Kreise Tziviloi (Gouvernement Kasan) hungernde Bauern aus den für die Hungernden bestimmten Speichern Korn entnehmen wollten, kam es zu einer förmlichen Schlacht, da die Polizisten ihnen entgegentraten. 9 Tote, 16 Verwundete! —

Die Schraube der direkten Steuer in Preußen.

Für Preußen tritt mit dem Steuerjahr 1907 die Novelle vom 19. Juni 1906 zum preussischen Einkommensteuergesetz in Kraft. Durch dieselbe hat das preussische Dreiklassenparlament der bestehenden Klasse neue Steuerbefreiungen, der Arbeiterklasse neue Kosten und Entzerrungen beschert. Würde der Steuerzettel für das Jahr 1907 schon vor dem 25. Januar den Wählern zugehen —, so würde der erwerbstätigen Bevölkerung vor der Wahl sinnenfällig klar gemacht, wie auch auf dem Gebiete der direkten Steuern der Besitz privilegiert, die Arbeit belastet wird. Der Steuerzettel wäre ein Agitationsmittel ersten Ranges für die Wahlen.

Das Einkommensteuergesetz hält sich von der auch von bürgerlichen Politikern aufgestellten Forderung fern, zum mindesten das vom Reich bereits im Jahre 1877 als unentbehrlich und deshalb unpfändbar bezeichnete Jahreseinkommen bis 1500 Mark steuerfrei zu lassen. Würde Preußen alle Jahreseinkommen selbst bis 3000 Mark völlig steuerfrei lassen und die Steuerlast auf die höheren Einkommen nur um 1 Prozent anziehen, so würde

der Staat rund 35 bis 40 Millionen mehr herauschlagen, als er heute einnimmt. Das preussische Dreiklassenparlament ist den entgegengelegten antijozialen Weg gegangen: es hat durch die Novelle eine stärkere Belastung der Einkommen, die nur ein von der Hand in den Mund leben gestatten, erzieht, hat ferner alle Vereine zum gemeinsamen Einkauf von Lebens- und hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Abfall im kleinen, insbesondere auch die eingetragenen Genossenschaften und die Gesellschaften mit beschränkter Haftung einer enormen, mit dem Prinzip der Reichsregierung übereinstimmenden Steuer belegt und hat auf der anderen Seite für die Besitzenden und Reichen, insbesondere für die Großgrundbesitzer neue Privilegien eingeführt.

Nach dem Gesetz ist künftig der Arbeiter der einzige Staatsbürger, der in Staat und Gemeinde von seinem Einkommen voll und ohne Privilegien bis auf den letzten Pfennig Steuern zahlen soll. Auch bislang waren die Steuerbehörden im Zugreifen Arbeitern gegenüber nichts weniger als blöde. Allein zum Beispiel der Regierungsbezirk Düsseldorf weist 45 700, Arnberg 80 000 Berufungen auf. Die übergroße Zahl dieser Berufungen trifft Arbeiterfamilien. Hatte man bisher schon den Arbeitern vielfach Restamortisationen und Verurteilungen dadurch verweigert, daß man die Restamortierenden zur Auslastung vorzog, ohne den durch Wahrnehmung solcher Termine entgehenden Arbeitsverdienst zu erstatten, so hat man für die Zukunft den Steuerpflichtigen mit Einkommen von nicht mehr als 3000 Mark den Rechtsweg gegen ungerechte Veranlagungen erheblich beschnitten. Fortan steht ihnen nur der Einspruch an die Veranlagungskommission und die Berufung an die Berufungskommission zu: Die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht ist dem Mittelstand und dem Arbeiterstand genommen. Nur den mit Einkommen über 3000 Mark Veranlagten steht der Weg an das von der arbeitenden Bevölkerung mit bezahlte Oberverwaltungsgericht noch offen. Die Verkümmern der Rechtsmittel ist wie bei der reichsgerichtlichen Beschränkung der Revision an das Reichsgericht eine Verschlechterung der Rechtslage der Erwerbstätigen gegenüber der besitzenden, wohlhabenden Klasse. Diese Erhöhung der Rechtlosigkeit der arbeitenden Bevölkerung schließt für die Willkür der Veranlagungskommission — deren Mitglieder bestehen aus von der Regierung ernannten Bureaukraten und vom Provinzialparlament (in Berlin vom Magistrat und Stadtvorstanderverammlung in gemeinschaftlicher Sitzung) gewählten Einwohnern — breitere Bahn.

Dem Dreiklassenparlament genügte aber diese Rechtsverkümmern noch keineswegs zur Erfüllung des Satzes im Ev. Markus 4, 25: „Denn wer da hat, dem wird gegeben, und wer nicht hat, von dem wird man nehmen auch das, was er hat.“

Von konservativer und nationalliberaler Seite wurde der Regierung folgende von uns wiederholt gekennzeichnete Vorschrift in § 23 Abs. 3 zwecks Steuerschnäffelei nach Arbeitslöhnen apporriert:

Wer für die Zwecke seiner Haushaltung oder bei Ausübung seines Berufes oder Gewerbes andere Personen dauernd gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt, ist verpflichtet, über dies Einkommen, sofern es den Betrag von jährlich 3000 M. nicht übersteigt, der im Absatz 1 genannten Behörde auf deren Verlangen binnen einer Frist von mindestens zwei Wochen Auskunft zu erteilen.

Für diese neue Bedrückung der Arbeiter stimmte in der Kommission des Abgeordnetenhauses neben den Konservativen und Nationalliberalen auch ein Teil des Zentrums. Im Plenum stimmten Zentrum, Freiwirtschaftliche Vereinigung und Freiwirtschaftliche Partei dagegen. Der Wortlaut des § 23 zielt auf eine Denunziationspflicht auf Anfragen über bestimmte einzelne Personen ab. Der Steuerfiskus hat durch den Finanzminister unter dem 6. November d. J. den Vorhänden der Einkommensteuerberufungskommissionen kund und zu wissen gegeben, daß der § 23 Abs. 3 eine über die Auskunftserteilung auf Anfragen, die im Einzelfall ergehen, weit hinausreichende Bedeutung habe. Er soll danach eine „wirksame Handhabe“ bieten, alle Einkommen von nicht mehr als 3000 Mark jährlich genau zu erschließen. Dieser Zweck, meint der Finanzminister, könne nur erfüllt werden, wenn „von dem Arbeitgeber Auskunft über das Einkommen aller bei ihm beschäftigten Angestellten und Arbeiter“ verlangt wird. Es sind deshalb an die Arbeitgeber Formulare mit dem Verlangen verandt, den Namen, die Wohnung und Beschäftigung, den Verdienst an Geld und Naturalien usw. der bei ihnen Beschäftigten bei Vermeidung des Strafweges auszufüllen. Hierzu sind die Arbeitgeber keineswegs verpflichtet. Es haben eine große Reihe von Arbeitgebern, weniger aus Mitleid auf die Arbeiter als wegen der mit Erfüllung dieser Denunziationspflicht verbundenen Scheuerereien mit Recht die Ausfüllung der Listen abgelehnt. In letzter Instanz wird das Kammergericht über die gesetzliche Verordnungs- und moralische Verpflichtung dieser Weigerung zu entscheiden haben. Aber nicht alle Arbeitgeber haben diese Verantwortung abgelehnt: eine große Reihe von Angestellten und Arbeitern werden daher ein plötzliches Gineauschrauben der Steuerlast in Preußen im kommenden Jahre verlippen.

Diese aus § 23 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes herausgehobene Offenbarungspflicht über das Einkommen der dauernd Angestellten erstreckt sich nicht auf die Teilhaber offener Handelsgesellschaften. Hatte z. B. Frau Minister v. Podbielski seit den Herero-Unruhen ein Jahreseinkommen von mehreren hunderttausend Mark aus ihrer Beteiligung an 40 Proz. an der Firma Tappelskirch u. Cie., so hatten Tappelskirch u. Cie. hierüber der Steuerbehörde nichts zu melden. Auch in Zukunft ist nur der Ehefrau der Ehegatten von Podbielski verpflichtet, die mehrfachen hunderttausend Mark, die seiner Frau als Jahreseinkommen aus ihrer Beteiligung an der Tappelskirch-Firma zugefallen sein mögen, mitzuversteuern.

Wahrscheinlich für die Höhe des Einkommens war bislang der dreijährige Durchschnitt. Es wurde dadurch hier und da die Härte vermieden, daß ein zur Steuer Veranlagter das zu fällige höhere Einkommen eines Jahres in dem kommenden, mit einer schlechteren Gesamtsumme abschließenden versteinern mußte. Diese Vorschrift ist für die Zukunft gegenüber Arbeitern aufgehoben: die Veranlagung erfolgt fortan nach den Ergebnissen des dem Steuerjahr unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahres oder nach dem mittelmäßigen Jahresertrage. Dagegen ist das Einkommen aus Handel, Gewerbe, Bergbau und aus Land- und Forstwirtschaft auch künftig nach dreijährigem Durchschnitt zu veranlagern, falls der Steuerpflichtige in geordneter Weise blüht. Das Gesetz sagt nicht, was es unter Buchführung in geordneter Weise versteht. Es ist daher nicht unmöglich, daß beim Großgrundbesitz 2000—3000 M., die für persönliche Ausgaben oder für Verwertung der eigenen Arbeitskraft als Ausgaben gebucht sind, von der Steuerpflicht frei bleiben. Das ist um so eher anzunehmen, als die preussische Regierung diese eigenartige Art Buchführung bei Verrechnung des Ertrages von Grundstücken bei Gelegenheiten der Posttarifdebatten im Jahre 1902 anwendete.

Den Kapitalisten sind durch die Einkommensteuernovelle aber noch eine Reihe anderer Abzüge bei Verrechnung ihres Einkommens gestattet, denen ähnliche Abzüge der Arbeiterklasse gegenüber nicht zur Seite stehen. Die wesentlichsten dieser neuen gesetzlichen Steuerprivilegien zugunsten des Großkapitals und des Großgrundbesitzes sind folgende: Es sind künftig abzugsfähig:

1. Die Beiträge zu öffentlichen Be- und Entwässerungsverbänden sowie zur Unterhaltung von solchen Wasserläufen, für welche besondere Gesetze zur Beschützung von Hochwassergefahren erlassen worden sind,

2. die von dem Grundeigentum, dem Gewerbebetrieb und dem Bergbau zu entrichtenden direkten kommunalsteuern bis zur Höhe der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Bis zur gleichen Höhe werden in den Gutsbezirken die realen kommunalsteuern und die neben ihnen bestehenden Gutslasten als abzugsfähige Werbungskosten angesehen: Die Gutslasten kommen dabei mit 30 Prozent der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbebesteuer auch dann in Abzug, wenn die Gutslasten erheblich niedriger sind;

3. die Beiträge zu den Berufsammern, z. B. die an eine Landwirtschafts-, Handels-, Handwerks-, Kerkze-, Anwalts-, Apotheker-Kammer zu zahlenden Beiträge (nicht aber die an Gewerkschaften oder Arbeitervereine zu entrichtenden Beiträge);

4. die auf Kirchenpatronatsverpflichtungen beruhenden dauernden Kosten;

5. die auf Grund rechtlicher Verpflichtung vom Steuerpflichtigen zur allmählichen Tilgung eines auf seinem Grundbesitz haftenden Schuldkapitals zu entrichtenden Beiträge, soweit sie 1 Proz. des Kapitals und den Betrag von 600 M. jährlich nicht übersteigen;

6. für die Besitzer von Waldstücken, welche nicht nach einem forstmäßigen Plane bewirtschaftet werden, trifft § 12 des Einkommensteuergesetzes das neue Privilegium, daß die Ergebnisse von Abtrieben aus diesen Waldstücken als steuerpflichtiges Einkommen nicht anzurechnen sind, wenn und soweit dieselben sich in einem Jahre auf mehr als den zehnten Teil des Wertes des vorhandenen Holzes erstrecken.

Neben diesen insbesondere dem Großgrundbesitzer zugute kommenden neuen Geschenken ist die Zulässigkeit der bereits früher für zulässig erklärten Abzüge aufrecht erhalten. Dahin gehören zum Beispiel die Decklasten, die indirekten zu den Geschäftsumkosten zu rechnenden Abgaben, die regelmäßigen jährlichen Absetzungen für Abnutzung der Gebäude, Maschinen und des sonstigen toten Inventars. Nach wie vor sind vom Arbeiter Abzüge für die zur Erhaltung seiner Arbeitskraft gemachten Aufwendungen nicht gestattet: er kann weder für Lebensunterhalt, noch für Velleidung, noch für Witte Abzüge machen. Für die Abzüge, die er vom Einkommen machen darf, gelten nur folgende allgemeine Bestimmungen: Es sind abzugsfähig:

1. die von dem Steuerpflichtigen zu zahlenden Schuldzinsen;

2. Renten und dauernde Lasten, die auf Privatverträgen (z. B. Vertrag, Verschreibung, leibrentlicher Verfügung) beruhen;

3. die von dem Steuerpflichtigen für seine Person gezahlte oder vertragmäßig zu entrichtenden Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, soweit diese Beiträge zusammen die Höhe von 600 M. nicht übersteigen;

4. Versicherungsprämien, welche für Versicherung des Steuerpflichtigen oder eines nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltungsangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit die Prämien den Betrag von 600 M. jährlich nicht übersteigen.

In Betracht kommt für den Arbeiter noch folgende durch die Novelle erweiterte Vorschrift des § 19 zugunsten solcher Steuerzahler, welche Kinder oder Angehörige zu unterhalten haben:

„Gewährt ein Steuerpflichtiger, dessen Einkommen den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigt, Kindern oder anderen Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt, so wird ihm von dem steuerpflichtigen Einkommen für jedes derartige Familienmitglied der Betrag von 50 Mark in Abzug gebracht mit der Maßgabe, daß in jedem Falle eine Ermäßigung stattfindet um eine der im § 17 vorgeschriebenen Steuerstufen bei dem Vorhandensein von drei oder vier, um zwei Stufen bei dem Vorhandensein von fünf oder mehr derartigen Familienmitgliedern.“

Bei Einkommen von mehr als 3000 Mark, aber nicht mehr als 6000 Mark, wird der im § 17 vorgeschriebene Steuerfuß ermäßigt um eine Stufe, wenn der Steuerpflichtige fünf oder mehr Kindern oder anderen Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt gewährt.

Bei der Feststellung der für die Ermäßigung maßgebenden Personenzahl (Absatz 1 und 2) werden nicht mitgerechnet die Ehefrau des Steuerpflichtigen und diejenigen Kinder und Angehörigen, welche das vierzehnte Lebensjahr überschritten haben und entweder im landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe des Steuerpflichtigen dauernd tätig sind oder ein eigenes Einkommen von mehr als die Hälfte des ordentlichen Tagelohns nach ihrer Altersklasse und nach ihrem Geschlecht haben.

Ist nach Absatz 1 Ermäßigung unter den Steuerfuß von 6 Mark begründet, so tritt Befreiung von der Staatssteuer ein.“

Die Vereinigung von Konjunktur zwecks Verbilligung der Lebensbedürfnisse durch gemeinsamen Einkauf wird von der Reichsregierung als im Interesse der Arbeiter und des Mittelstandes liegend bezeichnet. Dem preussischen Dreiklassenparlament ist eine wenn auch noch so geringe und vorübergehende Erleichterung der Lage des Mittelstandes und der Arbeiterklasse ein Preis, der gestraft werden muß. Die Novelle zum preussischen Einkommensteuergesetz hat, wie eingangs erwähnt, alle Vereine einschließlich eingetragener Genossenschaften zum gemeinsamen Einkauf von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Abfall im kleinen, auch wenn ihr Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, sowie die Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einer maßlos hohen Einkommensteuer belegt. Im Reich predigen Konservative und Nationalliberale gegenüber der Reichsregierung Ansohaltung des Zwischenhandels durch Zusammenfluß zu Einkaufsvereinen und in Preußen belegen sie solche Einkaufsvereine mit einer Erwerbsteuern, deren Erhebung mit dem Reichsgesetz auch nach dem früheren Ausdruck von Regierungsdirektoren unzulässig ist. Doch wann hätte der preussische Junker vom Schlot und Krant nicht auf Reichsgesetze gepöfien? Der zur Steuer herangezogene „Geschäftsgewinn“ der Gesellschaften mit beschränkter Haftung soll in ähnlicher Weise wie der Geschäftsgewinn aus Handel, Gewerbe und Bergbau ermittelt werden. Der Steuertarif für Gesellschaften mit beschränkter Haftung übersteigt den für andere Einkommen festgesetzten allgemeinen Tarif. Der allgemeine Tarif beträgt bei einem Einkommen von jährlich

Steuer für Gesellschaften mit beschränkter Haftung		
mehr als	bis einschließlich	
900	1050	6 M.
1050	1200	9
1200	1350	12
1350	1500	16
1500	1650	21
1650	1800	26
1800	2100	31
2100	2400	36
2400	2700	44
2700	3000	52
3000	4200	92
5000	5500	132
6000	6500	160
7000	7500	192
9000	9500	276
9500	10500	300

Die Steuer des allgemeinen Steuertarifs steigt bei höheren Einkommen von mehr als 10 400 bis 30 500 M. auf

von 1000 M. um je 30, von mehr als 30 500 bis 32 000 in Stufen von 1500 M. um je 60, bei 32 000 bis 78 000 für je 2000 M. um 80, bei 78 000 bis 100 000 für je 2000 um 100 M. und beträgt die Steuer bei Einkommen von mehr als 100 000 bis 105 000 M. 4000 M. und steigt bei höheren Einkommen in Stufen von 5000 M. um je 200 M. Die Steuer des Tarifs für Gesellschaften mit beschränkter Haftung steigt bei höheren Einkommen von mehr als 10 500 bis 46 500 M. in Stufen von 1000 M. um je 40, bei 46 500 bis 48 000 M. in Stufen von je 1500 M. um je 80, bei 48 000 bis 100 000 in Stufen von 2000 M. um je 100 M.; Gesellschaften mit beschränkter Haftung unterliegen bei Einkommen von mehr als 100 000 bis 104 000 M. einer Steuer von 4000, bei höherem Einkommen steigt die Steuer in Stufen von je 4000 M. um je 180 M.

Nach allen Richtungen hin weist also die Robelle zum preussischen Einkommensteuergesetz Bevorzugungen der Wohlhabenden, insbesondere der Großgrundbesitzer, und Benachteiligungen der Arbeiterklasse auf.

Aus Industrie und Handel.

Schutz der nationalen Arbeit.

In einer Zuschrift an die „Vossische Ztg.“ über die Lage des Kleinfabrikwesens heißt es:

„Durch die neuen Zölle ist einzelnen Firmen der Export direkt untergraben, und man beabsichtigt, dazu überzugehen, Betriebsabteilungen ins Ausland zu verlegen, um dort, nachdem die Rohstoffe über die Grenze gebracht worden sind, sie zu Fertigfabrikaten zu verarbeiten.“

Das sind die Folgen der neudeutschen Zollpolitik, für welche die Arbeiter am 25. Januar die Dittung ausstellen werden.

Deutschlands Kohlenverbrauch. Für die 11 Monate des laufenden Jahres stellt sich die Produktion im Vergleich zu der Parallelzeit des Vorjahres wie folgt:

	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Drittels in Tonnen
1905	110 672 797	47 426 651	13 878 842	11 748 721
1906	125 693 158	51 329 874	18 475 721	18 345 283

Allerdings hat auch die Ausfuhr eine Zunahme erfahren, aber das Produktionsplus übersteigt doch die Exportzunahme. Es wurden eingeführt

	1905	1906	ausgeführt	1905	1906	
	Tonnen		Tonnen		Tonnen	
Steinkohlen	8 614 257	8 355 056	16 446 517	17 975 884		
Braunkohlen	7 176 868	7 764 865	18 423	16 837		
Koks	655 435	584 098	2 509 209	3 165 357		

Demnach ergibt sich folgender Kohlenverbrauch:

	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks
	in Tonnen		
1905	102 840 567	54 585 096	12 025 068
1906	116 072 330	59 077 896	15 844 462

Die Zunahme des Verbrauchs stellt sich für Steinkohlen auf 13 231 768 = 12,89 Proz., Braunkohlen 44 928 000 = 8,23 Proz., Koks 3 719 394 = 30,98 Proz.

Kohlenproduktion der Welt im Jahre 1905.

Nach einer Zusammenstellung des englischen Board of Trade belief sich die Weltproduktion von Kohlen mit Ausschluß der Braunkohlen im Jahre 1905 auf etwa 840 Millionen Tonnen. Der Anteil der wichtigeren Länder an dieser Erzeugung während der letzten drei Jahre ist in der nachstehenden Tabelle ersichtlich gemacht:

Produktionsländer	1903	1904	1905
	Tonnen		
Bereinigte Staaten von Amerika	319 068 000	314 563 000	350 821 000
Großbritannien	230 334 000	232 428 000	236 120 000
Deutschland	114 768 000	118 874 000	119 349 000
Frankreich	38 668 000	32 964 000	34 778 000
Belgien	23 415 000	22 396 000	21 508 000

Hiernach ist die Kohlenproduktion aller vorstehend genannten Länder ausgenommen, im Jahre 1905 gestiegen. Die letztjährige Erzeugung der Vereinigten Staaten von Amerika übertraf diejenige Großbritanniens um mehr als 100 Millionen Tonnen, während Deutschlands Anteilziffer nur etwa die Hälfte und die Belgiens und Frankreichs zusammengenommen nur den vierten Teil der englischen Produktion ansah.

Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, übertrifft die Kohlenproduktion Großbritanniens (mit fast 5 1/2 Tonnen pro Kopf) diejenige der Vereinigten Staaten von Amerika mit etwas weniger als 4 1/2, Tonnen). In Belgien kamen 3 Tonnen, in Deutschland etwa 2 Tonnen und in Frankreich etwas unter 1 Tonne Kohlen auf jeden Einwohner.

Soziales.

Was ist das Leben eines Arbeiters wert?

Der kurze Bericht, den wir über ein Regensburger Urteil am 19. Dezember unter dieser Überschrift brachten, hat die „Kreuz-Zeitung“, deren Bibelkenntnis und Wohlwollensliebe, wie wir neuerlich nachwiesen, auf sehr löblichen Höhen steht, ohne daß das Organ für Junkerei und Kluderei etwas zu erwidern vermochte, in Hornisch gebracht.

Die hiedere Reaktionsin schreibt: „Berlin, 27. Dezember. In der Wahl seiner Mittel, die Arbeiter zu verheizen, entwickelt das sozialdemokratische Zentralorgan zuweilen eine kaum zu überbietende Strupellosigkeit. So las man kürzlich im „Vorwärts“ unter der Überschrift: „Was ist das Leben eines Arbeiters wert?“ folgende Notiz: „Durch das Verschulden des Steinbruchbesizers und Kommerzienrats Anton Lang in Reutelsheim an der Donau hat ein Steinbrucharbeiter sein Leben eingebüßt. Das Landgericht in Regensburg demerzte das Leben des Arbeiters nicht hoch, es verurteilte den Kommerzienrat zu — 150 M. Geldstrafe.“

Mit dem Wert des Lebens hat dieses Urteil nichts zu tun. Der „Vorwärts“ entsetzt gräßlich, wenn er behauptet, das Regensburger Landgericht habe das Leben des verunglückten Arbeiters nur mit 150 M. bewertet. Es handelt sich hier lediglich um die Abmündung einer Außerachtlassung von Unfallverhütungsvorschriften, um eine Fahrlässigkeit, die wahrscheinlich dem Arbeitgeber nicht einmal unmittelbar zur Last fällt, der nur deshalb bestraft wird, weil er die Verantwortung dafür trägt. Ueber die Bewertung des Menschenlebens gibt es Prozesse und Präjudizien zur Genüge, es wird individuell nach dem Verdienste des durch Unfall oder sonstwie getöteten Menschen im Interesse der Hinterbliebenen und ihrer Entschädigung berechnet. Mit seiner Notiz will der „Vorwärts“ Gesetz und Rechtsprechung diskreditieren und die gewohnte Verhegung, keine Hauptarbeit, betreiben. Sollten nicht in den größtmöglichen Fällen solcher Art amtliche Richtstellungen der betreffenden Behörden nötig, ja notwendig sein?

Wrr! Was sollen denn die „betreffenden Behörden“ richtig stellen? Sollen sie den Tod des Arbeiters befechtigen? Sollen sie mitteilen, an dem Tod des Arbeiters war nicht nur der zu so gelinder Strafe verurteilte Kommerzienrat, sondern die bürgerlichen Parteien, daran die „Kreuz-Zeitungs“-Partei, Schuld, die alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt hat, die darauf abzielten, die Unglücksfälle im Betriebe zu verringern? Die „Kreuz-Zeitung“ trägt angeklagt der Tatsache, daß das Unfallgesetz im besten Falle nur zwei Drittel des Schadens vorzieht, zu behaupten, bei Unfällen werde nach dem Verdienste des getöteten Menschen im Interesse der Hinterbliebenen und ihrer Entschädigung die Bewertung des Lebens bemessen. Die Konservativen mitsamt den

anderen bürgerlichen Parteien waren es, die den vollen Schadenertrag Arbeitern gegenüber wiederholt ablehnten. Gegen die Möglichkeit einer Verringerung der Arbeiter-Unglücksfälle und für die Beeinträchtigung der Schadenersagente an Arbeiter ist die konservative Partei mitsamt der „Kreuz-Zeitung“ eingetreten. Die Rücksichtslosigkeit gegen Leben und Gesundheit der Arbeiter ist gerade in den landwirtschaftlichen Großbetrieben, deren Interessen die „Kreuz-Zeitung“ wahrnimmt, erschreckend groß. Die hohen Zahlen der Unfälle in der Landwirtschaft tragen in sich eine solche furchtbare Fälle von Not und Elend, daß der Kaiser am 11. November 1890 in dem Landesökonomienkongress sich gegen die „Gleichgültigkeit des Besitzers gegen das Leben der von ihm beschäftigten Arbeiterinnen“ aussprach. Damals, im Jahre 1890, betrug die Zahl der jährlichen Unglücksfälle im Landwirtschaftsbetriebe 12 673. Diese Zahl schmolte bis zum Jahre 1901 auf 55 983, im Jahre 1904 gar auf 66 003 hinauf! Diese Zahlen, diese Tatsachen, diese Rücksichtslosigkeit gegen das Leben seiner Mitmenschen, hiedere „Kreuz-Zeitung“, nicht unsere den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Mitteilung der Wahrheit wirkt verhegend. Wer so wie die „Kreuz-Zeitung“ den Mangel an Unfallverhütungsvorschriften und ihrer Befolgung und die Kürzung des Rentenrechts der Arbeiter noch zu beschönigen wagt, der ist an dem namenlosen Elend, der Armut der im Betriebe der Landwirtschaft und Industrie Verunglückten und ihrer Hinterbliebenen mitschuldig. Verachten Sie, wer te „Kreuz-Zeitung“, Ihre Moralanfänkungen und unterlassen Sie Ihr dummdreistes Schreien nach behördlicher Verächtigung.

Die gefüllte Kompostkassette der Staatsarbeiter.

Schon mehreremals haben wir über Arbeiterentlassungen auf der kaiserlichen Werft in Danzig berichten müssen. Der „Gegen“ der Notentwertung ist besonders den Werftarbeitern in Danzig durch diese Entlassungen eingebüßt worden. Kurz vor dem Weihnachtseste sind nun wieder einzelne Staatsarbeiter auf Pfahle getrieben. So ist ein Maschinenbauer entlassen worden, der schon zwei Jahre auf der Werft tätig gewesen ist. An dem Tage, an dem sein Kind starb, erhielt er die Kündigung. Der Mann ist weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert gewesen; ja er hat sich nie um öffentliche Angelegenheiten gekümmert. Vorher war er fast drei Jahre im Dienste der Marine in China tätig und mußte als „dauernd halb-invalide“ entlassen werden. Seine Pension wurde ihm um 33 1/2 Proz. gekürzt. Nun glaubte er dauernd auf der kaiserlichen Werft beschäftigt zu werden, doch kurz vor dem „heiligen“ Weihnachtsfeste wurde er brotlos gemacht. Und weshalb? Der Mann gab sich die größte Mühe, die Gründe seiner Entlassung zu erfahren. Doch vergeblich. Nur andeutungsweise wurde ihm mitgeteilt, daß er als vorbestrafter Mensch nicht würdig sei, in einem Staatsbetriebe zu arbeiten. Der Mann hat vor drei Jahren eine Lorheit begangen und dafür ein Strafmandat über eine Geldstrafe erhalten, die auf seinen Einpruch in eine Gefängnisstrafe von einigen Tagen umgewandelt wurde. Deshalb ist nun der invalide Chinatämpfer mit seiner Familie mitten im harten Winter der bittersten Not ausgesetzt!

Uebrigens wurde von der kaiserlichen Werft noch ein Kesselschmied kurz vor Weihnachten entlassen, der schon sieben Jahre im Dienste des Staates gearbeitet hat. So erzieht der Vater Staat Staatsarbeiter zu Sozialdemokraten.

Heimarbeit ausstellung in Frankfurt a. M.

Durch die Berliner Heimarbeit ausstellung, welche Anfang dieses Jahres stattfand, veranlaßt, und einer Anregung des Frankfurter Stadtverordnetenkollegiums folgend, sagte eine Anzahl bürgerlicher Wirtschaftspolitiker, Industrieller und Gelehrter den Plan, eine solche Ausstellung in Frankfurt a. M. ins Leben zu rufen. Die Ausstellung soll nun im Herbst 1907 stattfinden. Der vorbereitende Ausschuss setzt sich unter anderem aus Vertretern des Sozialen Museums, Gewerkschaftskartells, christlichen Kartells und der Stadt Frankfurt zusammen. Das Komitee hat sich zur Aufgabe gemacht, in der Ausstellung hauptsächlich die Heimarbeit des Frankfurter Wirtschaftsbereichs darzustellen; es soll aber in diesem eng begrenzten Rahmen ein gründliches, umfassendes Bild der Heimarbeit in ihren wirtschaftlichen, technischen und sozialen Voraussetzungen, Formen und Folgen gegeben werden. Die Ausstellung soll vollständige Unparteilichkeit zu ihrem Grundsatz machen und sich daher in gleicher Weise auf die Mitarbeiter der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer stützen.

Die örtliche Begrenzung des Ausstellungsbereiches ist: diejenigen Gebiete des Rhein-Kraus und Bayerns, die von den Gebirgen Westerwald, Vogelsberg, Rhön, Spessart, Odenwald und von dem Rhein umgrenzt sind. Die sachliche Begrenzung der Ausstellung ist: Darstellung der Heimarbeit dieser Gegenden in den verschiedenen Industriezweigen 1. nach ihrer wirtschaftlichen und technischen Seite hin: Arbeitsverfahren, Arbeitsverhältnis, Arbeitspreis und Herstellungslohn, sowie Verkaufspreise des Produktes; 2. nach der sozialwirtschaftlichen Natur der Heimarbeit: a) Zusammenhang zwischen Heimarbeit und anderen gewerblichen und landwirtschaftlichen Tätigkeiten; b) Zusammenhang zwischen Heimarbeit und Familie; c) Einfluss der Heimarbeit auf die Einkommensverhältnisse; d) Zusammenhang zwischen Heimarbeit und Wohnung.

Nach diesen Grundzügen ist der Plan der Ausstellung aufgestellt. Die moderne Arbeiterschaft hat ihre Mitwirkung an der Ausstellung zugesagt, da ja ohne ihre Beilegung keine derartige Ausstellung stattfinden kann. Auch liegt es im Interesse der Arbeiterschaft, wenn immer und immer wieder die Schäden der Heimarbeit in ihrer traffen Wirklichkeit gezeigt werden. Mögen die bürgerlichen Sozialpolitiker davon lernen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Vergrößerung des Berliner Gewerkschaftshauses.

Die Gesellschaft Gewerkschaftshaus hat gestern das Grundstück Engel-Ufer 14 zum Preise von 180 000 M. erworben, um im Anschluß an das jetzige Haus ein neues Bureaugebäude aufzuführen. Die Kosten des Anbaues, einschließlich des Grund und Bodens, sind auf 420 000 M. veranschlagt. Mit dem Abbruch soll am 1. April 1907 begonnen werden, so daß der Anbau am 1. April 1908 in Benutzung genommen werden kann. Die für den Anbau nötigen Gelder sind durch die Berliner Gewerkschaften zur Verfügung gestellt worden.

Die Differenzen im Bäckergewerbe.

Der Zentralverband der Deutschen Bäckereien“ verfenet an die Presse eine Notiz, die die jetzigen Differenzen im Bäckergewerbe scharf darstellt und die Differenzursachen wohlweislich teils ganz verheimlicht, teils zu verdunkeln versucht. Die Zuschrift sucht in der öffentlichen Meinung den Verband der Streikgeilte zu beschuldigen, während umgekehrt der fortgesetzte Tarifstreik, die Kampfverrichtungen und Erschütterungen der Gewerkschaft durch die Innungen zu der jetzigen Spannung geführt haben.

Die Sachlage ist folgende: Die Grundlagen der im Mai 1906 abgeschlossenen Vereinbarungen liegen in folgenden beiden Bestimmungen: 1. Kost und Logis darf den Gesellen vom Meister nicht mehr gewährt werden, Ausnahmen sind nur auf ausdrücklichen Wunsch der Gesellen zulässig. 2. Für Berlin und seine Vororte, die dieser Abmachung angeschlossen sind, soll ein zentralisierter Arbeitsnachweis errichtet

werden. Dieser ist einer aus gleichen Teilen von Meistern und Gesellen gewählten Kommission zu unterstellen. Die einzusetzende Schlichtungskommission hat die Vorarbeiten zur Errichtung dieses Arbeitsnachweises zu treffen. Die Innungen verpflichten sich, nach Inkrafttreten dieses Arbeitsnachweises ihre Mitglieder zur ausschließlichen Benutzung desselben anzuhalten.

An diesen klaren Bestimmungen haben die Innungen vom ersten Tage an durch allerhand Auslegungsfälle gerüttelt. Schon der erste Punkt ist von Anfang an von den Innungen durchbrochen worden. Obgleich im Tarif ausdrücklich bestimmt ist, daß die Innungsarbeitsnachweise unter diesen Bedingungen Gesellen nicht in Arbeit schicken dürfen, schicken die Innungsprechmeister nach wie vor die Gesellen gegen ihren ausdrücklichen Wunsch in Arbeit mit Kost und Logis beim Meister. Noch mehr, die Innungsmeister erließen in ihrer Zeitung — sogar ohne Befragung der Schlichtungskommission — eine dahingehende Anweisung an die Sprechmeister. Wer von den Gesellen sich dagegen sträubte wurde gemahregelt. Ein geharnischter Protest der Gesellenvertreter in der Schlichtungskommission führte zum Ueberflus dahin, daß sich die Innungen auf den Standpunkt der Sprechmeister stellten. Sie — die Innungen — legen den Tarif „eben so aus“, wenn es auch anders drin stünde, erklärten sie trocken.

Die neuerliche Auslegung des Punkt 5 des Tarifes (Arbeitsnachweis) seitens der Innungen hat dem Faß den Boden ausgeklagen.

Obgleich der Tarif ausdrücklich besagt, daß der zu errichtende Arbeitsnachweis, unbeschadet seines Innungscharakters einer paritätischen Kommission unterstellt wird, und die ganze Einrichtung desselben der Schlichtungskommission übertragen ist, wollen jetzt die Innungen selbst bestimmen, wie der Arbeitsnachweis aussehen soll und sollen auch ferner die Hauptfunktionen der Verwaltung desselben den Innungsvorständen überlassen bleiben. Das heißt auf gut Deutsch: Es bleibt alles beim alten; die bisherige Wirtschaft im Arbeitsnachweis, die der Gewerkschaft so sehr verhaßt ist und gerade durch den Tarif beseitigt werden sollte, soll weiter bestehen bleiben.

Wenn das die Absicht der Gewerkschaft gewesen wäre, dann wäre es unstatig gewesen, diesen Punkt überhaupt erst in den Tarif aufzunehmen.

Die Innungen haben eben alles versprochen wollen aber nichts halten.

Die Innungen haben auch stets strikte Tarifgegner unterschätzt, haben diesen sogar Unterstützung gegen die Gesellen zugesichert. Auch in anderer Weise haben sie die Zurückhaltung einer Parteipartei vernünftigen lassen.

Sie haben gegnerische Gesellenorganisationen gegründet, deren Mitglieder durch die Innungsorgane systematisch in die Stellungen von Verbandsmitgliedern und auch unorganisierten Familienvätern hineingebürgert wurden, wodurch letztere brotlos gemacht wurden. Der Arbeitgeberverband wurde wie nie zuvor propagiert. Alles ließ darauf schließen, daß die Innungen etwas im Schilde führten.

Die Verbandsleitung hat den Vorschlag gemacht, daß das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts in dieser Sache einen Schiedsspruch fällen möge; dies haben die Innungen abgelehnt und wollen nur dem Innungsschiedsgericht diese Sache zur Beurteilung unterbreiten.

Daß die Arbeiterorganisation — nach einem früheren Versammlungsbeschlusse — ihre Sache prinzipiell nicht einem Innungsschiedsgericht anvertrauen darf, wird jeder denkende Mensch begreiflich finden. Die Bäckergesellen unterwerfen sich gern einem Gericht, wie dem Berliner Gewerbegericht, wo ebenfalls bürgerliche, aber unabhängige Richter den Ausschlag geben, können aber keinerlei Vertrauen zu einem Gericht haben, dessen ausschlaggebende Personen mehr oder weniger von den Innungen abhängig sind. Ueberhaupt können Partei und Richter nicht — wie im Innungsschiedsgericht — in einer Person verkörpert sein.

Nach alledem können die Bäder es mit gutem Gewissen der Öffentlichkeit überlassen, darüber zu urteilen, wer die Schuld an dem jetzigen Streit hat, wer auf einen Streit hinarbeitet und diesen vor langer Hand vorbereitet hat und wer den Frieden will.

Die Vereinigten Berliner Wirtelwerke haben ihren Rutschern am dritten Feiertag die Mitteilung gemacht, daß von jetzt ab bis auf weiteres der Lohn auf 21 M. pro Woche festgesetzt werde. Das bedeutet für die Rutschern eine Lohnreduzierung von 8,50 M. die Woche. Es handelt sich um Unorganisierte. Ob wohl jetzt diese Arbeiter einsehen werden, wie notwendig die Organisation ist?

Deutsches Reich.

Die Vorgeschichte einer Scharfmacher-Rede.

Wir haben gestern nach dem Wollfischen Telegraphen-Bureau den Wortlaut einer Strafrede wiedergegeben, die der Direktor G r u m m e den Offizieren der Hamburg-Amerika-Linie hielt. Diese Rede hat eine interessante Vorgeschichte, die der Telegraph leider mitteilen vergaß, aber die man uns aber schriftlich aus Hamburg berichtet. Danach hat Herr Generaldirektor G a l l i n während des höchsten Festes der Christenheit, das ja ein Ver-söhnungsfest sein soll, seine Kapitäne und Schiffsoffiziere zu einem löblichen Karfenschmaus an Bord eines der Schnellampfer eingeladen.

Von den etwa 250 Kapitänen und Schiffsoffizieren, die sich während der Weihnachtstage in Hamburg befanden, folgten noch nicht einmal zwei Duzend der Einladung! Darauf ließ der Generalgewaltige die Schiffsoffiziere vor dem Direktor Fregattenkapitän und früheren Flägeladjutanten G r u m m e laden, der den Herren Schiffskapitänen und Schiffsoffizieren dann das Koalitionsrecht gnädigst zugestand, sie aber in demselben Atemzuge aufforderte, aus diesem Verein auszutreten.

Unter Korrespondent sagt hinzu: Diese Brutalisierungsvorläufe kommen gerade zu einer Zeit, wo mancher sich bedrückt fühlende eine Revision seiner politischen Gesinnung vorzunehmen pflegt. In diesem Sinne wird auch die Mah-nahme der Redner und deren Sachwalter sich als ein Teil von jener Kraft erweisen, die das Böse will, aber das Gute schafft.

Mit einer Niederlage der Scharfmacher

endete bekanntlich die Formerbewegung dieses Jahres. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hatte aus Anlaß der von den Formern aufgestellten Forderungen die Ausprägung von nicht weniger als 320 000 Metallarbeiter angebracht, verlor dann wiederholt die Ausführung dieser Drohung, um schließlich beim endlichen Versuch zu ihrer Durchführung einen kläglichen Reinsatz zu erleben.

In einer der letzten Nummern gibt die „Metallar.-Ztg.“ einen Ueberblick über die Erfolge und die Aufwendungen des Metallarbeiterverbandes bei diesem Kampfe.

An der Bewegung waren beteiligt:

Arbeiterbewegungen	Zahl der					
	Ein-mannigen	Ort	Betriebe	beihilf-tlichen Arbeiter	Streik-fähige Arbeiter u. Berufl. o. Berufstüchtigen	Organisier-ten in D. u. in anderen Arbeit-Verb. lat-ten
Bewegungen ohne Ar-beiteinstellung . . .	80	65	154	22 059	9 298	6 814
Angriffstreif	40	32	108	12 904	6 259	4 229
Ausführungen	20	20	152	23 824	20 668	14 010
Zusammen	140	117	414	58 787	36 195	25 053

Es wurden also durch die Formerbewegung 36 195 Arbeiter in Mitteleuropa gezogen. Aber damit ist diese Bewegung durchaus noch nicht abgeschlossen, sondern in einer ganzen Anzahl Orte und Betriebe sind die Formern und Gewerkschaften jetzt noch daran, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Der größte Teil der an der Formerbewegung beteiligten Arbeiter (20 668 = 57,1 Proz.) wurde ausgesperrt. Der Erfolg dieser Maßregel war: Die

Unternehmer mußten sich zu einer Reihe von Zugeständnissen bequemen, die für die Arbeiter eine wesentliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage bedeuten. Das beweist folgendes Ergebnis: Für 10 815 Arbeiter wurde pro Woche eine Verkürzung der Arbeitszeit von 25 788 Stunden erreicht, das sind im Durchschnitt für den Einzelnen 2,3 Stunden die Woche. Aber nicht nur für die Form- und Sackarbeiter ist eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht worden, auch den übrigen Metallarbeitern der betreffenden Betriebe ist sie zu gute gekommen. So ist in Hannover für rund 2000 Metallarbeiter die 50stündige Arbeitswoche erreicht worden, in Fürstentum wurde die 48stündige Arbeitszeit anstatt vorher 10 Stunden für den ganzen Betrieb mit 1100 Arbeitern eingeführt und in Mühlhausen im Elcho wurde für rund 5000 Arbeiter durch die Forderungen der Form- und Sackarbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit von 2 Stunden die Woche erzielt. Zu dem sind aber auch ganz bedeutende Lohn- und Verdienstaufhebungen erzielt worden. Es haben zusammen 17 461 Form- und Sackarbeiter einen Mehrerwerb von 29 844 M. die Woche zu verzeichnen, das ist für jeden Beteiligten im Durchschnitt 1,70 M. die Woche mehr als vorher. Aber auch in dieser Beziehung haben eine große Zahl von Arbeitern, die nicht direkt an der Form- und Sackarbeiterbewegung beteiligt waren, Vorteil von ihr gehabt.

In der Form- und Sackarbeiterbewegung handelte es sich in der Hauptsache nicht um Arbeitszeitverkürzung und Lohn- und Verdienstaufhebung allein, sondern auch um die Beseitigung langjähriger unzulässiger Zustände im Form- und Sackarbeiterberuf. Die nachstehende Tabelle gibt ein Bild über die erzielten Vorteile in dieser Beziehung:

Erreicht wurde	Durch Bewegung ohne Arbeits-einstellung		Durch Arbeits-streiks		Zusammen	
	Zahl der Beteiligten	in M.	Zahl der Beteiligten	in M.	Zahl der Beteiligten	in M.
Zarif	24	2 803	7	598	2	43 83
Regelung der Arbeitszeit	37	6 526	20	4 880	8	947 65
Beseitigung v. Mißständen	33	4 831	9	703	2	300 44
Zuschläge für Überstunden	49	11 011	28	5 032	10	1 636 87
Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit	31	6 305	11	839	—	42 7 144
Festgesetzte Mindestlöhne	41	3 315	20	3 502	2	48 63
Sonstige Vorteile	31	6 517	25	5 050	10	1 273 66
						12 840

Diese wenigen Zahlen bedeuten für Jahrelangende von Arbeitern eine gewisse Sicherstellung des Arbeitsverhältnisses, wo vorher Willkür und laueste Mißstände herrschten. Von sämtlichen 140 verschiedenen Bewegungen mit 36 195 Beteiligten endeten nur drei mißlingend und eine Aussperrung mit zusammen 837 Beteiligten erfolgte.

In einer übersichtlich zusammengestellten Tabelle gibt die „Metallarbeiter-Zeitung“ ein Bild der wichtigsten in den abgeschlossenen tariflichen Vereinbarungen enthaltenen Punkte.

Natürlich hat diese gewaltige Bewegung dem Deutschen Metallarbeiterverband auch ganz erhebliche Opfer gekostet. Die Hauptkasse hatte 1 517 900 M. und die Lokalkassen 250 802 M. aufzubringen; das sind zusammen mehr als 1 768 Millionen Mark, die ausgegeben werden mußten, um den Widerstand der Unternehmer zu brechen. Gewiß ein Beweis außerordentlicher Leistungsfähigkeit unserer Industriearbeiter, wenn man berücksichtigt, daß diese Summen ohne jede fremde Hilfe aufgebracht wurden.

Ausland.

Das Elend der Heimarbeit vor der niederländischen Kammer.

Der Textilarbeiterstreik in Nijssen und das furchtbare Elend, das ihn hervorgerufen hat, kamen am Montag in der zweiten Kammer des holländischen Parlamentes zur Sprache. Genosse van der Kolk sagte, er habe in seinem Leben viel tiefes Elend gesehen, sei aber niemals so durch und durch erschüttert worden wie vor einigen Wochen bei seinem Besuch in Nijssen, wo die traurigen Folgen der Hausindustrie in der schrecklichsten Weise zutage treten. In den Fabriken ist die Arbeitszeit die längste, werden die niedrigsten Löhne der ganzen Provinz Overijssel gezahlt. Um die Löhne zu ergänzen, sind die Frauen und Kinder gezwungen, Heimarbeit anzunehmen, in den elenden Dörfern, die sie bewohnen, Zustände für die Fabrikanten zu nähen. Als das entsetzliche Elend, das Friedrich Engels einstmalig aus der englischen Fabrikindustrie entwarf, findet man in Nijssen noch heute und diesen Tag. Man gewinnt dort den Eindruck, daß dieser Ort eine Schwindsucht-Kolonie ist. In keinem der Industrieorte von Drenthe ist die Sterblichkeit so groß wie dort; innerhalb eines Vierteljahrhunderts ist die Zahl der Schwindsüchtigen unter tausend Einwohnern von sieben auf zwölf gestiegen im Jahre. Die Kindersterblichkeit ist in Nijssen doppelt so groß wie in Amsterdam. Die ganze Bevölkerung ist durch die Hausindustrie degeneriert. Kinder, die zur Schule gehen, sehen aus wie alte Frauen und alte Männer; was spielen ist, wissen sie nicht; sie erscheinen freudlos und stumpfsinnig. Es herrschen Zustände in Nijssen, die an die Verelendung des Mittelalters erinnern. — Van der Kolk erbat den Arbeitsminister Beegens, eine Enquete über die Hausindustrie in Nijssen und anderen Orten zu veranstalten und, wenn es erforderlich sein sollte, ein Komitee dazu vorzuschlagen. — Der Minister lehnte den Gedanken einer Enquete nicht ab, erklärte aber, daß er erst die Heimarbeit-Ausschüsse in der Kammer in Amsterdam stattfinden soll, sowie die Berichte der Arbeitsinspektoren abwarten wolle. Auf jeden Fall, meinte er, stehe so viel fest, daß die Zustände in Nijssen nach Verbesserung schreien. Er redete bei Vorschlägen in dieser Angelegenheit auf die Unterstützung der Kammer.

Der Jahreskongress der belgischen Gewerkschaften

tagte während der Weihnachtsfeiertage im Maison du Peuple zu Brüssel. Neben einer großen Anzahl Delegierter der Gewerkschaftsverbände waren auch einige Vertreter der Arbeiterpartei anwesend; das belgische Arbeitsamt hatte ebenfalls einen Vertreter entsandt. Die belgische Arbeiterpartei ist gewerkschaftlich noch recht schlecht organisiert, namentlich ist die Zentralisation nur erst von wenigen Berufen durchgeführt und in den meisten Organisationen werden so minimale Beiträge erhoben, daß die Leistungen auch dementsprechend geringe sind. Es besteht zwar eine Gewerkschaftskommission, welcher im ganzen dieselben Aufgaben zugewiesen sind, wie unserer deutschen Gewerkschaftskommission; man hat es aber bisher noch immer nicht zur Anstellung eines befähigten Sekretärs gebracht. Nach den Beschlüssen früherer Kongresse sollen die Gewerkschaften, welche der Kommission angegeschlossen sind, pro Mitglied und Jahre 5 Centimes an diese abführen; wie aus dem Bericht der Kommission hervorgeht, sind im Berichtsjahre die Beiträge von nur

55 000 Mitgliedern, das sind für 22 000 mehr als im Vorjahre eingegangen. Es ist leicht erklärlich, daß bei solch geringer Summe auch von der Kommission keine großen Leistungen erwartet werden können. Das ganze Budget der Kommission weist eine Jahreseinnahme von 4914 Fr. und eine Ausgabe von 8408 Fr. auf; nach der Deckung eines Defizits für das von der Kommission herausgegebene Organ verbleibt ein Bestand von 576 Fr.

Die einzelnen Landesföderationen überlassen es ihren Zweigvereinen und Provinzialverbänden, sich der Kommission anzuschließen oder nicht. So sind von den 60 000 organisierten Belgier nur etwa 25 000 der Kommission angegeschlossen, die Beiträge sind aber nur für 12 000 eingegangen. Seitens der belgischen Delegierten wurde es auch sehr scharf gerügt, daß gerade die wallonischen Elemente so wenig zu den allgemeinen Unkosten beitragen. Die meiste Unterstützung wird der Gewerkschaftskommission von dem Metallarbeiterverbande zuteil. Dieser führt für seine 7000 Mitglieder regelmäßig die entsprechenden Beiträge an die Kommission ab; in diesem Jahre wird er entsprechend dem Zuwachs seines Mitgliederbestandes für 10 000 Mitglieder bezogen. Bergmann, der jetzt in der Hauptsache die Arbeiten der Gewerkschaftskommission nebenamtlich erledigt, ist Lokalbeamter des Metallarbeiterverbandes in Brüssel. Er, sowohl als Paet, der Generalsekretär der belgischen Metallarbeiter, treten entschieden für die Anstellung eines befähigten Beamten für die Gewerkschaftskommission ein; sie verweisen auf das Beispiel ihres Verbandes, der durch die Anstellung befähigter Beamten (8 an der Zahl) gute Fortschritte gemacht hat. Es entspringt sich eine lange Diskussion, die sich durch drei Sitzungen hindurch zieht und die damit endet, daß man beschließt, die Frage zur Urabstimmung an die Gewerkschaften zu verweisen. Diese sollen sich innerhalb drei Monaten äußern.

Aus der Frauenbewegung.

Wahlrechtskampf in England.

Fünf wegen Teilnahme an den Kundgebungen vor dem Parlamentsgebäude zu mehreren Tagen Gefängnis verurteilte Frauenrechtlerinnen wurden am 27. Dezember nach Verbüßung ihrer Strafe von ihren Kolleginnen im Triumphzuge aus dem Gefängnis abgeholt und in ein Restaurant geleitet, wo ihnen zu Ehren eine große Weihnachtsfeier stattfand. Im Gefängnis von Holloway befinden sich zurzeit noch 15 Frauenrechtlerinnen. Seit Beginn der diesjährigen Bewegung sind 35 Frauen, darunter 23 verheiratete, wegen derartiger Kundgebungen vor dem Parlament zu Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Die französischen Sozialisten für das Frauenstimmrecht.

Am 21. Dezember erschien eine zahlreiche Deputation der Vereinigung „Frauenolidarität“ in der Kammer, um die sozialistische Fraktion zu einer Intervention zugunsten des Frauenstimmrechts aufzufordern. Sie wurde im Fraktionszimmer von den Abgeordneten herzlich empfangen. Die Sprecherin der Gruppe, Genossin Dr. Pelletier, erinnerte an den Beschluß des Parteitag von Limoges, der die sozialistischen Abgeordneten beauftragt, einen Gesetzentwurf über das Frauenwahlrecht einzubringen. Jaurès erwiderte, daß die Fraktion in nächster Zeit das Erforderliche tun werde. Die Gefahr des Militarismus, die so oft von den Feinden des Frauenstimmrechts an die Wand gemalt wäre, bestehe nicht. Wenn die Frauen wirklich von den Klaffen fanatisiert wären, könnte sich die Trennung von Kirche und Staat nicht in so friedlicher Weise vollziehen. — Auch andere sozialistische Abgeordnete versicherten die für die Gleichheit kämpfenden Frauen ihrer Sympathien. — In der folgenden Fraktionsitzung wurde eine Kommission gewählt, die den Gesetzentwurf über die aktive und passive Wahlberechtigung der Frauen auszuarbeiten und auch die anderen, auf die politische, wirtschaftliche und privatrechtliche Gleichstellung der Frauen bezüglichen Vorschläge studieren soll.

Die arbeitende Frau in Amerika.

Nach dem letzten Zensus in den Vereinigten Staaten werden Frauen in fast allen von 805 angezeigten Tätigkeitsgebieten beschäftigt. Nur von vier Gebieten läßt sich sagen, daß Frauen dortaus nicht zugelassen werden. Sie blieben ausgeschlossen von der Armee, der Marine, der Feuerweh und dem Schiffsdienst des Bundes. Da werden Frauen nicht gebildet.

Die Zahl der arbeitenden Frauen in den Vereinigten Staaten wurde im Jahre 1900 amtlich auf 5 819 397 angegeben. Da die Zunahme von 1890 bis 1900 eine außerordentlich starke war, etwa 33 Proz., so glaubt man nicht fehlzugehen, wenn man die gegenwärtige Zahl auf rund sechs Millionen schätzt. Die Zahl der weiblichen Verheirateten im Alter von mehr als zehn Jahren wurde 1900 auf rund 28 Millionen angegeben; somit kommen auf etwa fünf weibliche Personen eine Arbeiterin.

Auf der Landwirtschaft entfallen etwa eine Million arbeitende Frauen, ziele 605 000 Farmarbeiterinnen und über 800 000 Farmarbeiterinnen. Unter den letzteren gibt es viele, die Musterbetriebe führen. Zum Beispiel haben zwei Schwestern in Connecticut eine Obstfarm, die weit und breit wegen ihrer ausgezeichneten Produkte berühmt ist. Gleich berühmt ist eine große Gemüsesfarm bei Boston, die der Leitung von einer Frau und ihrer Tochter untersteht. In Illinois betreiben zwei Frauen eine Farm, die nur der Viehzucht gewidmet ist und außerordentlich lukrativ sein soll. Groß ist die Zahl der Geflügelfarmen, von den kleinsten bis zu den angesehensten, die von Frauen selbständig betrieben werden. Unter den Farmarbeiterinnen sind eingewanderte Frauen zahlreich; sie müssen schwer arbeiten, der Lohn ist sehr gering.

Es gibt kein Handwerk, in welchem nicht Frauen arbeiten. Im Bauhandwerk wurden zum Beispiel gezählt: 167 weibliche Maurer, 545 weibliche Zimmerleute, 1759 weibliche Maler und Posierer, 241 weibliche Kleber usw. Es gab auch hundert weibliche Architekten und 150 weibliche Baumeister, die Kontrakte für Bauten übernahmen.

Lincoln, Staat Nebraska, rühmt sich eines weiblichen Schmiedes. Die Schmiedin ließ auch ihre beiden Töchter das Schmiedehandwerk erlernen.

Star vertreten sind die Frauen im Handelsgewerbe, als Verkäuferinnen, Reisende, Agenten, im Kontor bis hinauf zur Bankpräsidentin. Unter dem Kontorpersonal wurden 86 118 Arbeiterinnen als Stenographen und an der Schreibmaschine gezählt.

Als Lehrerrinnen sind nach dem Zensus 825 000 Frauen angestellt und sie werden häufig bevorzugt vor den männlichen Kollegen, und nicht nur, weil sie billiger sind. Unter den Lehrerrinnen besteht gegenwärtig eine starke Bewegung zur Erhöhung der Gehälter, um auf eine gleiche Stufe mit den besser bezahlten Lehrern zu kommen.

Weibliche Geistliche der verschiedenen Glaubensbekenntnisse sind angeführt. Nicht mehr wie 6418 Schauspielerinnen zeigte der

Zensus, ferner 8125 weibliche Bibliothekare. Im Verufe der Rechtsanwältin und Anwälte ist die Frau keine Seltenheit mehr; Bergtinnen gibt es etwa 10 000.

2089 Schankwirtinnen und nicht mehr als 440 Bäckerinnen gab es im Jahre 1900 in den Vereinigten Staaten.

In Butler in Pennsylvania gibt es ein Frauenin Polizeisergeant, das wegen ihrer Strenge, besonders Trunkenbolden gegenüber, sehr gefürchtet ist. In Woodlawn in Ohio gibt es einen weiblichen Leichenbestorger und Einbalsamierer. Eine Zeitung behauptete, daß sich mancher Mann in Woodlawn schon das Leben genommen habe, um sich von Fräulein Jennie begraben zu lassen.

Gegen die Felle der Lächerlichkeit wie gegen Angriffe anderer Art müssen die Frauen überall gut gewappnet sein. Die ersten Vorurteile zu überwinden, ist gewöhnlich nicht leicht, trotzdem haben die Frauen auf allen Gebieten, die sie zuerst kaum zu betreten wagten, in den letzten 15 Jahren ungeheure Fortschritte gemacht. Sonderbarerweise sind Rückschritte gerade in den Beschäftigungsarten zu verzeichnen, die sonst als speziell weibliche bezeichnet werden. Zum Beispiel ist in der Damenschneiderei der Mann vorgezogen. Die Zahl der Schneiderinnen ist geringer geworden, ebenso die der Putzmaschinen- und Näherinnen. Der Fortschritt in der Maschinenarbeit dürfte hierbei wesentlich als Ursache in Betracht kommen.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. SW., Alexanderstr. 25. Geöffnet täglich von 5^{1/2}—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—11 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 30. Dezember, vormittags 8^{1/2} Uhr, im Rathhaus (Eingang Räderstraße), Saal 109: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 10^{1/2} Uhr, in der Schulaula, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn M. H. Boege über: Enttöpfung und Befreiung der Religion. — 1. Januar 1907, vormittags 10^{1/2} Uhr, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Waldes Manasse.

Diskussionsklub „Freie Zusammenkunft“. Heute abend Gewerkschaftshaus, Zimmer 16: Sitzung.

Eingegangene Druckschriften.

Blutau. Wöchentliche Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhard.) 52. Heft. Abonnements einschließlich der Blutau-Verkäufe vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag: Berlin-Charlottenburg, Voelckerstr. 69.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Gandelsstraße-Vereinbarung, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentäglich von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

1490. Sie können nicht einseitig von dem Betrage zurücktreten. — **Wetzel.** Ueland haben Sie, falls die Krankheit das zulezt zur Ausübung des Wahlrechts zu beantragen. Sie, nicht der Kgl., müßten die Eintragung beantragen. — **Butting.** Die Kasse ist zur Wiederherstellung der veranlagten Mitgliedschaft in Ihrem Fall nicht verpflichtet. — **M. G. 12.** Unrechtmäßig. — **Wilmersdorf.** Die Stellen werden im „Vorwärts“ veröffentlicht. Kandidat ist Reich Jabel. — **G. 94.** Forderungen bis zu 300 M. können Sie ohne Anwalt einbringen. — **O. W. 7. 21.** Sie können beim Gericht Verkauf des Hauses zwecks Ausbesserung beantragen, jedoch entstehen hierdurch erhebliche Kosten. — **O. W. 10.** — **O. G. 38.** Ohne Einsicht in die Verhältnisse, insbesondere in das Urteil ist es unmöglich, eine Ansicht darüber zu äußern, ob eine Berufung Aussicht auf Erfolg hat. Soweit aus Ihrer Darstellung der Sachverhalt ersichtlich, würden nicht Sie, sondern der Vormund des Kindes event. zur Klage berechtigt sein. — **G. 7.** Es ist nicht wahrscheinlich, aber möglich, daß Ihnen die Konzeption wegen des früheren Vorfalls verweigert wird. Ihrer Frau kann deswegen die Konzeption nicht abgelehnt werden.

— **G. G. 28. 1. und 2.** Recht ein die Gesundheitsgefährdung der Wohnung vor, so tragen Sie schuldhaft auf Aufhebung des Vertrages und auf neuen Mietvertrag. Inwiefern Sie es, mit der Klage einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zu verbinden. 3. Nein, aber wenn etwa angegeben ist, die Möbel gehören Ihnen, während sie tatsächlich anderen gehören, so kann in dieser Angabe ein Betrag erbracht werden. 4. Nein. — **Wittoria.** Die Berechtigung würde jedoch vorzuschicklich für gültig erachtet werden. — **O. Rein.** — **M. G. 3.** Bestand in der Tat die Schuld, so wäre eine Klage aufschlüssig. — **M. G. 666. 1. Rein. 2. Ja. — Otto 88. 1. — M. G. 2. 88. 1. Rein. 2. Selbstredend und belanglos ist zulässig. 3. Ja. 4. Ja, die Höhe richtet sich nach dem tatsächlichen Schaden. — **O. R. 58. 3a. — M. G. 7.** Der Antrag ist an den Magistrat Stellung für Invaliden- und Altersversicherung, Köllnischer Park, zu richten. Sie müßten die Invaliden nachweisen. Altersrente können Sie erst vom vollendeten 70. Jahr ab beantragen. — **M. G. 1000. Rein. — W. G. 400. 1a. — G. G. 74.** Ein Beispiel für einen Zahlungsbefehl finden Sie Seite 507 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrechts. — **M. G. 35.** Nach § 42 der Gefangenordnung ist, wenn nicht anderes vereinbart ist, für das Gefängnis die Antrittszeit, wenn sie an sich auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, der vorhergehende Werktag. — **G. 7. 13.** Zahlen Sie an seinen, sondern hinterlegen Sie die Rente. — **M. G. 10.** Lassen Sie sich an den Vorstand der sozialdemokratischen Vereine, Lindenstraße 69, dritter Hof, 3 Treppen. — **M. G. 20.** Reineswegs hat man während der Beschäftigung getrennt zu leben. Das ist ohne Rechtsnachteil nur möglich, wenn ein gerechtfertigter Grund hierfür vorliegt und dieser vom Gericht anerkannt ist. — **Greifensaustr. 63.** Wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft. — **M. 100.** Sie können einen Antrag an das Vormundschaftsamt stellen; wenn die Bewilligung Ihres Antrages im Interesse Ihrer Schwester liegt, so ist demselben nachzugeben. Wegen eines abweichenden Bescheid steht Ihnen das Beschwerdeverbot zu. — **M. G. 47.** An den von Ihnen unterzeichneten Betrag sind Sie gebunden. Die Gesellschaft kann mit Erfolg auf Zahlung der Beiträge klagen. — **G. W.** Sie werden sich am besten an den Rektor einer Schule. — **Abkondent 5. 1. Ja. 2. Teilweise.** wenden Sie sich an einen Kgl. 3. Die Schriften sind nicht mehr verwirrend als ausfüllend, wie können Sie nicht empfehlen.**

— **M. G. 28. 1. und 2.** Recht ein die Gesundheitsgefährdung der Wohnung vor, so tragen Sie schuldhaft auf Aufhebung des Vertrages und auf neuen Mietvertrag. Inwiefern Sie es, mit der Klage einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zu verbinden. 3. Nein, aber wenn etwa angegeben ist, die Möbel gehören Ihnen, während sie tatsächlich anderen gehören, so kann in dieser Angabe ein Betrag erbracht werden. 4. Nein. — **Wittoria.** Die Berechtigung würde jedoch vorzuschicklich für gültig erachtet werden. — **O. Rein.** — **M. G. 3.** Bestand in der Tat die Schuld, so wäre eine Klage aufschlüssig. — **M. G. 666. 1. Rein. 2. Ja. — Otto 88. 1. — M. G. 2. 88. 1. Rein. 2. Selbstredend und belanglos ist zulässig. 3. Ja. 4. Ja, die Höhe richtet sich nach dem tatsächlichen Schaden. — **O. R. 58. 3a. — M. G. 7.** Der Antrag ist an den Magistrat Stellung für Invaliden- und Altersversicherung, Köllnischer Park, zu richten. Sie müßten die Invaliden nachweisen. Altersrente können Sie erst vom vollendeten 70. Jahr ab beantragen. — **M. G. 1000. Rein. — W. G. 400. 1a. — G. G. 74.** Ein Beispiel für einen Zahlungsbefehl finden Sie Seite 507 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrechts. — **M. G. 35.** Nach § 42 der Gefangenordnung ist, wenn nicht anderes vereinbart ist, für das Gefängnis die Antrittszeit, wenn sie an sich auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, der vorhergehende Werktag. — **G. 7. 13.** Zahlen Sie an seinen, sondern hinterlegen Sie die Rente. — **M. G. 10.** Lassen Sie sich an den Vorstand der sozialdemokratischen Vereine, Lindenstraße 69, dritter Hof, 3 Treppen. — **M. G. 20.** Reineswegs hat man während der Beschäftigung getrennt zu leben. Das ist ohne Rechtsnachteil nur möglich, wenn ein gerechtfertigter Grund hierfür vorliegt und dieser vom Gericht anerkannt ist. — **Greifensaustr. 63.** Wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft. — **M. 100.** Sie können einen Antrag an das Vormundschaftsamt stellen; wenn die Bewilligung Ihres Antrages im Interesse Ihrer Schwester liegt, so ist demselben nachzugeben. Wegen eines abweichenden Bescheid steht Ihnen das Beschwerdeverbot zu. — **M. G. 47.** An den von Ihnen unterzeichneten Betrag sind Sie gebunden. Die Gesellschaft kann mit Erfolg auf Zahlung der Beiträge klagen. — **G. W.** Sie werden sich am besten an den Rektor einer Schule. — **Abkondent 5. 1. Ja. 2. Teilweise.** wenden Sie sich an einen Kgl. 3. Die Schriften sind nicht mehr verwirrend als ausfüllend, wie können Sie nicht empfehlen.**

— **M. G. 28. 1. und 2.** Recht ein die Gesundheitsgefährdung der Wohnung vor, so tragen Sie schuldhaft auf Aufhebung des Vertrages und auf neuen Mietvertrag. Inwiefern Sie es, mit der Klage einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zu verbinden. 3. Nein, aber wenn etwa angegeben ist, die Möbel gehören Ihnen, während sie tatsächlich anderen gehören, so kann in dieser Angabe ein Betrag erbracht werden. 4. Nein. — **Wittoria.** Die Berechtigung würde jedoch vorzuschicklich für gültig erachtet werden. — **O. Rein.** — **M. G. 3.** Bestand in der Tat die Schuld, so wäre eine Klage aufschlüssig. — **M. G. 666. 1. Rein. 2. Ja. — Otto 88. 1. — M. G. 2. 88. 1. Rein. 2. Selbstredend und belanglos ist zulässig. 3. Ja. 4. Ja, die Höhe richtet sich nach dem tatsächlichen Schaden. — **O. R. 58. 3a. — M. G. 7.** Der Antrag ist an den Magistrat Stellung für Invaliden- und Altersversicherung, Köllnischer Park, zu richten. Sie müßten die Invaliden nachweisen. Altersrente können Sie erst vom vollendeten 70. Jahr ab beantragen. — **M. G. 1000. Rein. — W. G. 400. 1a. — G. G. 74.** Ein Beispiel für einen Zahlungsbefehl finden Sie Seite 507 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrechts. — **M. G. 35.** Nach § 42 der Gefangenordnung ist, wenn nicht anderes vereinbart ist, für das Gefängnis die Antrittszeit, wenn sie an sich auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, der vorhergehende Werktag. — **G. 7. 13.** Zahlen Sie an seinen, sondern hinterlegen Sie die Rente. — **M. G. 10.** Lassen Sie sich an den Vorstand der sozialdemokratischen Vereine, Lindenstraße 69, dritter Hof, 3 Treppen. — **M. G. 20.** Reineswegs hat man während der Beschäftigung getrennt zu leben. Das ist ohne Rechtsnachteil nur möglich, wenn ein gerechtfertigter Grund hierfür vorliegt und dieser vom Gericht anerkannt ist. — **Greifensaustr. 63.** Wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft. — **M. 100.** Sie können einen Antrag an das Vormundschaftsamt stellen; wenn die Bewilligung Ihres Antrages im Interesse Ihrer Schwester liegt, so ist demselben nachzugeben. Wegen eines abweichenden Bescheid steht Ihnen das Beschwerdeverbot zu. — **M. G. 47.** An den von Ihnen unterzeichneten Betrag sind Sie gebunden. Die Gesellschaft kann mit Erfolg auf Zahlung der Beiträge klagen. — **G. W.** Sie werden sich am besten an den Rektor einer Schule. — **Abkondent 5. 1. Ja. 2. Teilweise.** wenden Sie sich an einen Kgl. 3. Die Schriften sind nicht mehr verwirrend als ausfüllend, wie können Sie nicht empfehlen.**

— **M. G. 28. 1. und 2.** Recht ein die Gesundheitsgefährdung der Wohnung vor, so tragen Sie schuldhaft auf Aufhebung des Vertrages und auf neuen Mietvertrag. Inwiefern Sie es, mit der Klage einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zu verbinden. 3. Nein, aber wenn etwa angegeben ist, die Möbel gehören Ihnen, während sie tatsächlich anderen gehören, so kann in dieser Angabe ein Betrag erbracht werden. 4. Nein. — **Wittoria.** Die Berechtigung würde jedoch vorzuschicklich für gültig erachtet werden. — **O. Rein.** — **M. G. 3.** Bestand in der Tat die Schuld, so wäre eine Klage aufschlüssig. — **M. G. 666. 1. Rein. 2. Ja. — Otto 88. 1. — M. G. 2. 88. 1. Rein. 2. Selbstredend und belanglos ist zulässig. 3. Ja. 4. Ja, die Höhe richtet sich nach dem tatsächlichen Schaden. — **O. R. 58. 3a. — M. G. 7.** Der Antrag ist an den Magistrat Stellung für Invaliden- und Altersversicherung, Köllnischer Park, zu richten. Sie müßten die Invaliden nachweisen. Altersrente können Sie erst vom vollendeten 70. Jahr ab beantragen. — **M. G. 1000. Rein. — W. G. 400. 1a. — G. G. 74.** Ein Beispiel für einen Zahlungsbefehl finden Sie Seite 507 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrechts. — **M. G. 35.** Nach § 42 der Gefangenordnung ist, wenn nicht anderes vereinbart ist, für das Gefängnis die Antrittszeit, wenn sie an sich auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, der vorhergehende Werktag. — **G. 7. 13.** Zahlen Sie an seinen, sondern hinterlegen Sie die Rente. — **M. G. 10.** Lassen Sie sich an den Vorstand der sozialdemokratischen Vereine, Lindenstraße 69, dritter Hof, 3 Treppen. — **M. G. 20.** Reineswegs hat man während der Beschäftigung getrennt zu leben. Das ist ohne Rechtsnachteil nur möglich, wenn ein gerechtfertigter Grund hierfür vorliegt und dieser vom Gericht anerkannt ist. — **Greifensaustr. 63.** Wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft. — **M. 100.** Sie können einen Antrag an das Vormundschaftsamt stellen; wenn die Bewilligung Ihres Antrages im Interesse Ihrer Schwester liegt, so ist demselben nachzugeben. Wegen eines abweichenden Bescheid steht Ihnen das Beschwerdeverbot zu. — **M. G. 47.** An den von Ihnen unterzeichneten Betrag sind Sie gebunden. Die Gesellschaft kann mit Erfolg auf Zahlung der Beiträge klagen. — **G. W.** Sie werden sich am besten an den Rektor einer Schule. — **Abkondent 5. 1. Ja. 2. Teilweise.** wenden Sie sich an einen Kgl. 3. Die Schriften sind nicht mehr verwirrend als ausfüllend, wie können Sie nicht empfehlen.**

— **M. G. 28. 1. und 2.** Recht ein die Gesundheitsgefährdung der Wohnung vor, so tragen Sie schuldhaft auf Aufhebung des Vertrages und auf neuen Mietvertrag. Inwiefern Sie es, mit der Klage einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zu verbinden. 3. Nein, aber wenn etwa angegeben ist, die Möbel gehören Ihnen, während sie tatsächlich anderen gehören, so kann in dieser Angabe ein Betrag erbracht werden. 4. Nein. — **Wittoria.** Die Berechtigung würde jedoch vorzuschicklich für gültig erachtet werden. — **O. Rein.** — **M. G. 3.** Bestand in der Tat die Schuld, so wäre eine Klage aufschlüssig. — **M. G. 666. 1. Rein. 2. Ja. — Otto 88. 1. — M. G. 2. 88. 1. Rein. 2. Selbstredend und belanglos ist zulässig. 3. Ja. 4. Ja, die Höhe richtet sich nach dem tatsächlichen Schaden. — **O. R. 58. 3a. — M. G. 7.** Der Antrag ist an den Magistrat Stellung für Invaliden- und Altersversicherung, Köllnischer Park, zu richten. Sie müßten die Invaliden nachweisen. Altersrente können Sie erst vom vollendeten 70. Jahr ab beantragen. — **M. G. 1000. Rein. — W. G. 400. 1a. — G. G. 74.** Ein Beispiel für einen Zahlungsbefehl finden Sie Seite 507 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrechts. — **M. G. 35.** Nach § 42 der Gefangenordnung ist, wenn nicht anderes vereinbart ist, für das Gefängnis die Antrittszeit, wenn sie an sich auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, der vorhergehende Werktag. — **G. 7. 13.** Zahlen Sie an seinen, sondern hinterlegen Sie die Rente. — **M. G. 10.** Lassen Sie sich an den Vorstand der sozialdemokratischen Vereine, Lindenstraße 69, dritter Hof, 3 Treppen. — **M. G. 20.** Reineswegs hat man während der Beschäftigung getrennt zu leben. Das ist ohne Rechtsnachteil nur möglich, wenn ein gerechtfertigter Grund hierfür vorliegt und dieser vom Gericht anerkannt ist. — **Greifensaustr. 63.** Wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft. — **M. 100.** Sie können einen Antrag an das Vormundschaftsamt stellen; wenn die Bewilligung Ihres Antrages im Interesse Ihrer Schwester liegt, so ist demselben nachzugeben. Wegen eines abweichenden Bescheid steht Ihnen das Beschwerdeverbot zu. — **M. G. 47.** An den von Ihnen unterzeichneten Betrag sind Sie gebunden. Die Gesellschaft kann mit Erfolg auf Zahlung der Beiträge klagen. — **G. W.** Sie werden sich am besten an den Rektor einer Schule. — **Abkondent 5. 1. Ja. 2. Teilweise.** wenden Sie sich an einen Kgl. 3. Die Schriften sind nicht mehr verwirrend als ausfüllend, wie können Sie nicht empfehlen.**

— **M. G. 28. 1. und 2.** Recht ein die Gesundheitsgefährdung der Wohnung vor, so tragen Sie schuldhaft auf Aufhebung des Vertrages und auf neuen Mietvertrag. Inwiefern Sie es, mit der Klage einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zu verbinden. 3. Nein, aber wenn etwa angegeben ist, die Möbel gehören Ihnen, während sie tatsächlich anderen gehören, so kann in dieser Angabe ein Betrag erbracht werden. 4. Nein. — **Wittoria.** Die Berechtigung würde jedoch vorzuschicklich für gültig erachtet werden. — **O. Rein.** — **M. G. 3.** Bestand in der Tat die Schuld, so wäre eine Klage aufschlüssig. — **M. G. 666. 1. Rein. 2. Ja. — Otto 88. 1. — M. G. 2. 88. 1. Rein. 2. Selbstredend und belanglos ist zulässig. 3. Ja. 4. Ja, die Höhe richtet sich nach dem tatsächlichen Schaden. — **O. R. 58. 3a. — M. G. 7.** Der Antrag ist an den Magistrat Stellung für Invaliden- und Altersversicherung, Köllnischer Park, zu richten. Sie müßten die Invaliden nachweisen. Altersrente können Sie erst vom vollendeten 70. Jahr ab beantragen. — **M. G. 1000. Rein. — W. G. 400. 1a. — G. G. 74.** Ein Beispiel für einen Zahlungsbefehl finden Sie Seite 507 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrechts. — **M. G. 35.** Nach § 42 der Gefangenordnung ist, wenn nicht anderes vereinbart ist, für das Gefängnis die Antrittszeit, wenn sie an sich auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, der vorhergehende Werktag. — **G. 7. 13.** Zahlen Sie an seinen, sondern hinterlegen Sie die Rente. — **M. G. 10.** Lassen Sie sich an den Vorstand der sozialdemokratischen Vereine, Lindenstraße 69, dritter Hof, 3 Treppen. — **M. G. 20.** Reineswegs hat man während der Beschäftigung getrennt zu leben. Das ist ohne Rechtsnachteil nur möglich, wenn ein gerechtfertigter Grund hierfür vorliegt und dieser vom Gericht anerkannt ist. — **Greifensaustr. 63.** Wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft. — **M. 100.** Sie können einen Antrag an das Vormundschaftsamt stellen; wenn die Bewilligung Ihres Antrages im Interesse Ihrer Schwester liegt, so ist demselben nachzugeben. Wegen eines abweichenden Bescheid steht Ihnen das Beschwerdeverbot zu. — **M. G. 47.** An den von Ihnen unterzeichneten Betrag sind Sie gebunden. Die Gesellschaft kann mit Erfolg auf Zahlung der Beiträge klagen. — **G. W.** Sie werden sich am besten an den Rektor einer Schule. — **Abkondent 5. 1. Ja. 2. Teilweise.** wenden Sie sich an einen Kgl. 3. Die Schriften sind nicht mehr verwirrend als ausfüllend, wie können Sie nicht empfehlen.**

Witterungsüberblick vom 28. Dezember 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Bismarck	749,5	SW	2	bedeckt	-10	Darmstadt	755,0	SW	2	bedeckt	-10
Bremen	749,0	SW	4	bedeckt	-8	Dresden	745,0	SW	3	Schnee	-8
Berlin	750,0	SW	1	bedeckt	-7	Frankfurt	749,0	SW	1	bedeckt	-7
Bonn	749,0	SW	1	bedeckt	-7	Hannover	749,0	SW	1	bedeckt	-7
Bayern	752,0	SW	1	bedeckt	-9	Köln	749,0	SW	1	bedeckt	-9
Wien	753,0	SW	2	bedeckt	-5						

Wetter-Prognose für Sonntag, den 29. Dezember 1906.
Teilweise aufklaren, vorwiegend neblig mit leichten Schneefällen, ziemlich häufigem Frost und (hiesigen) fühlbaren Winden.
Berliner Wetterbureau

Wasserstand am 28. Dezember. Elbe bei Rastow — 1,00 Meter, bei Magdeburg — 0,78 Meter. — Ustrun bei Straßburg — 1,00 Meter. —

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Doppelselbstmord.
 Bauerapotheke in 6 Bildern von Ludwig
 Angenberger.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die rote Robe.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
 Montag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.)
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Nathias Gollinger.
 Lustspiel in 4 Aufzügen von Oscar
 Blumenthal und Max Bernstein.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Lumpengesindel.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Heimat.
 Montag, abends 8 Uhr:
Nathias Gollinger.

Zirkus Schumann

Heute Sonnabend, den 29. Dezember, abends prägnante 7 1/2 Uhr:
XII. Grande Soiree High Life. Gala-Programm und
 familiäre Spezialitäten. Zum Schluss zum 9. Male:
 Die diesjährige große Schumannsche Ausstattungsphantomime
St. Hubertus.
 Dem edlen Waldwerk entnommen und in 6 Bildern auf das
 glänzendste inszeniert vom Direktor Albert Schumann.
 Sonntag 2 Gala-Vorst., nachm. 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags
 ein Kind frei; zum Schluss: Der Karneval in Venedig. Abends: St. Hubertus.

Castans Panopticum
 Friedrichstraße 165
Der Räuberhauptmann v. Köpenick.
 Die zusammengewachsenen Schwestern.
 Abends 6 1/2 Uhr:
Familien-Bier-Kabarett.

Palast-Theater. Prater-Theater.
 Burgstraße 24. Kastanien-Allee 7/9.
 Nur noch bis 31. Dezember:
Große Spezialitäten-Vorstellungen
 arrangiert von der
Internationalen Artisten-Loge. E. V. Berlin.
 Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7 1/2 Uhr, wochent. 8 Uhr.

Theater des Westens
 Station Zoolog. Garten, Kanstr. 12.
 Nachmittags 3 1/2 Uhr keine Preise:
Kinderspiele und Weihnachtsszenen.
 Abends 7 1/2 Uhr zum erstenmal:
Cousin Bobby.
 Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:
 Der Freischütz. Abends 7 1/2 Uhr:
 Cousin Bobby. Fritz Berner a. G.

Komische Oper.
 Abends 8 Uhr:
Lakmé.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Carmen.
 Abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.
 Montag: Pariser Leben.

Lortzing-Theater
 Belleallianzstr. 7/8.
 Nachm. 3 Uhr letzte Märchenvorstellung
 zu sehr kleinen Preisen:
 Peter und Paul
 reisen ins Schlaraffenland.
 Abends 7 1/2 Uhr: **Martha.**
 Sonntag nachm. 3 Uhr: **Undine.**
 Ab. 7 1/2 Uhr: Die Regimentstochter.

Luisen-Theater
 Reichensbergerstr. 34.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Flotte Weiber.

Residenz-Theater.
 Direktion Richard Alexander.
 Heute und folgende Tage
 Anfang 8 Uhr:
Florette und Patapon.
 Schwan in 3 Akten v. M. Hennequin
 und Pierre Bober.
 Sonntag, den 30. Dez., Dienstag,
 den 1. und Sonntag, den 6. Januar,
 nachm. 3 Uhr: **Eine Hochzeit-
 nacht.**

**Deutsch-Amerikanisches
 THEATER.** Köpcke-Str. 57/58.
 Jed. ab. 8 Uhr: **Gustav Ad. Philipp.**
**Der große Lacherfolg:
 Der Sorgenbrecher.**
 Sonntag u. Dienstag nachm. 3 Uhr:
Ueber'n großen Teich.
 Montag, den 31. Dezember 1906:
**Große Silvester-Feier
 Der Sorgenbrecher.**

Bernhard-Rose-Theater
 Große Frankfurterstr. 102.
 Nachm. 4 Uhr Kinder-Vorstellung
 bei kleinen Preisen:
Dornröschen.
 Abends 8 Uhr:
Berliner Raubvögel.
 Morgen nachm.: Das Käthchen
 von Heilbronn.

W.-Noacks Theater.
 Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16.
Der Rattenfänger von Hameln.
 Schauspiel mit Gesang in 3 Akten
 von Braun.
 Sunold Singul: Dir. Rob. Dill.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
 Ehren- und Luxusboxen gültig.
 Montag: **Große Silvester-Ball.**

Zirkus Busch.
 Heute abend 7 1/2 Uhr.
 Um 1/3 Uhr: Die größte
Tiger- u. Löwengruppe,
 dreifert und vorgeführt vom
 Dompieur Herrn Willy Peters.
 Ferner: Martha Mohrke, Equi-
 teristin. Mit Diana, dreifertige
 Dame, Affen und Skafas. Ge-
 schloßter Singer, Equilibristen.
 4 Springflurde-Konkurrenz.
 Um 1/10 Uhr:
ROM. Gr. Origin.-Auff.-
 Bantom in 7 Bild.
 Gr. Orig.-Auff.-Bantomime
 des Zirkus Busch in 7 Bildern.

Metropol-Theater
 Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
 Große Jahresrevue in 7 Bildern
 von Julius Freund. Musik von
 Viktor Hollaender. Dirigent Max
 Roth. In Szene gesetzt von
 Direktor Richard Schultz.
Massary, Wolff, Bender.
 Giampietro, Josephi.
 Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 30. Dezember,
 nachmittags 3 Uhr:
Auf ins Metropol.

Fröbels Allerlei-Theater
 Schönhauser Allee 148.
 Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
 Stets erstklassige Kistenpieltage.
 Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
 Leitung: S. Sachse.
 Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Kasino-Theater
 Lohringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
 Bis Freitag, den 4. Januar:
Die beiden Champagnol.
 Sonnabend, den 5. Januar:
Redige Reute.
 Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.
 Dienstag 4 Uhr: Singvögelchen.

Brunnen-Theater
 Gesundbrunnen. Badstraße 58.
 Direktion: Bernhard Rose.
 Morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr
 bei volkstümlichen Preisen:
König Allgold.
 Charakterbild in 7 Bildern von Stiegl.
 Abends 7 Uhr:
Der Störenfried.
 Lustspiel in 4 Akten.
 Montag: **Große Silvesterfeier,** Vor-
 stellung und Ball.

Folies Caprice
 Liniestr. 132
 Ecke Friedrichstraße.
 Dir. Felix Berg.
Das Modell.
 Serenissimus August XXVI.
 Josef Fleischmann.
 Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10-2
 a. d. Theaterk. u. b. Wertheim.

Sanssouci Kottbus-
 str. 4a.
 Sonnt. u. Mont. Donnerst.:
Hoffmanns Nord. Sänger.
 Sonntag: **Gr. Elite-Soiree.**
 Sonnt. u. Mo. wochent. 8 U.
 Am Silvesterabend: **Extra-
 Silvester-Ük.** Holz von
 Hoffm. Nord. Sängern.
 Silvesterball, Punschel. 1c.
 2. Januar Theater-Abend.

I. Wahlkreis.

Morgen Sonntag, den 30. Dezember 1906, mittags 12 Uhr, im **Palast-Theater,**
 Burgstraße, Ecke St. Wolfgangstraße: 236/8

Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die Sozialdemokratie und die Neuwahlen.
 Referenten: **Georg Ledebour** und **Dr. Leo Arons.**
 Freie Aussprache.
 Parteigenossen, Wähler, erscheint in Massen! Der sozialdemokratische Wahlausschuß.

Urania
 Wissenschaftliches Theater.
 Nachmittags **Sizilien.**
 4 Uhr
 Heute 8 Uhr abends:
**Die Feuertgewalten
 der Erde.**

Zentral-Theater.
 (Operette.) 3 1/2 Uhr halbe Preise
Schneewittchen.
 Abends 8 Uhr: **Künstlerblut.**

WINTERGARTEN
 Heute Sonnabend:
Saharet

Dr. Angelos, lebendes Porzellan.
 Martine Bros., kom. Akrobaten.
 Miß Lorette, leb. Jagdbilder mit
 dem Hunde „Ben“. Florentia Luft-
 ballont. Madeline de Noce, Opern-
 sängerin. Kitafuku, Japanertruppe.
 Kara, Jongleur. Millmann-Trio,
 Drahtsoffist. Amalia u. Leonora,
 Equilibristinnen. Kaufmann-Truppe,
 weibliche Radfahrer. Das Erstesste,
 Ballett-Szene, ausgef. v. d. Tiller-
 Truppe, London. Der Biograph.

**Apollo
 Theater**
 Täglich 9 1/2 Uhr:
Die schöne Vestalin.
 Operette. Musik von Viktor Holländer.
 Vorher 8 Uhr: Erstkl. Spezialitäten.
 Sonntag, den 30. Dezember und
 am Neujahrstage, nachm. 3 1/2 Uhr:
Große Familien-Vorstellungen
 halbe Preise!

**Buggenhagen
 (Moritzplatz).**
 Täglich: **Gustav Gottschalks**
 populäre Konzerte.
 Am 31. cr.: **Große Silvester-Trubel.**
 Am 3. Januar 1907:
 Beginn der 10. Bockbier-Saison.

**Walhalla-
 Variete Theater**
 Weinbergsweg 19/20
 Am Rosenthaler Tor.
 Nur noch wenige Tage:
Die 12 Akrobaten Lordy
 und die übrigen
 60 internationalen Artisten 60.
 Anfang 8 Uhr.
 Manchen überall gestattet.
 Montag, den 31. Dezember cr.:
Große Silvester-Feier.
 Anf. 9 1/2 Uhr. Eintrittspreis für
 Theater und Tunnel 1 M.
2 Morgen Sonntag: 2
Vorstellungen 2
 3 1/2 und 8 Uhr.

Colosseum
 Dresdenerstr. 97.
**Das urförmliche
 Dezember-Programm.**
 Neu! Am Rosenkranz! Neu!
 D' Wandfächerbrüder.
 Besie Wiener Zärammeln
 und sechs erbläutige Gesangskräfte.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger.
 Zum Schluss: **Neu!**
Christmarkt.
 Anfang
 Wochentags
 8, Sonntags
 7 Uhr.

**Stolas,
 Kolliers, Krawatten
 Mäffen**
 in Norz, Skunks,
 Persischer, Biber,
 Luchs, Nutria, Iltis,
 Marder, Weißluchs,
 Japanische Füchse
 Oppossum, Tibet,
 alle Arten Bisam,
 sow. all. sonst. Pelz-
 war a. best. Material
Streng reell.
 Nur eig. Fabrikat.
 Kein Zwischen-
 händler, daher sehr
 billig.

F. Kalman, Kürschnermstr.
 75. Dresdenerstraße 75
 vor II, 2. Haus v. Thalia-Theater.
 Verkf. auch Sonntags u. Wochen-
 tags v. 8 Uhr früh bis 9 Uhr abds.

Passage-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
**Berlin
 paß' auf!**
 Burleske in 2 Akten v. Leop. Cl.
 Musik von Rudolf Keilow.
 In den Hauptrollen: **Josefine
 Dora, Paulotte van Roy, Georg
 Kaiser, Martin Bendix.**
 Außerdem: Die glänzenden
 Dezember-Spezialitäten.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Wo ist der Papa?
 Vorher: Die Schloßfeste.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Haus-
 freund.

**Gebr. Herrfeld-
 Theater**
 Kommandantenstr. 57
 Stallschreiberstr. 42-44.
 Heute, den 29. Dezember:
**Familientag
 im Hause Prellstein**
 Die unerschlagl. Herrfeldblade
 m. d. Antoren i. d. Hauptrollen.
 Anf. 8 Uhr. Billettoverlauf
 nur Kommandantenstraße
 normalm. 11-2 Uhr.
 Rauchen in all. Räum. gestattet.
Montag, 31. Dezember:
Gr. Silvester-Feier
 mit außergewöhnlichen Lieber-
 schenkungen, Neujahr-Aubel-
 guss, Volkstänzer-Soiree,
 Bobium-Vorträge, Festunter-
 haltung in den Bruchstücken.
2 Uhr früh
Gladius-Partie
 (wird i. Joter ogh. Dekoration
 zur Darbietung gebracht.)
 Billetts i. Silvester-Non heute!
 Theaterkasse, Berthelm, In-
 validentant.

**Gustav
 Behrens
 Theater,**
 Berlin O.,
 Frankfurter
 Allee 85.
 In dem großartigen Weihnachtsstück
**Das Wiedersehen
 nach 30 Jahren.**
 Direktor **Gustav Behrens** als
 Hamburger Schiffskapitän.
 Außerdem 28 Nummern.

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefert
 elegante fertige (3450L)
Herren-Garderoben
 — Ersatz für Maß. —
 Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
 Schneidermeister,
 Große Frankfurterstraße 37, II,
 Eingang Straußberger Platz.

**Stolas,
 Kolliers, Krawatten
 Mäffen**
 in Norz, Skunks,
 Persischer, Biber,
 Luchs, Nutria, Iltis,
 Marder, Weißluchs,
 Japanische Füchse
 Oppossum, Tibet,
 alle Arten Bisam,
 sow. all. sonst. Pelz-
 war a. best. Material
Streng reell.
 Nur eig. Fabrikat.
 Kein Zwischen-
 händler, daher sehr
 billig.

**Welt-Ausstellungs-
 Biograph- (St. Louis)**
 Theater lebender
 Photographien mit
 abwechselndem
Abnormitäten- Progr.
 Verbindung mit größter Film-
 Fabrik Frankreichs, daher täglich
 neueste Bilder.
 Den ganzen Tag Vorstellung. ♦ 34532

Dr. Schünemann
 Spezial-Arzt für 30742*
**Haut- und Harnleiden,
 Frauenkrankheiten.**
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Silvester-Karpfen
 offeriert zu den bill. Markthauspreisen
Fischhandlung
 Wendelohstr. 1, Ecke Vintenstraße.

Teilnehmer
 an einem englischen Stiel werden
 gesucht; mindestens zwei Stunden,
 monatlich 3 Mark. 30122*

Todes-Anzeige.
 Allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten die traurige Nach-
 richt, daß unser lieber Sohn
 und Bruder, der Schriftsetzer
Max Werner
 im Alter von 24 Jahren am
 27. d. M. vormittags 11 Uhr,
 durch den Tod entzissen wurde.
 Die Beerdigung findet Sonntag,
 nachmittags 3 Uhr von der Leichen-
 halle des katholischen Kirchhofes in
 Weihenau, Borchstraße, aus statt.
 Die trauernden Hinterbliebenen
Ernst Marquardt
 Bertha Marquardt geb. Berner
 Otto, Ernst, Dora Marquardt.

**Zentral-Verband der Maurer
 Deutschlands.**
 Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
 Unseren Mitgliedern zur Nach-
 richt, daß unser Mitglied 135/12

Ernst Rapmund
 am 26. Dezember verstorben ist.
 Ihre feinen Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 30. Dezember, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Weissenker Gemeinde-
 Friedhofs (Röllstraße) aus statt.
Die örtliche Verwaltung.
 J. B.: K. Kelpin.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und der zahlreichen Kranz-
 spende bei der Beerdigung meines
 lieben Vaters, unseres guten Vaters
 und Großvaters, des Restaurateurs
Ernst Stenzel
 sagen wir allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten, dem Vorstand der
 freien Golt- und Schenkwirt Deutlich-
 lands, dem Personal der Witwe
 Kants als auch dem der Buchdruckerei
 Müller, wie auch den Genossen des
 718. Bezirks des sozialdemokratischen
 Wahlvereins des 6. Berl. Reichstags-
 Wahlkreises unseren verbindlichsten
 Dank.
 Dr. Stenzel und Familie,
 Brinzen-Allee 83.

Dr. Schünemann
 Spezial-Arzt für 30742*
**Haut- und Harnleiden,
 Frauenkrankheiten.**
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Silvester-Karpfen
 offeriert zu den bill. Markthauspreisen
Fischhandlung
 Wendelohstr. 1, Ecke Vintenstraße.

Teilnehmer
 an einem englischen Stiel werden
 gesucht; mindestens zwei Stunden,
 monatlich 3 Mark. 30122*

Dr. Schünemann
 Spezial-Arzt für 30742*
**Haut- und Harnleiden,
 Frauenkrankheiten.**
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Silvester-Karpfen
 offeriert zu den bill. Markthauspreisen
Fischhandlung
 Wendelohstr. 1, Ecke Vintenstraße.

Teilnehmer
 an einem englischen Stiel werden
 gesucht; mindestens zwei Stunden,
 monatlich 3 Mark. 30122*

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
 Bezirk Lichtenberg.**
 Den Genossen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Holzleger
Erich Tiedtke
 am 26. Dezember verstorben ist.
 Ihre feinen Andenken!
 Die Beerdigung findet Sonnt-
 ag, den 30. Dezember, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Gemeinde-Friedhofes in
 Lichtenberg, Bornitzstraße, aus
 statt. 223/6
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Am 26. Dezember, früh 6 Uhr,
 verstarb unser treuer Kollege
Erich Tiedtke.
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 30. Dezember,
 nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Gemeinde-Fried-
 hofes in Lichtenberg, Bornitzstraße
 (früher Dorststraße), aus statt.
 Die Kollegen werden gebeten,
 dem Verstorbenen, der stets seine
 Schuldigkeit getan, die letzte Ehre
 zu erweisen. 5706
 J. A.: Karl Köhler.

**Verband d. baugewerblichen
 Hilfsarbeiter Deutschlands.**
 Zweigverein Berlin u. Umgegend.
 Bezirk Südost.
Todes-Anzeige.
 Am Donnerstag, den 27. De-
 zember, verstarb unser treuer
 Kollege

Hermann Wandelt.
 Ihre feinen Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 30. d. Mts., nach-
 mittags 2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Emmaus-Kirchhofes
 aus statt.
 Der Zweigvereins-Vorstand.

**Deutscher
 Holzarbeiter-Verband**
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege, Tischler
Adolf Woide
 am 26. Dezember verstorben ist.
 Ihre feinen Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 30. Dezember, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Raths-Kirchhofes in
 Wilhelmshagen aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 99/8 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband**
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Bau-
 anschläger
Otto Schulz
 gestorben ist.
 Ihre feinen Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 30. Dezember, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Kirchhofes in Wilmer-
 dorf, Berlinersstr. 100, aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 100/9 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband**
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Bau-
 anschläger
Otto Schulz
 gestorben ist.
 Ihre feinen Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 30. Dezember, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Kirchhofes in Wilmer-
 dorf, Berlinersstr. 100, aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 100/9 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Topfer
 Deutschlands.**
 Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
 Am Donnerstag, den 27. De-
 zember, verstarb unser Kollege
Paul Schmidt
 im Alter von 19 Jahren.
 Ihre feinen Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 30. Dezember, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Heiler Kirchhofes aus
 statt. 212/2
 Der Vorstand.

Am Donnerstag, den 27. d. M.,
 früh 7 1/2 Uhr, entschlief nach kurzem
 schwerem Leiden mein lieber Mann,
 unser guter Vater und Groß-
 vater, der Maurer 5006
August Bambach.
 Dies zeigen tiefbetrübt an
Johanna Bambach
 geb. Brehn und Kinder.
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 30. Dezember, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Heiligs-Alexy-Kirchhofes,
 Mariendorf, aus statt.

August Bambach.
 Dies zeigen tiefbetrübt an
Johanna Bambach
 geb. Brehn und Kinder.
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 30. Dezember, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Heiligs-Alexy-Kirchhofes,
 Mariendorf, aus statt.

Dankfagung.
 Für die herzliche Teilnahme bei
 der Beerdigung meines lieben Vaters,
 unseres guten Vaters
Friedrich Bachmann
 sagen wir allen Freunden und Be-
 kannten, dem Vorstand der Maurer,
 dem Holzverein sowie den Kollegen
 des Hauses Hellstraße 20-23 unser
 herzlichsten Dank.
 Die trauernde Witwe
Amanda Bachmann
 nebst Kindern.

Dankfagung.
 Für die herzliche Teilnahme bei
 der Beerdigung meines lieben Vaters,
 unseres guten Vaters
Friedrich Bachmann
 sagen wir allen Freunden und Be-
 kannten, dem Vorstand der Maurer,
 dem Holzverein sowie den Kollegen
 des Hauses Hellstraße 20-23 unser
 herzlichsten Dank.
 Die trauernde Witwe
Amanda Bachmann
 nebst Kindern.

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Note Wahlen in Berlin.

In nachfolgendem geben wir den Genossen in einigen großen Umrissen ein Bild von der Entwicklung der Partei in Berlin, wie sie bei den Wahlen in Erscheinung tritt. In der Reichshauptstadt, wo in der Kommune der Freisinn noch eine große Rolle spielt, hatte die Partei der Pfaffenweiden, der Arbeiterpolitiker, die sich an jede Partei anlehnt, um nicht vollständig unzufallen, bisher auch noch für die Reichstagswahl einige Chancen. Die Jeremiaden, die in den letzten Tagen in der Freisinnspresse angestimmt werden, lassen erkennen, daß in jenem Lager wenigstens dunkel das kommende Verhängnis geahnt wird. In blindem Eifer hat man die Kräfte, mittels deren man bisher noch ein kümmerliches Dasein fristen konnte, zerbrochen, und allmählich wird das Gefühl stark, daß der 26. Januar, dem man zunächst in kolonialen Verzückungen als das neue Morgenrot des Liberalismus glaubte entgegenzusehen zu dürfen, zu einem Nemetzel für das ganze würdelose Freisinnsgelichter werden wird. Unter diesem Gesichtswinkel ist für uns von besonderer Bedeutung die Wahl im ersten Wahlkreise, wo es gilt, das Bruderpaar: Freisinn und — Konservative, in die Flucht zu schlagen. Ob das möglich ist, und wie sich die Verhältnisse in den einzelnen Kreisen gestaltet haben, soll nunmehr zahlenmäßig dargestellt werden:

1. Wahlkreis.

Bei den Wahlen zum deutschen Reichstag stieg bisher stets die Kandidaten der Fortschrittspartei und deren Nachfolger. Die Namen der Abgeordneten sind der Reihe nach folgende: Gagen, gewählt 1871 und 1874; Girsch, gewählt 1877; Hänel gewählt 1878; Ludwig Löwe, gewählt 1878 (Nachwahl) 1881 und 1884, Krog, gewählt 1884 (Nachwahl) 1887; Träger 1890, Dr. Meyer 1890 (Nachwahl), Dr. Langerhans 1893, und 1898—1903.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen bei der Hauptwahl auf den Kandidaten der Sozialdemokratie in Prozent: 1871: 1,73 — 1874: 9,48 — 1877: 15,12 — 1878: 14,86 — 1881: 0,24 — 1884: 5,10 — 1887: 12,74 — 1890: 23,56 — 1893: 26,61 — 1898: 28,50 — 1903: 41,38.

Der damals das Resultat im ersten Berliner Wahlkreise als Maßstab für ein allgemeines Urteil benutzte, konnte schon der Meinung sein, der Gewaltmensch Bismarck habe mit dem Sozialistengesetz die Sozialdemokratie zertrümmert. Von über 15 Proz. der abgegebenen gültigen Stimmen im Jahre 1877 ging der Anteil der Sozialdemokratie auf 0,24 Proz. im Jahre 1881 zurück. Aber die Reaktion jubelte über einen nur scheinbaren Segner. Allerdings, bei der nächsten Wahl, im Jahre 1884, waren es erst wieder 5,10 Proz. der abgegebenen Stimmen, die unser Kandidat auf sich vereinigten. Aber dann ging es vorwärts, unaufhaltsam, mit festem Schritt, sieghaft dem Ziele zu. Und jetzt scheint auch der Zeitpunkt gekommen, wo Berlin C., das Domizil des kaiserlichen Palastes, der Börse und des Domes, der Sozialdemokratie als reife Frucht in den Schoß fällt. Die letzte Perle muß diesmal in den roten Kranz eingefügt werden. Doch das Gelingen kann und muß, beweisen die folgenden Ziffern: Im Jahre 1898 betrug die Zahl der Wahlberechtigten 18 837, die der Wähler 12 794. Von den Wahlberechtigten waren mithin 32,1 Proz. der Urne ferngeblieben. Von den abgegebenen gültigen Stimmen erhielt Genosse Redakteur Boegisch 9835, gleich 28,5 Proz. Auf den Kandidaten der Konservativen, Obermeister Bernard, vereinigten sich 2128 Stimmen (16,7 Proz.); 5667 Wähler (44,4 Proz.) votierten für die Freisinnige Volkspartei, deren Kandidat Dr. Langerhans war; der Nationalsozialistische Fischendörfer erhielt 1008 Stimmen (7,9 Proz.) und 279 Wähler (2,2 Proz.) schworen zur Zentrumsfahne, schwarzer Fährlich war Legationsrat v. Kehler. Aus der engeren Wahl ging der Kandidat der Freisinnigen als Sieger hervor. Unsere Stimmenzahl vermehrte sich nur um 367 auf 4002, während für Dr. Langerhans 8885 Stimmen abgegeben wurden. Nur einige der im ersten Wahlgang für den Nationalsozialisten und den Zentrums-mann abgegebenen Stimmen waren zu uns abgewandert, die Zahl der Abwesenden stieg um 338; der übrige ganze Troß ging zu den Freisinnigen über. Die sonst so bitter gehätselte Gruppe siegte dank der Hilfe der Junkerfreunde.

Im Jahre 1903 zeigen die Wahlziffern ein ganz anderes Bild. Die Zahl der Wahlberechtigten war um 1332 auf 17 505 zurückgegangen. Berlin C. wird immer mehr Geschäftsviertel; die relativ wenigen Privatwohnungen kosten enorme Preise, sodaß aus diesem exklusiven Stadtteil die Proletarier immer mehr hinausgedrängt werden. Und trotzdem war das Wahleresultat ein für uns überraschend günstiges. Die Sozialdemokratie rückte mit ihrem Kandidaten, Genossen Dr. Arons, weitaus an die erste Stelle, für ihn votierten 5315 Wähler, das waren 41,4 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Für den Kandidaten der Freisinnigen, Stadtv. Kämpf, wurden 4266 Stimmen (32,2 Proz.) abgegeben. Die Freisinnigen beklagten gegen die vorige Hauptwahl einen Rückgang um 1401 Stimmen, während die Sozialdemokratie 1690 Stimmen gewonnen hatte. Auch die Konservativen erzielten einen Zuwachs um 797 auf 2923 Stimmen (22,8 Proz.). Die Nationalsozialisten waren wieder von der Bildfläche verschwunden, das Zentrum hatte gegen die vorige Hauptwahl eine Stimme verloren. Die schwarze Heerde belief sich jetzt noch auf 278 Getreue. Um die veränderte Situation zu veranschaulichen, machen wir folgende Zusammenstellung: Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf den Kandidaten der

Table with 2 columns: Party Name, 1903, 1906. Rows: Sozialdemokratie (28,5 to 41,4), Freisinnigen (44,4 to 33,2), Konservativen (16,7 to 22,8).

Die Konservativen, die in der Stichwahl den Ausschlag gaben, liehen den Freisinnigen nochmals die Kräfte, auf denen diese in den Ballotbau hineinhumpelten. Die für Genossen Arons abgegebene Stimmenzahl stieg auf 6233, gegen die Hauptwahl mehr 918 Stimmen. Für den Kandidaten der Freisinnigen wurden abgegeben 8607 Stimmen; Stadtverordneter Kämpf hatte mit einer Mehrheit von nur 374 Stimmen, oder mit 51,5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen, gestegt. Im Gegenjahre zu der Stichwahl 1898 war diesmal die Wahlbeteiligung etwas stärker als in der Hauptwahl; es erschienen sechs Wähler mehr an der Urne.

Bei der diesmahligen Wahl im ersten Wahlkreise werden unsere Genossen ihre Ehre darin sehen, mit einem glänzenden Ergebnis den Parteigenossen Deutschlands aufzuwarten. Zähne und Nägel müssen darangesetzt werden, um auch den ersten Wahlkreis, wie die übrigen fünf, in der Hauptwahl zu erobern. Genosse Arons, der diesmal wieder kandidiert, wird dann als sechster Roter Berlin im Reichstage vertreten.

Glückauf zur Jagd, zu roten Siegen!

Achtung, 1. Wahlkreis! Morgen Sonntag, den 30. d. Mts., mittags 12 Uhr, findet im „Feenpalast“, Burgstraße, unsere erste Wählerversammlung statt und ersuchen wir die Parteigenossen um zahlreichen Besuch. Der Wahlausschuß.

Ueber den Kandidatenschacher unter unseren Gegnern wird berichtet: „Die „Mittelstandsvereingung“ unterhandelt hier mit den Freisinnigen wegen der Zurückziehung der Kandidatur Kämpf zugunsten eines Vannantkandidaten, des Postsekretärs Stadtmann, und gleichzeitig mit den Bodenreformern, die für diesen Kreis ihren Führer Danaschke aufgestellt haben. Wenn die Bodenreformer auf den ersten Kreis verzichten, soll ihnen der dritte und fünfte überlassen werden. Ferner wird eine Verständigung erstrebt dahin, daß die Freisinnigen im sechsten Wahlkreise den konservativen Kandidaten unterstützen, während die Konservativen im vierten Kreise für den Freisinnigen stimmen wollen. Ob die Liberalen darauf eingehen, ist freilich sehr fraglich.“

Dritter Wahlkreis.

Sonntag früh 8 Uhr findet eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen des dritten Kreises werden ersucht, sich zahlreich und pünktlich in ihren Bezirken einzufinden. Die Hilfskräfte vom vierten Kreis (Südost) werden ersucht, sich zu den am vorigen Sonntag geteilten Stellen zu begeben.

Achtung, fünfter Wahlkreis.

Sonntag, den 30. Dezember 1906, morgens 8 Uhr: Flugblattverteilung

von Kausch, Windstr. 12,

„Lischer, Georgenkirchstr. 49,

„Wallburg, Kaiser Wilhelmstr. 18a,

„Wohlfarth, Rosenthalerstr. 57,

„Wirth, Auguststr. 51,

„Wittchow, Elsäckerstr. 68,

„Kärbis, Luisenstr. 26.

Unbedingtes und pünktliches Erscheinen der Kreisgenossen notwendig.

Die Hilfskräfte aus dem 4. Kreise (Östen) werden wiederum gebeten, ebenso zahlreich wie bei der vorigen Verbreitung, sich auch diesmal im Zentralsureau

bei Münzer, Sophienstr. 6, Amt III. 8367

einzufinden.

Der Vorstand.

Im 6. Wahlkreis findet die nächste Flugblattverteilung am Sonntag, den 6. Januar, statt. Der Vorstand.

Aus dem Wahlkreise Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg wird gemeldet: In einer stark besuchten Vertrauensmänner-Versammlung der freisinnigen Volkspartei wurde unter Zustimmung der Delegierten der freisinnigen Vereinigung der Stadtschulrat Dr. Reuffert-Charlottenburg als Reichstagskandidat einstimmig aufgestellt.

Partei-Angelegenheiten.

Kummelsburg. Sonntag, den 30. d. Mts., morgens 8 Uhr: Flugblattverteilung. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zur Stelle zu sein. Der Vorstand.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn. Sonntag, den 30. d. Mts.: Flugblattverteilung früh 8 Uhr von Schiefe, Hönowerstraße aus. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Heute, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Karl Conrad: Volksversammlung. Vortrag des Genossen Artur Stadthagen über: „Die Auflösung des Reichstages und die bevorstehende Neuwahl“. Parteigenossen! Erscheint zahlreich in der Versammlung und agitiert für einen guten Besuch derselben.

Ober-Schönebeck. Die Genossen werden aufgefordert, sich am Sonntag, den 30. d. M., früh 1/8 Uhr, bei Sipli, Siemensstr. 28, Kaufholt, Wilhelmminenhofstr. 18, Schule, Wilhelmminenhofstr. 43, und bei Vogl, Wilhelmminenhofstr. 64, zur Flugblattverteilung einzufinden.

Groß-Schönebeck. Am Sonntag, den 30. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet im Restaurant des Herrn Jung eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: „Unsere Kolonien und die eigentlichen Gründe der Reichstagsauflösung.“ Referent: Genosse Röber-Bantow. Das Wahlkomitee für den Bezirk Bantow.

Weißensee. Sonntag, den 30. Dezember, morgens 8 Uhr, findet eine Flugblattverteilung für den ganzen Bezirk statt. Treffpunkt in den Bezirkskolonnen, für die nach außerhalb gehenden Genossen bei Schmutz, Königs-Chaussee 38.

Reinickendorf-Ost. Die Flugblattverteilung findet am Sonntag früh 8 Uhr von folgenden Lokalen aus statt: 1. Bezirk: von der Genossenschaftsbäckerei, Wilsstr. 62; 2. Bezirk: Restaurant Hermann, Reibenzstraße, Ecke Holländerstraße; 3. Bezirk: Restaurant Polien, Seelstraße, Ecke Gesellschaftsstraße; 4. Bezirk: Restaurant Peterat, Bürgerstraße, Ecke Provinzstraße; 5. Bezirk: Restaurant Schilder, Provinzstr. 79; 6. Bezirk: Restaurant Brüchner, Provinzstr. 82, Ecke Herbststraße. Die Genossen für Liebenwalde treffen sich um 8 Uhr auf dem Kleinbahnhof Reinickendorf-Rosenthal. Es ist Pflicht jedes Mitglied, sich an der Flugblattverteilung zu beteiligen. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Die Verbreitung des Wahlflugblattes am Sonntag, früh 8 Uhr, findet von folgenden Lokalen aus statt: Thulmann, Uhlendorferstraße; Dabst, Deuthstraße (Ecke der Waldemarstraße) und Schönide, Trechowstraße (Ecke der Brangelstraße). Die Parteigenossen werden gebeten, pünktlich und vollzählig anzutreten.

Tegel. Morgen Sonntag, den 30. Dezember, findet die Flugblattverteilung morgens 8 Uhr von dem Genossen Gehlhaar, Berlinerstraße 92, aus statt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Bezirk Waidmannslust. Sonntag, den 30., früh 8 Uhr, findet in sämtlichen Orten des Bezirks eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen sind verpflichtet, pünktlich und vollzählig in den bekannten Stellen zu erscheinen. Die Genossen von Borkowalde, die andere Orte zu unterstützen gewillt sind, ebenso die Radfahrer werden ersucht, um 7 Uhr früh bei Albert Reuter, Ernst- und Käufstr. 10, Ecke, zu erscheinen. Der Vorstand.

Wilhelmsruh-Nordend. Die Flugblattverteilung am morgenden Sonntag findet in Wilhelmsruh um 8 Uhr, für Nordend um 10 Uhr von den bekannten Lokalen aus statt. Jeder Parteigenosse muß zur Stelle sein.

Oranienburg. Am Sonntag, den 30. Dezember, früh 8 Uhr: Flugblattverteilung. Treffpunkt: 1. Bezirk bei Bormer, Berlinerstraße; 2. Bezirk bei Heider, Röhlenstraße; 3. Bezirk bei Emil Schumann, Schützenstraße 34. Die Genossen, welche über Land gehen, treffen sich bei Heider. Jeder Genosse muß an der Flugblattverteilung teilnehmen. Der Vorstand.

Spendau. Sonntag früh Flugblattverteilung für Stadt und Land. Genossen, tretet zahlreich an! Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Von der städtischen Waisenverwaltung.

Die Waisenverwaltung der Stadt Berlin behauptet, daß Waisenkinder in Familien viel besser untergebracht seien als in Anstalten. Wer näher zusieht, findet zwar als hauptsächlichsten „Vorzug“ der Familienpflege den, daß sie für den Stadtsäckel billiger ist. Aber die Waisenverwaltung verfährt, daß in der Familienpflege auch die Erziehungsergebnisse im allgemeinen günstiger als in der Anstaltspflege seien. Dabei ist sie auch durchaus damit einverstanden, daß die eigenen Waisenanstalten der Stadtgemeinde nicht vermehrt werden, so daß die Familienpflege immer mehr zur Regel wird.

Nun wird mancher meinen, daß dann die Waisenverwaltung wenigstens einigen Wert darauf legen werde, zur Unterbringung ihrer Pflegekinder möglichst solche Familien auszufinden, die sich in guten Verhältnissen befinden. Je besser es den Pflegeeltern geht, desto weniger ist ja zu befürchten, daß sie aus der Pflege eines Waisenkindes einen materiellen Vorteil erwarten. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Die Regel ist, daß sie die Waisenkinder solchen „Familien“ übergibt, die selber nicht viel in die Suppe zu brocken haben. Hinterher wundert sich dann mancher, wenn bei den Revisionen Familien dabei ertappt werden, daß sie die ihnen anvertrauten Kinder mangelhaft ernähren, das bisherige Arbeitskraft der Kinder in unzulässiger Weise ausnützen usw.

Ein Beitrag zur Beleuchtung dieses Verhältnisses der Waisenverwaltung wird von einer Frau Dr. F. in ihrem hiesigen Blatt veröffentlicht. Die Frau Doktor, die mit Glücksgütern reich gesegnet ist, aber keine Kinder hat, erzählt da, daß es ihr nicht gelungen sei, ein Waisenkind in Pflege zu bekommen. Das Ehepaar wünschte ein nicht über zwei Jahre altes Waisenmädchen zu übernehmen, und der Mann schrieb an etwa ein Duzend Waisenhäuser. Die einen antworteten gar nicht, die anderen lehnten ab — mit alleiniger Ausnahme des Berliner Waisenhauses. Nur von hier aus wurde der Versuch gemacht, auf den Vorschlag einzugehen. Bei dem Ehepaar wurde recherchiert und nach einigen Monaten (!) kam dann vom Waisenhause der Bescheid, der Antrag sei genehmigt. Jahre sind seitdem vergangen, aber noch immer wartet das kinderlose, mit Glücksgütern reich gesegnete Ehepaar auf die Zuweisung eines Kindes. Die Frau Doktor schließt ihre Darstellung mit den Worten: „Uns hat man kein abgeben, und das arme, elterlose Geschöpf, welches in unserem Hause einer glänzenden Zukunft entgegengegangen wäre, wird sich mühsam durchs Leben quälen müssen.“

Es ist ja möglich, daß dieses Ehepaar nur infolge eines Versehens unberücksichtigt geblieben ist. Aber so ganz unglücklich erscheint auch das nicht, daß die Waisenverwaltung es absichtlich unterlassen hat, diesen mit Glücksgütern reich gesegneten Leuten, die sich so eifrig um ein Pflegekind bewarben, alszusehr nachzulaufen. Die Waisenverwaltung ist der Ansicht, daß es keineswegs besonders empfehlenswert sei, Waisenkinder in Pflegestellen dieser Art zu geben. Zwar hebt sie in ihren Berichten rühmend die wenigen Fälle hervor, wo einmal bemittelte Leute ein Waisenkind wie ein eigenes behandeln, ihm eine höhere Bildung zu teil werden lassen usw. Sonst aber hält sie es doch lieber mit den anderen Pflegeeltern, denen es so schlecht geht, daß auch ihre Pflegekinder sich mühsam durchs Leben quälen müssen.“ Und sie glaubt, daß sie so den Kindern am besten diene.

Die Aussicht auf eine „glänzende Zukunft“ — ja, das ist eben nichts für ein Waisenkind. Leute, wie jene Frau Doktor und ihr Herr Gemahl, sollen sich nur nicht einbilden, daß sie der Waisenverwaltung groß nützen, wenn sie sich ihr aufdrängen. Waisenjungen und Waisenmädchen sind dazu bestimmt, einmal einem Handwerksmeister in die Lehre gegeben zu werden oder in Gefolgsdienst zu gehen. Wer einem Waisenkinde ein besseres Los bereiten will, der wende nur die „Vegehrlichkeit“.

Neue Formulare für Postanweisungen-Quittungen. Das Formular für Postanweisungen mit Empfangsanzeige hat eine neue zweckmäßigere Fassung erhalten. Seit wenigen Jahren werden bekanntlich unfrankierte Formulare zu inländischen Postanweisungen ausgegeben, denen eine zweite Karte angehängt ist. Die Karte ist mit einem Vordruck zu einer Bestätigung des Empfangs der Geldsendung versehen. Sie muß vom Abfender nach der Lage der Postkarte frankiert werden. Der Text der Rückseite dieser angehängten Karte ist durch einen Neudruck ersetzt worden. Es heißt darin: „Von ... in ... Mark ... Pf. ... durch Postanweisung von ... empfangen zu haben, wird hiermit bestätigt. (Name). Der Raum nach dem Worte „von“ ist erheblich zur Aufnahme von weiterem beliebigem Text erweitert worden.“

Krankenhausbekwerden. „Wenn's Ihnen nicht paßt, dann können Sie ja gehen!“ Mit dieser Antwort ist man in manchen Krankenhäusern rasch bei der Hand, wenn mal ein Patient sich über dies oder das beschwert. Auch in dem Ostkrankenhaus kennt man dieses „Abhilfsmittel“. Den Namen „Ostkrankenhaus“ trägt eine private Heilanstalt für Geschlechts- und Hautkrankheiten, die sich im Hause Tilsiterstr. 22 befindet. Geleitet wird sie von einem Dr. v. Christmar, der wohl auch zu den Besitzern der Anstalt gehört.

Ueber die Beköstigung, die dort an Patienten verabreicht worden ist, hat man uns wunderliche Mitteilungen gemacht. Daß zum ersten Frühstück und zum Vesper nur trockene Schrippe mit Kaffee, zum zweiten Frühstück unbedeute Butterstulle mit Kehl-suppe, zum Abendbrot Butterstullen mit spärlichem Belag gegeben wurden, das wird die Anstaltsleitung vielleicht mit den Diätvorschriften begründen wollen, die bei diesen Krankheiten streng inne zu halten seien. Wenn aber zu Mittag zähes Rindfleisch aufgetragen wird, wenn ein Vohnengericht mehr aus Kartoffeln als aus Vohnen besteht, wenn Mohrrüben unvollständig abgeputzt sind — ja, dann muß man sich doch fragen, ob alles das gleichfalls zu den „Heilfaktoren“ gehört. Empfindlicheren Patienten können solche Mängel der Beköstigung den Aufenthalt gründlich verleben. Aber Herr Dr. v. Christmar scheint in seinem Reich keine Empfindlichen zu dulden. Einem, der sich beklagte, wurde die oben angeführte Antwort gegeben: „Wenn's Ihnen nicht paßt, dann können Sie ja gehen!“ Der Mann ging, und mit ihm gingen noch vier andere, denen es gleichfalls „nicht paßt“. Der Patient, dem der Herr Doktor so kurz angebunden hinausgewinkt hatte, war Kassenfronter — wie übrigens die Mehrzahl der circa 160 Patienten, die im Ostkrankenhaus liegen. Die Kassen-fronter-Vorstände sollten sich dieses sogenannte Krankenhauses einmal näher ansehen.

Wenn in den öffentlichen Krankenhäusern Berlins rechtzeitig für eine ausreichende Zahl Betten zur Verpflegung Geschlechtskranker gesorgt worden wäre, dann wären private Anstalten, wie diese, weder nötig geworden noch überhaupt möglich gewesen. Wir vermuten, daß das Ostkrankenhaus des proletarischen Viehhofs-viertels hauptsächlich den Zweck hat, Herrn Dr. v. Christmar und seinen Kollegen als Lehrwerkstätte zu dienen. In der Anstaltspraxis wird an den Kassenfranken des ordinären Ostens gelernt, was in der Privatpraxis an den selbstzahlenden Patienten des vornehmen Westens verwerlet werden kann.

Der Abschluß der städtischen Gasmwerte. Nach dem vorliegenden Jahresabschluß der Hauptklasse der städtischen Werte schließen die städtischen Gasmwerte für das Etatsjahr 1905/06 mit einem rechnungsmäßigen Soll von rund 76 1/2 Millionen Mark ab. Die Einnahmen

der Gasanstalten betragen rund 44 1/2 Millionen Mark und in Rest verblieben 10 1/2 Millionen Mark. Hierzu kommen die Einnahmen aus der Verwaltung des Magazins und der Werkstatt mit rund 20 1/2 Millionen Mark, des Erneuerungsfonds mit rund 1 1/2 Millionen Mark, des Feuer- und Explosionsversicherungsfonds mit 144 000 M. und der Petroleumbeleuchtung mit rund 30 000 M. Der Ueberschuß betrug danach bei der Verwaltung der Gaswerke rund 7 1/4 Millionen Mark und mit Einschluß der Reste rund 9 Millionen Mark. Er ist somit um rund 920 000 M. höher als nach dem Etat angenommen wurde, was zum Teil auf den Erlös für veräußerte Grundstücke zurückzuführen ist, die vor Jahren erworben, jetzt nicht mehr gebraucht werden und nun zu vorteilhaften Preisen verkauft werden konnten. Bemerkenswert sind die Ausgaben für Kohlen, sie betragen rund 18 Millionen Mark, die für Arbeitslöhne rund 3 1/2 Millionen Mark und die für die Privatbeleuchtung einschließlich der Beiträge für die Kranken- und Invalidenversicherung 2 1/2 Millionen Mark.

Für eine Verstaatlichung der Fürsorgestellen für Tuberkulose tritt Dr. Rabnow in der „Med. Reform“ ein. Die Stadt Berlin hat im vorigen Jahre Fürsorgestellen für Säuglinge geschaffen, während sie das Fürsorgevermögen für Tuberkulose der privaten Vereinstätigkeit überläßt. Es bestehen hier die Fürsorgestellen des Wohlthätigenvereins vom roten Kreuz, die lange Zeit von Dr. Wolf Becker geleitete des Vereins der freigewählten Kassenärzte und vor allem die vom Direktor der Charité, Geh. Rat Bäcker, ins Leben gerufenen und von Dr. Kaufmeyer geleiteten in der Charité, der Ballplatzstraße und der Neuenburgerstraße. Als ihre Hauptaufgabe betrachtet auch Rabnow die Ermittlung der Kranken, ihre Aufnahme für die verschiedenen Anstalten und die vorbeugenden Maßnahmen durch Wohnungshygiene usw. Nebenbei wirken die Fürsorgestellen in Charlottenburg und Schöneberg. In Schöneberg ist die Ermittlung der Kranken dadurch erleichtert, daß die Polizeiverwaltung alle Angaben von Todesfällen an Lungen- und Kehlkopf-tuberkulose sofort Kenntnis der Fürsorgestelle bringt, damit diese die in jedem Falle unentgeltliche Desinfektion vornehmen läßt. Für vorgeschrittene Tuberkulose baut der Schöneberger Tuberkuloseverein ein eigene Heilstätte bei Sternberg, zu der er von der Stadt einen Zuschuß von 100 000 M. erhalten hat. Sie hat den doppelten Zweck, das städtische Krankenhaus zu entlasten und durch Entfernung der kranken Kranken aus den Wohnungen die Ansteckungsgefahr zu verringern. Damit aber die Fürsorgestellen eine sichere wirtschaftliche Grundlage erhalten, müßten sie von der privaten Wohltätigkeit unabhängig gemacht werden, ohne daß diese ganz ausgeschaltet zu werden braucht. Schöneberg ist wohl die erste Stadt Deutschlands, welche die von dem dortigen Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose eingerichtete Aufnahmestelle und Fürsorgestelle für Tuberkulose in städtische Regie übernommen hat. Freilich waren die Vorbedingungen dazu günstig. Besonders wichtig war, daß sich die Trennung der Tuberkulosefürsorge von der Armenverwaltung leicht bewerkstelligen ließ, denn dem Vorhandensein einer städtischen Deputation für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, die als selbständiger Zweig der Verwaltung einen eigenen Etat hat. Die Aufgaben dieser Deputation hat der Oberbürgermeister Wilde folgendermaßen gekennzeichnet: 1. Sorge für gesunde Wohnungen und Abtragung, 2. Bekämpfung ansteckender Krankheiten, 3. Fürsorge für die heranwachsende Jugend. Die Stadtvorordnetenversammlung hat der Deputation zunächst folgendes Arbeitsfeld zugewiesen: 1. Volkshausanstalten, 2. Gemeindegemeinschaften, 3. Bekämpfung der Tuberkulose, 4. Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, 5. Ferienkolonien. Hierdurch ist Schöneberg in der Lage, auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung einen weiteren, sehr nachahmenswerten Schritt vorwärts zu tun.

Auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge humpelt Berlin leider hinter vielen Kommunen her, obwohl nicht vergessen werden soll, daß auch der Staat nach dieser Richtung hin nichts tut.

Nur kurze Zeit hat sich der Mechaniker Adolf Schawe seiner wiedergewonnenen Freiheit zu erfreuen gehabt. Am 28. November wurde er aus dem Zuchthaus entlassen, in welchem er zwölf Jahre verbannt war, weil er mit Beamten der politischen Polizei einen Zusammenstoß hatte. Berufswegen vom Metallarbeiterverband hatten für Schawe eine Sammlung veranstaltet, um ihm, so gut es noch ging, wenigstens vor materiellen Sorgen zu schützen und ihm die Herstellung seiner früher angegriffenen Gesundheit zu ermöglichen. Die Sammlung hatte auch ein günstiges Ergebnis; sie ergab 11 872,20 Mark. Schawe suchte zur Herstellung seiner Gesundheit am Sonnabend vor acht Tagen die Kurbadstation Hans Schönow in Pehndorf auf, es war aber schon zu spät. Die lange Zuchthausstrafe hatte ihn körperlich zermürbt; gestern ist er einem Anfall erlegen. Die Freiheit bedeutet für ihn den Tod, und das grausame Urteil Schawe seinerzeit verhängte Urteil ist somit zu einem Todesurteil geworden.

Ja, ja: Vergeben gegen die staatliche Autorität werden von der bürgerlichen Gesellschaft furchtbar gerächt! Da gibt's keine Schonung, und selbst Menschenleben vernichtet werden!

33 051 Gaslampen brennen jetzt täglich in Berlin auf Straßen und Plätzen. Dazu kommen noch 982 elektrische Lampen, darunter 750 Bogenlampen, 91 Intensiv-Bogenlampen, 14 Glühlampen, 144 Kernlampen und 87 Intensiv-Kernlampen. Die Gesamtzahl der Lampen, die der öffentlichen Beleuchtung dienen, erhöhte sich auf 34 033. Die Gaserzeugung der städtischen Werke erhöhte sich im Quartal Juli-September dieses Jahres gegenüber dem gleichen Quartal 1905 um 3 1/2 Millionen Kubimeter auf 42 342 000 Kubimeter. Auch die Gasabgabe stellte sich im dritten Quartal dieses Jahres bedeutend höher als im vorigen Jahre. Sie betrug rund 35 1/2 Millionen Kubimeter. Davon wurden durch 26 744 Manganmessen allein 8 Millionen Kubimeter abgegeben. Die Steigerung bei den Manganmessen betrug 38 1/2 Prozent des Verbrauchs und bei den gewöhnlichen Gasmessern 7 Prozent. Neu aufgestellt wurden 3031 Stück Manganmesser, sog. Automaten, dagegen nahm die Zahl der Gasmotoren weiter ab. Am 1. Oktober d. J. waren nur noch 706 Stück in Berlin in Betrieb.

Wepädiebstahl auf der Schlesischen Bahn sind in der letzten Zeit mehrfach gemeldet worden. Der Student der Medizin v. W. wollte die Weihnachtsfeier bei seinen Angehörigen verleben und benutzte zur Fahrt nach seiner Heimat einen Vorortzug, in der Abfahrt in Erkner den Fernzug zu bestiegen. Bei Antritt auf der letztgenannten Station entdeckte v. W., daß sein gesamtes Reisegepäck, welches er in dem Wepädie des Wagens niedergelegt hatte, verschwunden war. Der Diebstahl ist vermutlich zwischen den Stationen Wilhelmshagen und Rahnsdorf verübt worden, als sich der Student für wenige Augenblicke nach dem Nebenabteil begeben hatte.

Mit der Schneefahrt in Berlin ist noch am Donnerstag begonnen worden. Es wurden im Laufe des Tages tausend Abfuhrwagen in Betrieb gestellt, die täglich je zehn Kubikmeter Schnee von den Straßen der Reichshauptstadt fortchaffen. Die Zahl der Gefährte wurde im Laufe des gestrigen Tages auf fünfzehnhundert erhöht.

Erreicht hat die „Große Berliner“ nun auch die Oberleitung über den Potsdamer Platz. Es wird berichtet: Die beständigen Störungen der Unterleitungsstrahlen der Straßenbahn auf dem Potsdamer Platz haben die Ausschleißbehörde veranlaßt, der Großen Berliner Straßenbahn die Befreiung der Unterleitung und ihren Ersatz durch Oberleitung zu gestatten. Durch diese Aenderung wird die Verkehrsregelung auf dem Potsdamer Platz wesentlich erleichtert; die häufigen, von dort ausgehenden Verkehrsbehinderungen, deren Folgen sich bis in die äußeren Grenzen Groß-Berlins bemerkbar machen, werden jedenfalls erheblich vermindert werden. Die Aufstellung neuer Masten auf dem Potsdamer Platz wird zunächst nicht notwendig sein, da die vorhandenen zur Befestigung der neu zu spannenden Drähte genügen. Die Arbeiten sind bereits in Angriff genommen und werden in kürzester Zeit zu Ende geführt sein. Gleichzeitig wurde auch die Genehmigung zur Befreiung der

Unterleitung vor dem Charlottenburger Schloß erteilt; auch dort sind die Arbeiten für die Herstellung der Oberleitung bereits im Gange.

Eine größere Verkehrshinderung im Straßenbahnbetriebe fand am Freitagvormittag am Potsdamer Platz statt. Dort fuhr an der Ecke der Potsdamer- und Linienstraße der Rotortwagen Nr. 2177 der Linie 23 mit heruntergelassenem Pfluge auf den Auslauf. Bei dem Versuch, rückwärts zu fahren, entgleiste der Wagen mit dem Hinterrad. Die Entgleisung des Wagens dauerte circa 20 Minuten. Für die Dauer der Störung mußten die die Unterleitungsstrabe befahrenden Linien 23, 24, 51, 52, 56, 57, P und R abgelenkt und über den Askanischen Platz und Hofenplatz geleitet werden. Die Wagen der Richtung Leipziger-Potsdamerstraße wurden durch die Charlotten-, Koch- und Anhaltstraße über den Askanischen Platz geleitet.

Ein Opfer der Glätte wurde gestern der Arbeiter Rood, als er die Greifswalderstraße entlang ging. In der Nähe des Königtors glitt R. aus, fiel auf den Fahrdamm, und zwar so unglücklich, daß er mit den Füßen zwischen Vorder- und Hinterrad eines vorbeifahrenden Bierwagens geriet. Der Arbeiter wurde überfahren und erlitt Brüche beider Beine. Er wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt.

Nehrere schwere Unglücksfälle haben sich gestern infolge des starken Schneefalles zugezogen. In der Gartenstraße glitt ein junges Mädchen, Minna Stobroner aus der Bergstr. 15, auf dem Bürgersteig aus und zog sich bei dem Sturz einen Bruch des rechten Vorderarmes zu. — Auf dem Hof des Grundstücks Invalidenstr. 145 verunglückte der 20jährige Edmund Schüle. Er hatte eine Leiter bestiegen und war in der Höhe der ersten Etage auf einen mit Schnee bedeckten Mauervorsprung getreten. Er glitt ab und stürzte auf den Hof hinunter. Mit erheblichen Verletzungen am Kopf und am Rücken wurde Sch. in die Unfallstation in der Eichendorffstraße eingeliefert. — In der Brunnenstraße kam der 36 Jahre alte Arbeiter Emil Tornow, Soldinerstr. 22, zu Fall und erlitt einen Bruch des linken Armes.

Um dem Unfug in der Silvesternacht zu steuern, werden seit längerer Zeit die dabei vorkommenden Ausschreitungen nicht durch polizeiliche Strafverfügungen erledigt, sondern der Staatsanwaltschaft zur gerichtlichen Erledigung überwiesen. Im Jahre 1905 sind aus diesem Anlaß 156 Personen bestraft worden, darunter einzelne mit Freiheitsstrafen bis zu sechs Wochen, 108 Personen mit Geldstrafen bis zu 50 M. und 18 jugendliche Unfugstifter mit gerichtlichen Verweisen. Auch dieses Jahr ist die Schulkommission angewiesen, energisch gegen Unfugstifter vorzugehen.

Das Ende des Kriegsveteranen. Unbekannt ist in der Nacht zum zweiten Feiertag im städtischen Asyl für Obdachlose ein etwa 60 Jahre alter Mann, der nach einer Tätowierung Kriegsveteran von 1870/71 gewesen zu sein scheint, gestorben. Der Mann, der morgens früh tot auf seiner Britische lag und wohl am Herzschlag gestorben ist, hat auf einem Arm eine Tätowierung, die ein Herz darstellt. Darin ist zu lesen: „1870/71 bis 7. 2. 02. Gott mit uns.“ Dem Toten fehlt übrigens an der linken Hand der Ringfinger.

Verunlückte Schlittenfahrt. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag auf der Frankfurter Chaussee. Der Eigentümer Reumann aus Alt-Landsberg wollte auf einen ihm gehörigen Personenschlitten nach Berlin fahren. In der Nähe von Rahlsdorf scheute das vor den Schlitten gespannte Pferd vor einem entgegenkommenden Automobil, brach seitlich aus und rannte mit solcher Gewalt gegen einen Telegraphenmast, daß es schwer verletzt zusammenbrach. Der Reutcher sowie R. wurden auf die Chaussee geschleudert. Während letzterer mit unerblicklichen Kontusionen davonkam, erlitt der Reutcher schwere Verletzungen am Kopfe und mußte nach einem Krankenhaus übergeführt werden. Das verunglückte Pferd wurde sofort getötet und der Abbederei überwiesen.

Lebensgefährlich verbrannt ist vorgestern abend die Ehefrau Schmidt aus der Holzsteinstraße 39. Frau Sch. war mit der Petroleumlampe von der Küche nach dem Wohnzimmer gegangen und wurde auf dem Hin plötzlich von Krämpfen befallen. Sie stürzte bestimmungslos zu Boden, die Lampe kam dabei zur Explosion und das Petroleum ergoß sich über die Kleidung der Frau hinweg. Nach wenigen Sekunden stand die Unglückliche in hellen Flammen. Hausbewohner waren durch den Brandgeruch aufmerksam geworden und in die Wohnung eingedrungen. Da inzwischen das Feuer weiter um sich gegriffen hatte, mußte die Feuerwehr alarmiert werden. Frau Sch. hatte so schwere Brandwunden am ganzen Körper davongetragen, daß sie in fast hoffnungslosem Zustande dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Von einem Wagen der städtischen Straßenreinigung überfahren und schwer verletzt wurde vorgestern der Zimmermann Friedrich Post, Hochowstr. 1 wohnhaft. P. wollte an der Ecke der Hermann- und Gesehewerstraße auf seinem Zweirade zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Gefährt der städtischen Straßenreinigung hindurchfahren; er wurde jedoch umgestoßen und unter den Reinigungswagen geschleudert. Schwer verletzt lieferte ein Schuttmann den Verunglückten in das städtische Krankenhaus ein.

Verbrechen oder Unglücksfall? Ein unauflöslicher Todesfall beschäftigt gegenwärtig die Polizei. In einer der letzten Nächte fand ein Schuttmann des 6. Polizeiviertels in der Fußgängerstraße an der Ecke des Weingartens einen etwa 45 Jahre alten Mann bewußlos auf dem Bürgersteig liegen. Der Unbekannte wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, wo bei ihm am Hintertopf und am Körper eine ganze Reihe schwerer Verletzungen festgestellt wurden. Auch einen Bruch des rechten Oberarmes konstatierte der Arzt. Ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, starb der Verwundete. In dem Toten wurde der Tischler Oswald Otto aus der Brangelstr. 62 erkannt. Auf welche Weise er zu den schweren Verletzungen, die seinen Tod herbeiführen sollten, gekommen ist, konnte noch nicht aufgeklärt werden.

Eine absonderliche Behandlung wurde einem gestern abend auf dem Bahnsteig des Ringbahnhofs Friedenau-Bilmersdorf Verunglückten zuteil, der durch Ausstehen unter den Zug geriet und erhebliche Verletzungen davontrug. Wie und berichtet wird, legte man den Verunglückten auf die Steinfliesen des Bahnsteiges, wo er etwa eine Viertelstunde bis zum Eintreffen des Arztes und der durch diesen angeordneten Leberführung nach einem Krankenhaus liegen blieb. Wir meinen doch, daß auf jedem Bahnhofs Ränge vorhanden sind, die es möglich machen, Verunglückten vorübergehend Unterlump zu gewähren. Bei der jetzt herrschenden Temperatur ist es nicht zu verstehen, daß man Verunglückten so wenig entgegen kommt.

Der Männergesangsverein „Norddeutsche Schleiße“ rubriziert mit unter den Vereinen, die zu den größeren und leistungsfähigeren zu zählen sind. Seine gelegentlichen Aufführungen legen davon bescheid Zeugnis ab, und er bewies die seine Zuhörer von neuem anlässlich seiner am 1. Feiertag in „Kiefern Festsälen“ arrangierten Weihnachtsfeier. Das Programm des Abends war ein äußerst reichhaltiges und sorgsam zusammengestellt. Gut ausgenügte Gesangsstücke wurden durch einen vorzüglichen musikalischen Teil ergänzt. Im letzten Teil wirkte ein Kammermusik-Trio mit, bestehend aus den Herren Karl Rodtich (Klavier), Oskar Böhlisch (Violine) und Richard Galties (Cello). Die künstlerischen Aufführungen dieser Herren wären — leider muß es gesagt werden — einer größeren Ruhe würdig gewesen; denn nicht immer bietet sich für die Arbeiterklasse die Gelegenheit, Musikstücke hervorragender Komponisten in so künstlerischer Vollendung zu hören. Die Unruhe beeinträchtigte auch die vom Gesangsverein „Norddeutsche Schleiße“ aufgeführten Gesänge. „Hymne an die Nacht“ von Beckhoven, „Nachtzauber“ von Strauß verlangen eine große Andacht. Dies um so mehr, als der Verein unter der Direktion Herrn Hermann Wofsch sich seiner Aufgabe voll und ganz gewachsen gezeigt

hat. Es muß anerkannt werden, daß sich die Stimmen ergöt in den Schranken hielten, daß die von dem Verein vorgelegte „Hymne an die Nacht“, „Abschied“, „Nachtzauber“ einen großen Reiz des Dirigenten und der Sänger verrieten. Im „Sturm“ zeigte sich auch der Tenor den an ihn gestellten Anforderungen gewachsen. Großen Beifall rief das Singpiel: „Die Fortdiebin“ hervor. Den Schluß des Programms bildete ein Theaterstück „Die Vergeltung“. Abdam ging es zum Tanz, wobei sich die Gesellschaft noch einige Stunden amüsierte.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Noch nicht ermittelt ist die am 9. August 1845 zu Brigg, Arzis Teltow geborene, welche sich am 27. Juni 1906 aus dem Siedehaus in der Preußelstraße entfernt hat. Beschreibung: Größe 1,55 Meter, Haare meliert, Augen grau, Zähne fehlen im Oberkiefer. Kleidung: grau- und schwarzwollenes Matinee, schwarzer Cheviotrock, schwarze Alpakastrümpfe mit Spitze, alte Filzschuhe, Anstaltshemd und Strümpfe. Personen, welche Angaben zur Sache machen können, werden gebeten, dies der Kriminalpolizei, Zimmer 326, oder einem Polizeiviertel zu den Akten 4808, IV, 22, 06 mitzuteilen.

Am zweiten Weihnachtsfeiertag ist bei der Matinee bei Schirms, Badstraße 19, ein Hauschlüssel gefunden worden. Abzuholen bei Raschke, Ackerstr. 86, Expedition.

Auf der Trepow-Sternwarte spricht Direktor Archenhold am Sonntag, den 30. Dezember, nachm. 5 Uhr, über: „Jupiter und Saturn“, um 7 Uhr über: „Das Geheimnis des Weltendauers“. Am Montag, den 31. Dezember, wird nachm. 5 Uhr in einem Klub auf die Entwicklung der Astronomie und die Beziehung der letzteren zur Weltanschauung behandelt. Am Neujahrstage nachm. 5 Uhr spricht Dir. Archenhold über: „Die Eroberung des Weltalls“, um 7 Uhr über: „Weltanschauung und Himmelskunde“. Sämtliche Vorträge sind mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet. — Mit dem großen Fernrohr wird nachmittags zuerst die Sonne, später der Mond bzw. Saturn oder Jupiter gezeigt.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania finden während der Schulferien außer den Abendvorstellungen, am welchen der neue dekorativ und technisch ausgestattete Vortrag „Die Feuergezeiten der Erde“ zur Darstellung gelangt, auch noch Nachmittagsvorstellungen zu ermäßigten Preisen statt und zwar: Am Freitag und Sonnabend „Sizilien, Lebens- und Naturbilder aus russischen Städten“, am Sonntag, Montag und Dienstag „Frühlingstage an der Riviera“ und am Mittwoch und Donnerstag „Tierleben in der Wildnis“.

Feuerwehrbericht. Die Berliner Feuerwehr hat auch in den letzten Stunden ununterbrochen zu tun gehabt und falls sie in den nächsten Tagen weiter so in Anspruch genommen wird, wie bisher, dann wird sie mit 400 Mann in einem Monat einen „Rekord“ zu verzeichnen haben. In der letzten Nacht kam in einer Kartonfabrik am Görliger Ufer 35 Feuer aus. Pappkartons brannten dort. Das Feuer war durch einen Trodenofen ausgekommen und konnte auf seinen Heerd beschränkt werden. Auf einem Neubau in der Hufelandstraße 8 brannten nachts Säcke, Fenster und anderes und am Kottbuser Damm 79, sowie Frankfurter Allee 149 Schornsteine usw. Der achte Zug wurde gleichzeitig nach der Hufelandstr. 28 gerufen, wo Fleisch in Brand geraten war. Der 12. Zug hatte in der Hohenzollernstr. 17 zu tun, wo auf einem Hängeboden Feuer durch Unvorsichtigkeit ausgekommen war. In der Stralauerstr. 45 brannte eine Rohrumbüllung und in der Gaussestr. 44 Strohpäckung u. a. Schaufensterbrände mußten in der Köpenickerstr. 40 u. a. Stellen gelöscht werden. Der 11. Zug mußte in der Helmstr. 19 einen Kellerbrand löschen. Wegen Absturzes eines mit Personen besetzten Fahrstuhls wurde der 19. Zug nach der Leipzigerstr. 114 gerufen. Gegenüber, Leipzigerstr. 26, brannten Tapeten.

Der 15. Zug wurde gestern wegen eines Wohnungsbrandes nach der Lüderstr. 15 gerufen. Dort war in Abwesenheit der Eltern Feuer ausgekommen, wobei zwei Kinder in große Gefahr gerieten. Hausbewohner eilten zum Glück herbei und brachten die Kinder nach vor Ankunft der Feuerwehr in Sicherheit. Die Flammen konnten bald gelöscht werden. Ferner wurde die Feuerwehr noch nach der Köpenickerstr. 13 und dem Marienheim in der Tiefstraße 17 gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Freiheits-Manieren.

Welch gemeiner Waffens sich unsere Gegner im Kampfe gegen die Sozialdemokratie bedienen, lehrt ein Blick in das Organ der Charlottenburger Liberalen, die berüchtigte „Neue Zeit“, ein Blatt, auf dessen Redaktion das Wort aus Gustav Freytags „Journalisten“ von den Leuten zutrifft, die rechts und links schreiben können. Nachdem die Schmocks, die in der „Neuen Zeit“ ihre Unwesen treiben, den Wahlkampf mit niedrigen Beschimpfungen gegen einzelne unserer Parteigenossen eingeleitet haben, erbringen sie in ihrer Weihnachtsnummer den Beweis, daß sie in bezug auf Verleumdungen sich selbst noch übertreffen können. Zuerst jammern sie wehmütig darüber, daß sich der Liberalismus, der von allen Seiten von Feinden umringt wird, auch in dem neuen Wahlkampf in einer schwierigen Situation befindet, so daß der „gewaltige Aufschwung des Liberalismus, wie man ihn jetzt so gern prophezeit, wohl noch eine längere Zeit auf sich warten lassen“ wird. Sodann wird in zwei Spalten gegen die Sozialdemokratie hergezogen, deren am Sonntag verbreitetes Flugblatt mit Schlagworten, Uebersetzungen und Fälschungen arbeitet. Den Beweis für seine dreiste Behauptung erbringt das Blatt nicht. Dafür leistet es sich selbst aber die unerschämten Verleumdungen, daß die internationale Sozialdemokratie und das Zentrum ihre Direktiven vom Auslande empfangen, daß diese Parteien von vaterlandsloser Gewinnung befehle seien, daß der Wahlausruf der Sozialdemokratie von Fischweibern verfaßt sei, und was dergleichen schöne Dinge mehr sind. Dann kommt der Haupttrupp: Angestellte sozialdemokratischer Unternehmungen werden so schlecht bezahlt und behandelt, daß sie als Opfer des sozialdemokratischen Ausbeutungssystems sich vor dem Strafgericht zu verantworten hätten, nachdem sie durch erbärmliche Löhne zur Vergebung von Verbrechen getrieben worden seien. Das soll aus Gerichtsverhandlungen bekannt sein. Ist das Blatt imstande, auch nur eine einzige solche Gerichtsverhandlung anzuführen? O nein! Das ist auch nicht nötig. Man verleumdet, obwohl man von der Unmöglichkeit seiner Behauptung überzeugt ist, man spekuliert auf die Dummen, die da glauben, daß das, was die bürgerliche Zeitung schreibt, unumstößlich wahr ist. Daß ein Blatt auf einer so tiefen Stufe der Moral stehen, daß in einer Redaktion so gewissenlose Lügner ihr Spiel treiben können, das erscheint ja auch einem Menschen mit gesundem Ehrbegriffen undenkbar.

Der Artikel läuft aus in gebihrige Angriffe auf den „Millionär“ Singer, Angriffe so erbärmlicher Art, daß selbst die Sudel-schriften des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie im Vergleich hierzu anfänglich genannt werden können. Natürlich bekommt auch Jubel sein Teil ab. Daß zum Schluß von einem schwarz-roten Bündnis gesprochen wird, nehmen wir dem Blatt nicht weiter übel. Die Fälschung politischer Tatsachen gehört nun einmal zu seinem Handwerk. Die Ironie aber klingt es, wenn wenige Zeilen später in einer besonderen Notiz darüber geklagt wird, daß die Sozialdemokraten den Wahlkampf nicht sachlich führen. Mit solcher Sippigkeit sachlich zu kämpfen ist ein Kunststück, das gewöhnliche Sterbliche nicht fertig bringen.

Durch amtliche Verfügung sind neue Straßennamen in Charlottenburg festgelegt worden. Die Straße 27a V 8 hat den Namen Horstweg, die Straße 33a V 4 den Namen Philippstraße, Straße 27a V 4 die Bezeichnung Solbenderstraße erhalten. Ferner sind benannt worden: die Straßen 271 V 4 mit Kiehlstraße, 33 und 8 V 4 und

7b V 5 mit Kaiserdamm, der Platz B V 5 mit Reichskanzlerplatz, die Straßen 7a V 5 mit Reichstraße, 35 V 4 mit Gaeßlerstraße, 38b V 4 mit Friederichstraße, 32a V mit Reichsstraße, 35a V 4 mit Staltpfängerstraße, 34, 34a, 34b, 37 V 4 mit Rognitzstraße, 27 V 4 mit Knobelsdorffstraße, 11a V 5 mit Palmstraße, 11 V 5 mit Klaus Großstraße, 24 V 5 mit Stormstraße, 17b V 3 mit Gerwinstraße, 15a V 8 mit Drobefstraße, 8 V 3 mit Dohmannstraße, 8b V 3 mit Watzstraße, 8a V 3 mit Roscherstraße, 1a V 1 mit Clausenstraße, 171 V 1 mit Otto Ludwigstraße, 4 VI 1 und 2 mit Kamminerstraße, 36 und 38a V 1 mit Rindenerstraße, 8a V 2 mit Neue Grolmannstraße, 12k V 3 mit Lohmeyerstraße, die Fritschestraße zwischen Spandauer- und Scharenstraße mit Drantenstraße. Die Bismarckstraße hat ihren Namen beibehalten, und ihrer Verlängerung vom Sophie Charlottenplatz ab nach Westen bis zum Grunewald ist der Name Kaiserdamm verliehen worden und der im Zuge dieser Straße belegenen Brücke die Bezeichnung Kaiserdammbrücke beigelegt worden.

Wilmersdorf.

Nach der in der letzten Gemeindeverordnetenversammlung angenommenen Besoldungsordnung für die Gemeindebeamten, die Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen und den höheren Lehranstalten, gestalten sich die Gehälter wie folgt: Für mittlere Beamte in leitender Stellung beträgt das Anfangsgehalt 5000 M. und das Endgehalt nach 12 Jahren 6500 M., Oberstabssekretäre, Rentanten und ihnen gleichgestellte Beamte 8900 M. bis 9700 M. nach 15 Jahren. Sekretäre, Kassierer ufm. 2700 M. bis 4200 M. nach 21 Jahren. Bureau- und Kassenassistenten, welche die Sekretärsprüfung abgelegt haben, erhalten 2400 M. bis 4200 M. nach 21 Jahren und Assistenten ohne Prüfung 2200 M. bis 3600 M. nach 15 Jahren. Unterbeamte erhalten ein Anfangsgehalt von 2000 M. und 8050 M. nach 21 Jahren. Das Grundgehalt der an Gemeindeschulen beschäftigten Lehrkräfte beträgt für Direktoren 2550 M., Lehrer 1450 M., wissenschaftliche Lehrerinnen 1300 M. und technische Lehrerinnen 950 M. Die Alterszulagen betragen 250 M., 250 M., 150 M. und 100 M. An Dienstentgelt erhalten Direktoren 1000 M., Lehrer mit eigenem Hausstand 750 M., die übrigen Lehrer und wissenschaftlichen Lehrerinnen 500 M. und die technischen Lehrerinnen 450 M. Die Direktoren höherer Lehranstalten erhalten ein Anfangsgehalt von 6500 M., steigend in 15 Jahren bis auf 8000 M., außerdem eine Dienstwohnung oder eine Dienstentgeltabgabe von 1500 M., die auch bei der Versetzung in den Ruhestand in Anrechnung kommt. Oberlehrer erhalten 2800 M. Anfangsgehalt und 1000 M. Wohnungsgeldzulage, steigend in 15 Jahren auf 7400 M. inkl. Wohnungsgeldzulage. Die Volksschullehrer beziehen ein Anfangsgehalt von 2800 Mark und ein Endgehalt von 4850 M. nach 31 Jahren. Oberlehrerinnen mit Staatsbezügen 3000 M. Anfangs- und 4700 M. Endgehalt. Akademisch gebildete Zeichner, Gelehrer und Turnlehrer, sowie ordentliche Lehrer erhalten 2500 M. und nach 27 Jahren 3500 M. Die Arbeiter scheinen bei dieser neuen Besoldungsordnung nicht gerade reichlich bedacht worden zu sein, denn von den rund 64 000 M. Mehrkosten, die die neuen Besoldungsätze für das Rechnungsjahr 1907 erfordern, entfallen auf die Arbeiter nur 8555 M., auf die Beamten 11 500 M., die Volksschullehrer 22 000 M. und die Lehrpersonen der höheren Schulen 23 600 M. Die Gemeindearbeiter werden das geringe Entgelt erhalten, das ihnen die jetzige Gemeindeverordnetenversammlung gezeigt hat, wohl zu bewerten wissen. Es kann für sie nur ein Grund mehr sein, sich mehr und mehr der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, um durch dieselbe einen höheren Lohn zu erringen.

Die Stadtverordnetenwahlen finden nach einer Meldung des hiesigen Volksblattes nicht nach, sondern noch vor der Reichstagswahl statt. Die III. Abteilung wählt am 18., 17. und 18., die II. Abteilung am 22. und die I. Abteilung am 24. Januar. Gewählt wird in der III. Abteilung von 10—12 Uhr vormittags und 5—8 Uhr nachmittags. Unsere Genossen haben also in der kurzen Zeit eine anstrengende Arbeit zu verrichten. Bei Ausübung aller Kräfte muß es jedoch gelingen, in der III. Abteilung Mandate zu erobern.

Erzner.

Die letzte Generalversammlung des Wahlvereins von Erzner und Umgegend nahm Kenntnis von den Abrechnungen und wählte angeführt der bevorstehenden Reichstagswahlen sämtliche Funktionäre wieder, mit Ausnahme des Kassierers, welcher wegen Ueberbürdung seines Postens entbunden sein wollte. An dessen Stelle wurde Genosse Schulze gewählt. Die Debatte über die kommenden Reichstagswahlen zeigte eine erfreuliche Stimmung. Allgemein wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß nun den Lebensmittelpreisen eine treffende Antwort gegeben werden muß. Vor Eintritt in die Tagesordnung gebachte die Versammlung des verstorbenen Genossen Dreesbach in ehrender Form.

Spandau.

Das „Spandauer Tageblatt“, ein fechtiger Kostgänger des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, entwickelt eine geradezu fieberhafte Tätigkeit gegen die Sozialdemokratie. Dem Pauli-Organ scheint der Boden unter den Füßen bereits zu heiß zu werden, weshalb es auf die Sozialdemokratie schimpft nach Herzenslust. Unter dem Titel: „Sozialdemokratische Vräberlichkeit“ bringt das Blatt in seiner gestrigen Nummer einen Artikel, der von vornherein den Stempel gewerkschaftlicher Verleumdung trägt. Es ist ein Produkt des Reichsverbandes, dazu bestimmt, den konservativen Schreibeseelen ihre Aufgabe etwas zu erleichtern. Der Autor läßt einen Artikel des „Korrespondenten“, Organ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer, gegen die Leipziger Volkszeitung aufmarschieren, um am Ende ein Loblied auf die Buchdruckergehäßen anzuschlagen. Das gute Einvernehmen der Gehäßen in dem Gewerbe mit den Prinzipalern wird über den grünen Klee gelobt, dagegen von einer „außereizenden“ Schreibweise der „Leipziger Volkszeitung“ und dem „Vorwärts“ gesprochen. Zum Schluß wird der Spruch: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein“ als „brüderliche Devise der Sozialdemokratie“ gekennzeichnet. Eine solche Kampfwweise mit „geistigen Waffen“ kann der Sozialdemokratie im Kreise nur unangenehm sein. Sie kennzeichnet so recht die Verleumdungslust und Verlogenheit unserer „Staatsdiener“. Das Handlangerblatt des Reichsverbandes schänt die Arbeiterbevölkerung Spandaus sicher etwas zu tief ein, wenn es glaubt, durch solche Anecdoten Erfolge zu erzielen.

Das Wahlkomitee macht darauf aufmerksam, daß in Spandau mehrere nicht getrennte Sammelstellen funktionieren. Es haben nur die gedruckten und abgeimpften Listen Gültigkeit.

Gerichts-Zeitung.

Wegen versuchten Vergehens gegen das Rohrzugmittelgesetz

Am 12. Juni vom Landgericht II in Berlin der Schlächtermeister Karl Meck in Charlottenburg zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er schlocht Vieh in Privatbäusern und hielt das Fleisch da zum Verkauf aus. Dem Schlächtermeister W. hatte er eines Tages mehrere Lebern und Lungen verkauft. Die des einen Schweines waren stark tuberkulös. Der Tierarzt W. warf diese in das Klosettationsfach, welches mit fauligem Wasser gefüllt war. Nachmittags kam der Angeklagte, vernahm das Geschlinge und erfuhr, was geschehen war. Er holte dann die Leber, die stark rot, aus dem Kasse heraus, wusch sie ab und hängte sie zu den übrigen drei Geschlingen. Darauf nahm er eine andere Leber von jenen drei Geschlingen fort und fuhr damit zu dem Tierarzt, den er zur Rede stellte. Dabei tat er so, als ob die mitgebrachte gefundene Leber die beanstandete sei. W. ging dann hin und stellte fest, daß die von ihm verworfene Leber bei den übrigen Geschlingen hing. Die betreffende Leber war gesundheitsgefährlich wegen der Tuberkeln und der Verführung mit dem fauligen Wasser. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht verworfen.

Prozeß v. Berger-Schildkraut.

Der Direktor des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg v. Berger hatte, wie erinnerlich, gegen den Schauspieler Schildkraut auf Unterlagung des Auftritts des Schilffrauts in Berlin wegen vermeintlichen Kontraktbruchs geklagt. Die Klage war in Hamburg in beiden Instanzen abgewiesen. Gegen das Urteil des Hamburger Oberlandesgerichts vom 11. Juli legte v. Berger Berufung ein. Der auf gestern vor dem Reichsgericht anberaumte Termin wurde aufgehoben, weil der Kläger die ausfällige Revision zurückgezogen hatte.

Ein Volksschullehrer als Sittlichkeitsverbrecher unter Anklage.

Schwere sittliche Verfehlungen eines Volksschullehrers bildeten gestern den Gegenstand eines Strafprozesses, der hinter verschlossenen Türen vor der vierten Strafkammer des Landgerichts III verhandelt wurde. Wegen schweren Sittlichkeitsverbrechens mußte sich ein Gemeindeschullehrer Friz Sch. vor dem Strafrichter verantworten. Der erst 28jährige Angeklagte war als Lehrer an der ersten Gemeindeschule in Deutsch-Wilmersdorf angestellt. Mit seinen Schülern hand er auf einem sehr vertrauten und fast freundschaftlichen Fuße. Da der Angeklagte mit einem Lehrer des Roffe-Exists in Wilmersdorf näher bekannt war, so fand er auch hier unter den Schülern junge Freunde, die ihm häufig Wäcker in die Wohnung bringen mußten. Unter diesen befand sich auch der 13jährige Schüler Ernst R. Niemand dachte an etwas Arges, als plötzlich die Eltern eines Schülers dem Rektor Mitteilung machten, daß sich Sch. seit längerer Zeit an den Schülern in sittlicher Verführung schwer vergehe. Dies sollte anlässlich der Besuche in der Wohnung des Angeklagten geschehen sein. Mehrere der Schüler wurden einem Verhör unterworfen und räumten ein, daß sich Sch. wiederholt in unzüchtlicher Weise an ihnen vergangen habe. Am 4. November erschienen Kriminalbeamte in der Wohnung des Angeklagten, um ihn zu verhaften. Sch. ging unter einem Vorwande in ein Nebenzimmer und öffnete sich mit einem Rasiermesser die Pulsadern. Durch einen Nebenabgang stürzte er dann auf die Straße, wo er bewußtlos zusammenbrach. Die Verletzungen waren so schwerer Natur, daß der Angeklagte sofort als Polizeigefangener nach der Charité übergeführt werden mußte. Aus dem Untersuchungsgefängnis wurde Sch. nun gestern der Strafkammer vorgeführt. — In dem Vorverfahren machten sich schon erhebliche Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit bemerkbar. Die Taten des Angeklagten waren schon deshalb unverständlich, da er erst vier Monate vorher geheiratet hatte und mit seiner jungen Frau in selten glücklicher Ehe lebte. Zu der gestrigen Verhandlung waren als psychiatrische Sachverständige Dr. Magnus Hirschfeld und der Nervenarzt Dr. Blaczel geladen. Ersterer legte in einem ausführlich begründeten Gutachten dar, daß der Angeklagte ein neurotisch veranlagter Mensch sei, der durch eine hinzukommende erbliche Belastung leicht zu sexuellen Verirrungen neige. In diesem Zustande handele der Angeklagte in einer vollständigen Bewußtseinsstörung und müsse eine Straffälligkeit des Sch. nach Maßgabe des § 51 des Strafgesetzbuches für Taten, die er in diesem Zustande begehe, verneint werden. Nicht so weitgehend war der zweite Sachverständige, der allerdings erhebliche Zweifel an der geistigen Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten für vorliegend erachtete. Das Gericht hielt die Straftaten des Sch. objektiv für erwiesen, jedoch wurde angenommen, daß der Angeklagte in einer krankhaften Störung des Geistesalters gehandelt habe. Auf Grund des § 51 erkannte die Strafkammer auf Freisprechung.

Ist eine Vereinbarung gültig, nach erfolgter Kündigung Provision und nicht festes Gehalt zu zahlen?

Um diese Frage von prinzipieller Bedeutung handelte es sich in einem Rechtsstreit, welcher gestern der Entscheidung der vierten Kammer des Kaufmannsgerichts unterlag. Der Versicherungsinpektor Max von war von der Versicherungsgesellschaft Viktoria mit einem Vertrage engagiert worden, der u. a. folgende Bestimmung enthielt: „Falls von einer der beiden kontrahierenden Parteien eine Kündigung erfolgt, so hat der Angestellte vom Tage der Kündigung an nicht mehr Anspruch auf die Garantie (festes Gehalt), sondern nur noch auf die Provision.“ Dem Kläger L. wurde nun mit einmonatiger Kündigungsfrist gekündigt, und auf Grund obiger Vertragsklausel verweigerte die Gesellschaft die Zahlung der Garantiesumme für den Kündigungsmonat. Der Kläger erhebt gegen die Beklagte einen Anspruch von 103 M. Er wendet ein, der Vertrag verstoße gegen die guten Sitten und sei deshalb als nichtig anzusehen. Die Vertragsklausel charakterisierte sich als eine Umgehung der gesetzlich vorgeschriebenen Kündigungsfrist. Nach erfolgter Kündigung habe der Kläger gebeten, wenigstens sofort auszutreten zu dürfen, aber seine Bitte habe die Gesellschaft abgelehnt und ihn gezwungen, bis zum Ablauf der Vertragsdauer tätig zu sein. Er habe im letzten Monat genau so arbeiten müssen wie vorher, die Gesellschaft stecke sich aber hinter den omniföden § 14 ihres Anstellungsvertrages und suche sich ihren Verpflichtungen gegen den Angestellten zu entziehen. Er bitte daher, den Vertrag für ungültig zu erklären und ihm auch für den Kündigungsmonat die garantierte Summe zuzusprechen.

Das Kaufmannsgericht wies den Kläger mit seinem Anspruch ab. Der Anstellungsvertrag sei ordnungsgemäß zwischen dem Kläger und der beklagten Gesellschaft geschlossen worden und es lag im freien Willen des Klägers, auf die Vertragsbedingung des § 14 einzugehen oder nicht. Da das Gericht in der Vertragsklausel einen Verstoß gegen die guten Sitten nicht erblickte, so war der Vertrag auch als rechtmäßig anzusehen. Das Kaufmannsgericht dürfte überlegen haben, daß durch die getroffene Vereinbarung der Grundgedanke von der Gleichheit der Kündigungsfrist verletzt und daß sie deshalb ungültig ist.

Eine Kauferei um eine Silberaufführung.

Um das Aufführungsrecht des Wilschens Stückes „Dumbury“ streiten sich die Direktoren Reinhardt und Barnowsky. Beide bereiten das Stück für den Silberabend vor. Ersterer hat das Stück von Eduard Bloch (Ludwig Bloch) für das Deutsche Theater, letzterer von Felix Bloch Erben (Artur Silwinski) für das kleine Theater erworben. Sowohl Eduard wie Felix Bloch glauben das Verfügungsrecht über das Stück zu haben. Die Sache der Firma Eduard Bloch wurde von den Rechtsanwältinnen Hugo Marcuse und Oskar Meyer das Recht der Firma Felix Bloch Erben vom Justizrat Paul Jonas vertreten. Direktor Barnowsky, der auch persönlich zugegen war, stand Rechtsanwältin Wily Gotschell zur Seite. — Direktor Reinhardt hatte gegen Direktor Barnowsky im Wege der einstweiligen Verfügung ein Verbot gegen eine Silberaufführung von 20 000 M., die vom Kammergericht auf 4000 M. ermäßigt wurde, erwirkt, durch die dem Direktor Barnowsky die Aufführung des Stückes bei einer festlichen Strafe von je 1000 M. unterlag wurde. Die Sicherheit ist vom Direktor Reinhardt hinterlegt. Direktor Barnowsky will aber gleichwohl die Aufführung am Silberabend bringen. Gleichzeitig hat er gegen die einstweilige Verfügung Widerspruch eingelegt, und diese Beschwerde bildete den Gegenstand der gestrigen Verhandlung. Außerdem hat Herr Barnowsky nun seinerseits eine einstweilige Verfügung gegen Herrn Reinhardt beantragt, über die am 31. d. M. Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt. — Im gestrigen Termin wurde nach langer Verhandlung dahin entschieden: daß die einstweilige Verfügung aufgehoben und Herrn Direktor Reinhardt die Kosten aufzuerlegen seien. Nach Ansicht des Gerichts hat Herr Silwinski bzw. Direktor Barnowsky das Aufführungsrecht erteilt erworben und die Aufführung im kleinen Theater kann nicht verboten werden. — Ob nun am 31. d. M. ein solches Verbot gegenüber Herrn Direktor Reinhardt ausgesprochen werden wird, bleibt abzuwarten. Welchen Wert für die Allgemeinheit hat das Sonderaufführungsrecht eines Theaters?

Auch Gefälligkeiten können schadenverpflichtig machen.

Der Fuhrwerksbesitzer S. in Stuttgart forderte eines Tages einen Bekannten, den er auf der Landstraße angetroffen, auf sein Fuhrwerk zu benutzen und mitzufahren. Als der Wagen des S. eine schon oft passierte steile Straße hinunterfahren mußte und der Bekannte den Radfuß anlegen wollte, plachte die Sperre und der Wagen rollte die Straße hinunter. Der mitgenommene Bekannte strengte eine Schadenersatzklage wegen der durch die Verletzungen erlittenen Nachteile an. Er rügte in der Klage besonders den mangelhaften Zustand der Sperre, welcher dem Fuhrwerksbesitzer bekannt sein mußte.

Das Landgericht Rottweil und Oberlandesgericht Stuttgart kamen zu einer Verurteilung des Beklagten dem Grunde nach. Das Oberlandesgericht sieht es als erwiesen an, daß die Sperre ausgeschliffen und fehlerhaft war, was der Fuhrwerksbesitzer erkennen mußte. Er hätte Vorkehrungen treffen müssen, die geeignet waren, einen Bruch der Sperre zu verhindern. Auch wäre das Plagen und Versagen der Sperre verhindert worden, wenn der Schutz noch durch eine Sperre gesichert worden wäre.

Das Reichsgericht wies die Revision gegen das Oberlandesgerichtliche Urteil zurück. Das Reichsgericht führt im Urteil aus, derjenige, der einen anderen zum Mitfahren auf seinem Fuhrwerk veranlaßt, ob für Bezahlung oder unentgeltlich, müsse zum mindesten dafür sorgen, daß der Mitgenommene nach den allgemeinen Grundsätzen der §§ 823 und 276 B. G. B. geschützt ist.

Vermischtes.

Schwerer Eisgang herrscht zurzeit nach einer Meldung aus Hamburg infolge des anhaltenden Frostes auf der Unterelbe, der für kleinere Seeschiffe bereits ein großes Hindernis bildet. Der größte Eisbrecher Nr. 3 ist in Dienst gestellt und nach der Unterelbe abgegangen.

Bergmannslos. Auf der Königin Luise-Grube (Westfeld) sind vorgestern Abend drei Bergleute durch zu Bruch gehendes Gestein verhängt worden; einer ist getötet, die beiden anderen sind schwer verletzt, aber geborgen.

Ueber große Schneefälle wird aus Budapest berichtet. Danach ist Budapest und Umgebung seit vorgestern früh förmlich im Schnee begraben. Der Straßenbahnverkehr wurde vollständig eingestellt. Aus dem ganzen Lande treffen Meldungen über große Schneefälle ein. Der Eisenbahnverkehr ist vielfach gestört.

Mehr als hundert Kinder soll eine Hebamme in Paris im Laufe des Jahres im Ofen ihres Wohnzimmers verbrannt haben, und nur durch einen Zufall kam die dunkle Geschichte, wie Pariser Blätter berichten, ans Tageslicht. Ein Bankier, dem ein wertvolles Juwel abhanden gekommen war, beschuldigte die Frau eines Bankbeamten, die ihre Beziehungen zu ihm püchlich abgedreht hatte, des Diebstahls. Die Polizei fand die Frau im Pensionat einer Hebamme, konnte aber das gestohlene Juwel nicht entdecken; überdies bestritt die Beschuldigte auf das entschiedenste, an dem Diebstahl beteiligt zu sein. Dem mit der Recherche betrauten Polizeibeamten fiel es nun auf, daß trotz der unmittelbar vorhergegangenen Geburt eines Kindes keine Spur von letzterem auffindbar war. Weitere Recherchen ergaben, daß jahraus, jahrein Damen bei dieser Hebamme kurz vor ihrer Niederkunft Unterkunft suchten, keiner der Hausbewohner sich jedoch entziehen konnte, je die Spur eines Kindes gesehen oder bemerkt zu haben. In dem großen Ofen des Salons fand man dann die Ueberreste vieler verbrannter neugeborener Kinder. Die Verhaftung zweier beteiligter Kerle soll bevorstehen.

Im Schneesturm auf ein Riff getrieben. Der große japanische Palettdampfer „Awamatu“, von Antwerpen nach Middleboro unterwegs, wurde, wie aus London berichtet wird, in der Nacht zum Donnerstag im Schneesturm eine Meile von Redcar entfernt auf ein Riff getrieben. Große Seen gingen über das Schiff hinweg. Fischerboote aus der Umgegend und ein Rettungsboot hatten schwere Arbeit, um die an Bord befindlichen Personen zu retten. Bis Mitternacht waren die zwei einzigen Passagiere und 70 von der 120 Mann starken Besatzung an Land gebracht. Der Sturm hatte inzwischen so sehr an Gewalt zugenommen, daß das weitere Rettungsversuch unterbrochen werden mußte. Das Schiff legt sich auf die Seite.

Eine halbe Stadt durch Erdbeben zerstört. Ein Telegramm aus Santiago de Chile berichtet, daß die Hälfte der Stadt Arica vorgestern durch ein Erdbeben zerstört worden ist. Die Erdstöße richteten auch in mehreren anderen Städten und Ortschaften in der gleichen Provinz Schaden an. Unter der Bevölkerung herrscht Panik.

Sachalin, 28. Dezember. Am Donnerstag wurde in Alexandrowsk ein heftiger Erdstoß verspürt, durch den mehrere Häuser beschädigt wurden. Fünf Minuten später erfolgte ein zweiter Stoß.

Berliner Marktbesse. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Marktbesse-Direktion (Großhandel) sind folgende Preise für 100 Pfd. angegeben: Ila 64—69, IIIa 58—63, IVa 50—56, Kalbfleisch, Doppelländer 115—125, Ila 90—98, IIIa 78—88, IIIa 64—76, Koll. 50—60, Dammfleisch Ia 67—75, IIa 52—65, Schweinefleisch 56—65, Rehrindfleisch per Pfd. 0,80—0,75, IIIa 0,40—0,58, Kollwaid Ia 0,40—0,48, IIa 0,00, do. Rülber 0,40—0,54, Dammwaid 0,40—0,55, do. Rülber 0,55—0,75, Waidfleisch 0,35—0,50, Fischlinge 0,55, Hufen per Stück 3,00—3,35, do. klein und Ila 2,40—2,90, Kaninchen per Stück 0,70—1,05, Wildenten per Stück 1,50, Dübner, alte per Stück 1,50—2,75, alle Ila 0,90—1,40, junge per Stück 0,70—1,25, Tauben per Stück 0,30—0,55, junge kleine 0,00, Hal. 0,75, Enten, junge per Stück 1,50—2,00, Damburger, junge pr. Stück 3,35, Gänse, Oberbräuer, per Pfd. 0,50—0,69, do. Ia der Stadt 3,00, IIa 2,50, Deckt per 100 Pfd. 87—96, mittel 0,00, Zander 0,00, groß 0,00, Schlei wrl. 74, mittel 0,00, kleine 0,00, Hele 0,00, Kalle, groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00, unj. 0,00, Wäher 0,00, Karpfen, 25—30er 0,00, do. 30—35er 68—70, do. 70er 0,00, Lauf. 60—70er 69—73, Schlei 00, Bars 0,00, Karauschen 0,00, Bleifische 0,00, Wels 0,00, Bunte Bische 0,00, Amerikan. Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 20—25, Sprotten, Kieler, Ball 0,75—1,25, Danziger, Ball 0,60—0,80, Rindern, pommerische Ia, per Schock 0,00, do. pommerische Ila 0,00, Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Riste 2—3, Hamb. Stiege 4—5, halbe Riste 1,50—2, Südfische, per Ball Kieler 3,50—5,00, Straubener 0,00, Kalle, groß per Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60, Herings per Schock 4—5, Schellfische Riste 4,00, do. Riste 2,00, Kaffian, p. 100 Pfd. 20—25, Heilbutt 0,00, Sardellen 1900er per Anker 95, 1904er 95, 1905er 93, 1906er 73—75, Schottische Vollhering 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, med. 33—42, deutsche 37—44, Herings, neue Matjes, per 1/2, Lb. 60—120, Carbinen, russ. 1,50—1,80, Beaterings, Schiffe (4 Liter) 1,50—1,75, Rennaugen, Schock 11, kleine 5—6, Kieler 14, Dummern, kleine, per Pfd. 0,00, Krebie, per Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unfort. 4,50, Golliger, groß 0,00, mittel 0,00, Her. Lond. per Schock 4,00—5,00, Butter per 100 Pfd. Ia 128—131, IIa 122—126, IIIa 115—118, ablaufende 100—108, Saure Gurken Schock 3,50—4,00, Pfeffergurken 3,50—4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,00—2,10, Dabersche 2,00—2,10, Hosen 0,00, welche 1,75—2,00, Sainthartstein 4,00—5,00, Spinaf per 100 Pfd. 20,00, Karotten per Schock 3,00—4,00, Sellerie, helle, per Schock 4,00—5,00, do. pommerische 4,00—5,00, Zwiebeln 0,00, per 100 Pfd. 3,00—3,50, do. kleine 2,00—2,25, do. helle (Welt-) 0,00, Gartotten 60—70, Petersilie, Schock 1,75—2,00, Kohlrabi per Schock 0,00, Rettig, holl., per Schock 2,40—4,50, Radishes per Schock 0,00, Salat, per Schock 0,00, do. Escarole, per Randel 1,50—1,75, do. Endiven 1,75—2,00, Kohlrüben per 100 Pfd. 2,50—3,50, Teufelw. Rüben per 100 Pfd. 8—10, Welche Rüben, große 2—2,50, kleine 5—6, rote Rüben 1,50—2, Blumenkohl holl. per Kopf 0,00, Hal. per Kopf 0,15—0,25, Spinnkohl per Schock 3,00—6,00, Kollwaid p. Schock 3,00—8,00, Weißkohl Schock 2,00—3,00, Rosenkohl p. 100 Pfd. 18—20, Grünkohl per 100 Pfd. 4—6, Schmitzland 12 Topfe 4—4,50, Kohlrüben, Schock 2—3, Kürbis 0,70, Sinen, per 100 Pfd. helle 7—18, 5 1/2-mähe 8—20, Kappel, per 100 Pfd., helle 3—30, Brauensteiner 0,00, Kroler in Häusern 00—00, Riste 32—50, Amerik. 15—30, Ballnüsse per 100 Pfd. 0,00, do. runderliche 0,00, do. franz. Gornes 22—25, Paranüsse 0,00, Haselnüsse lange 40—42, runde 0,00, Alronen, Rostina, 300 Stück 7,00—10,00, 360 Stück 7,00—9,00, 200 Stück 7—11, Apfelsinen, Jaha, per Riste 8—14, Murcia 200er per Riste 6—12, do. 300er 7—12, Valencia 430er per Riste 12—20, do. 714er 18—23.

Partei-Expeditionen:

Zentrum I: Fritz Hinte, Rauerstr. 89.
Zentrum II: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
1. Wahlkreis, Osten und Südwesten: Hermann Werner, Mittelwalderstr. 30.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Bismarckstr. 52, Hof.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Pringenzstr. 31, Hof rechts vor.
4. Wahlkreis, Osten: Robert Engels, Rüdersdorferstr. 3, am Rüdersdorferplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaulkerplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Fuchs, Reichstr. 42 (Laden).
6. Wahlkreis (Möbitz und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Weiche, Bienenstraße 41/42.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Kasper, Kaserstr. 36, Eingang Klinkerstraße.
Gesundbrunnen: Fr. Trapp, Rügenstr. 24, vorn part. Unts.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Röhrenstr. 123.
Alt-Glienicker: Reinhold Schulz, Rudowerstr. 83.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenheimerstraße 1, Ecke Goethestraße, vorn I.
Wilmerdorf-Halensee: Georg Fieße, Berlinerstr. 46, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmshagen: Otto Seidel, Kronprinzenstraße 50, I.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
Grünau: Otto Schröder, Bismarckstr. 21.
Rixdorf: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Gumboldtstraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Tempelhof: W. Müller, Berkestr. 41/42.
Ober-Schöneweide: Julius Grunow, Eblonstr. 10, I.
Nieder-Schöneweide: Bonafomsky, Gasse/Weberstr. 1d.
Johannisthal: Franz Hünold, Sidmarstr. 7.
Adlershof: Erich Steiner, Noosstr. 8, I.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Lindenwalderstraße 4b.
Köpenick: Friedrich Weid, Grünstr. 4.
Friedenau-Steglitz-Südende: G. Bernset, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Mohr, Dübenerstr. 32, und Fr. Schellhase, Köpenickerstr. 15a.
Hariendorf: Paul Müller, Bergstr. 35, Hof I.
Baumgartenweg: St. Fritz, Grünstr. 2, II.
Treptow: Rob. Gramenz, Niehölzstraße 412, Laden.
Neu-Weißensee: B. Riese, Sedanstr. 105, parterre.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmshagen und Schönholz: P. Gurich, Brodowitzerstr. 108, II.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Schubertstraße 43.
Pankow-Niederschönhausen: G. Freimaldt, Mühlstr. 73.
Bernau: Heinrich Broje, Döberstr. 74, part.
Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablade: Alfons Götz, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I.
Teltow: Wilhelm Kögler, Döberstr. 7.
Nowawes: Wilhelm Zappe, Friederichstraße 1.
Spandau: R. Köppen, Jagowstr. 9.
 Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
 Bitte ausschneiden.

Unsere Weinstuben werden auch in diesem Jahre am Sylvester von Nachmittag 5 Uhr an geschlossen bleiben.

BERLIN W. 8 M. Kempinski & Co.
 Leipzigerstr. 25.

Eine Mark wöchentl. Teilzahlung
 iselere elegante fertige
Herren-Moden.
 Ersatz für Maß.
Maß-Anfertigung
 feinste Verarbeitung
 Garantie tadelloser Sitz.
J. Kurzberg,
 An der Jannowitz-Brücke 1, I.
 Direkt am Bahnhof.
 Kein Waren-Kredithaus.



Neujahr 1907!
 Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, abends 7 Uhr:
Volks-Kabarett
 der Brett'l-Diva Margarete Walkotte.
 Entree 50 Pf. im Vorverkauf bei Hrn. Hensch, Zigarrenhandlg., Engelauer 15. — Abendkasse 60 Pf.
 Mitwirkende: Herr Opernsänger Avignone; Fr. Lucie Bogathy, Rezitatorin; Herr Rigo Lajos, der berühmte Violinvirtuos; Herr Lund, Rezitator; Margarete Walkotte; Herr Chiffon.
Vollständig neues Programm!
 Jeden Sonntag bei
Augustin, Dranienstr. 103
 Gemütl. Familienaufenthalt.
Dr. Simmel, Prinzenstr. 41,
 Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Silvester-Scherzartikel
 wie jedes Jahr stets die neuesten zu Großpreisen: Zauberschlangen, werlen Rügen, Rängen, Bouquets usw. aus, Stück 15 Pf. Scherzforsten mit Teufelshefen, Kraterkugeln, Figuren usw., Stück 15 Pf. Konfettibomben, 10, 15, 25 Pf. Explosivier Pulverturm, 40 Pf. Krawallkett, 40 Pf. Luftbombe mit parfüm. Wattefugeln, 40 Pf. Explosivier Gelbdruck, 20 Pf. Hauptmann von Köpenick, 25 Pf. Gottikonfrüchte, werlen Früchte, Tiere aus, 40 Pf. Wandertopf mit Kesselschlange, 45 Pf. Zauberschlangen, 10 St. 70 Pf. Zerb. Schweine, 15 und 25 Pf. Zerb. Hähne, 35 Pf. Kitzende Schlangen, 10 Pf. Gleichfiguren, Dbd. 50, 60, 75 Pf. Knallbombs mit Rügen, Scherzartikeln, Musikinstrumenten, Dbd. 20, 30, 60, 70 Pf., 1,00, 1,20, 1,50, 2,50 Mk. Neuheit! Annelende Herzen ob. Schweine, mit Scherzen, Stück 15 Pf. Zerkugeln, sehr natürlich, 10 Pf. Pfananfuchen mit Papier, Dbd. 40 Pf. Schneebälle, Konfettitüten, Dbd. 40 Pf. Papierwurfkugeln, 25 Stück 10 Pf. Pralines, Fondants, Rüsse, Mandeln, diverse Früchte mit Lieberahungen, Dbd. 60, 75, 80, 90 Pf. Neuheit! Tischentuch m. Musik, 4 Pf. Anhängere, 10 Pf. Fächer, Wägen, Musikinstrumente jeder Art.
 Verkauf nur Lindenstr. 84, hoch., kein Laden. bis 10 Uhr abends. Sonntag von 8 bis 8 Uhr geöffnet.

Volks-Museum
 Friedrichstr. 112a. Nähe Oranienb. Tor.
 Anatomie, Pathologie, Samariterlehre
 2 Vorstellungssäle m. wechselnden Neuheiten ohne Extra-Entree.
 Lichtbilder-Vorträge. Illusionstheater.
 Vorführungen halbstündlich.
Anton Boekers Ball-Salon
 Habe noch Sonnabends und Sonntags Säle zu vergeben, auch sind Vereinszimmer in der Woche frei.
Anton Boeker, Weberstr. 17,
 T. R.: VII. Nr. 13414. 20022*

Offeriere in nur frischer, schöner Ware, so lange Vorrat reicht:
Hasen
 sauber gepickelt von R. 3,50
 große milde Kaninchen 1,00
 Rehfleisch, Rehriden, Rehblätter, 191/1
Enten
 Reihhoh und fett, von R. 2,50 an,
 fetts junge Gähner, junge Tauben.
Gänse
 Dbd. 65 u. 70 Pf. in richtiger Auswähl.
Wegner, 50., Mariannenstr. 34.

Mampe-Halb und Halb mit dem Schimmelgespann
 Der Ausschank von Falsifikaten aus der Originalflasche wird strafrechtlich verfolgt.
 größte Berliner LIKÖR-Spezialität

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1+
 Teppiche mit farbigen Bildern, Teppichüberzüge Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1
 Strohbetten billigst Gebillt Große Frankfurterstraße 9, parterre. 7i
 Teppiche! (sehr billige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Wilan, Hadelcher Markt 4, Bohlenhof Böde. 263/14*
Musikwerte, Sprechmaschinen, Teilzahlungen, Invalidenstr. 20, Stahlstr. 40. 19068
Rahmmaschinen, Teilzahlungen 1,00, gebrauchte Singerbobbin 25,00, Ring-schleifen, Abrechnungsmaschine, Singer-systeme 10,00, 15,00, Garantie. Diefle, Reichenstr. 10, Grünerweg 124. 21468*
Kanarienvogel, Scholt, Schönleinstr. 20. 25208*
Neujahrspostkarten für Wiederverkauf billig Schönhauser Allee 58 u.
Glocken, Petroleumlampen ohne Glasung, Höhe 1,00, Louis Böltcher (selbst). — Spezialbühnen: Boghagenstr. 32 (Bahnverbindung Warschauerstr.) — Reichenhauserstr. 116, Schönhauser Allee 50, Potsdamerstr. 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 247 (Germannplatz). 19068*
Ausbohrer, Herrenanzüge, Herrenpaletots aus feinsten Stoffen, 18 bis 38,00, Hosen 7—12,00, verkauft täglich, Sonntag, Deutsches Verbandshaus, Ragerstraße 63, I. *
Möbelverkauf, Wallstraße 80/81, Buchschleibersplatz, Aufschleibersstr. 28, Karl, Ausg. 17, Schloßstr. 33, Pflanzengraben 12, Walzenstraße 4, 50, Säulenstr. 26, Waldschleibersstr., Potsdamerstr. 39, Garde-rosenstr. 38, Waldschleibersstr., Schreibische, Döberstr. 21, Aufschleibersstr., Waldschleibersstr. 21, Tischlerstr., Pflanzengraben, Rüdigerstr. 21, Tischlerstr., Pflanzengraben. Auch Teilzahlung.
Wannensätze und Winterpaletots von 5,00, Hosen von 4,50, Hosen von 1,50, Bettrocken von 12,00, Hosen von 2,50, sowie für teure Figuren, keine Garderobe zu Hause, billige, gute, aus Handarbeiten hergestellte Sachen, kauf man am billigsten bei Nag. Pulast-straße 11. 5248*

Händler! Neujahrspostkarten, Handarbeiten, spottbillig, Dragonerstraße 32. 4605*
Biederbetten, hochsein, Stand 16,00, verkauft Neumann, Dornstraße 2. *
**Gelegenheitskauf, Prachtvolle Winterjoppe 6,00, feine weiche 8,00, reelle schöner 12,00, dieselbe mit Falten 14,00, Rorden elegant 17,00, w. bei Hermann Schlesinger, Turmstraße 58.
Tüll-Bettdecken, Bettgröße, Erbsen-weiß, reichgeleitet, 6,55, Englischstr. 2,50. Teppichhaus Emil Ledow, nur Oranienstraße 158. 20298*
Schöne Herrenanzüge, Paletots aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21, Reineißelstr. 19778*
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00, Holz, Blumenstr. 36b. 21398*
Winterpaletots, Romantische, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstentz, nur Rosenhauserstraße 10. Habe keine Älälen.
Spottbilligste! Winterpaletots, Winteranzüge, Herrenanzüge, Paletots, Hosen, 2200 Mark Umsatz im Monat, für 1650 Mark zu verkaufen. Offerten „Neu“, Postamt 92. 7123
Zugoberrenrad verkauft spottbillig sofort, Charlottenburg, Friedbergstraße 33 bei Wrohnert. 7125
Winterpaletots, Mittelfigur, Winteranzüge, 65 parterre. 675b
Restoration, Seltene Gelegenheiten, 50 Jahre, viel Kaffee und Spiritosen, 11 wegen Übernahme eines Grundstücks nach außerhalb unter günstigen Verhältnissen mit ganz geringer Anzahlung, sogleich zu verkaufen Kominiensstraße 26. 738
Glöholz, Komiker, Gropiusstr. 6. 5075***

Zitherunterricht, schnell fördernd, Rabe, Preyerstraße 14. 5485*
Parentanwalt Bessel, Gilsdamerstraße 24a. 927b*
Wandteiche, Pringenzstraße 58, täglich 8—8, Sonntag bis 2. 19068*
Rixdorf, Bruns, Hefelke, Knechtstr. 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parterre (600 Personen). Sonntag Ball. +116*
Ammon! Bementzählungen, jähr-ärztliches Institut, Chausseestraße 2 B, Hof II. 2704*
Kunstkopiererei von Frau Kolodt, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *
Platinabfälle, alte Goldschalen, Bruchgold, Silber, Fahrgelüste, alte Uhren, Reingold, photographische Rückstände, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle, samt Edelmetall-schmelze Prob., Wangelstraße 4, Telefon IV, 6958. 190/4*
Wandteiche Raderstraße 27. *
Vermietungen.
Hochmoderne Kleinwohnungen billig Lärtenstraße 17, am Paul Gerhardtplatz. 20068*
Zimmer.
Zimmer, möbliert, vermietet Witte Müller, Dornstraße 19, parterre. 577b
Möbliertes Vorderzimmer zum 1. Januar, Nähe Görlischer Bahnhof, Wienerstraße 55, 2 Treppen. Stefan. 7123
Schlafstellen.
Schlafstelle für zwei Herren zum 1. Januar, Rajad, Dänenstraße 6, Hof rechts IV. +63*
Genosse als Teilnehmer zum möblierten Zimmer ab ersten Januar gesucht, Belle-Alliancestraße 11, Seiten-lügel I rechts. 503b
Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle, Urbanstraße 65, vorn, rechter Auszug II links. 854b
Schlafstelle vermietet Köhler, Adal-berstraße 26 III. 191/2
Saubere Schlafstelle zum Wohnen für Frau oder Mädchen, Wandte, Strahmannstraße 16 vorn 4 Treppen. +123
Schlafstelle zu vermieten Schöne-berg, Kolbergerstraße 21/22. +784

Schlafstelle für zwei Herren in zu vermieten bei Witte Leder, Brunnenstr. 152, linker Seitenlügel III.
Möblierte Schlafstelle für zwei Herren, Wendenstraße 2, vorn 2 Treppen, Reichstr. 1, Görlischer Bahn. +17
Schlafstelle vermietet Knecht, Rantewitzstraße 5, vorn II. +17
Mietsgesuche.
Junger Mann sucht möbliertes Zimmer allein, 30,00. Offerten Expedition Weingartenstraße 31. +72
Ausländer sucht möbliertes Zimmer bis 18 Mark in Berlin N. Offerten G. K., Expedition Werenstr. 36. +91
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Wäber, Wulststr. 27. 1465b
Stellenangebote.
**Automobilfahrer! Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur theoretisch und praktisch ausgebildet. Günstigste Erfolge. Lehrpläne kostenfrei. Größter, vornehmster Stellenmacher, Autotechnikum „Berlin“; wegen bedeutender Vergrößerung jetzt: Berlin-Wilmersdorf, Nidegardstraße 13. Größte, bedeutendste Chauffeurschule!
Zuschreiber auf Seide findet dauernde Stellung bei Knapp u. Kirchberger, Krawattenfabrik, Gertraudenstr. 18/19. 191/5
Steinmeyer verlangt Jagd-, Weihenstr., Kältestraße 129. 580b
Klavierspieler für Sonnabend und Sonntag verlangt Paul, Reichenbergerstraße 133. +17
Reiteres Mädchen von außerhalb verlangt Paul, Reichenbergerstraße 133. +17
Votenfrauen finden dauernde und lohnende Beschäftigung Charlottenburg, Kantstraße 34. 191/7*
Votenfrauen finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung Pringenzstr. 41. 191/6*
Votenfrau (Lour Sinalauer-Allee) findet dauernde und lohnende Beschäftigung Sauerstraße 20. 191/9***

Votenfrauen finden dauernde und lohnende Beschäftigung Schiffbauerdamm 1. 191/11*
Votenfrauen finden dauernde und lohnende Beschäftigung Königsstr. 56/57. 191/10*
Im Arbeitsmarkt durch befonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Rechnerinnen,
**intelligente junge Damen, welche flott rechnen können, zum sofortigen Antritt gesucht. Rechnungen mittags 1—2 oder abends 8—9 Uhr. (31812)*
A. Jandori & Co., Belle-Alliancestraße 1—2.
Kontoristinnen,
**welche besonders im Rechnen geübt sind, per sofort oder später gesucht. Rechnungen mit handschriftlicher Probe mittags 1—2 oder abends 8—9 Uhr.
A. Jandori & Co., Belle-Alliancestr. 1/2.
Gipsestrich-Arbeiter
**perfekt im Regen von Fußböden, für größere Arbeiten, verlangt 34442*
A. Wagner & Co., Victoriastr. 22.
Kupferplattenschleifer
wird aufgenommen genommen unter Angabe seiner Vorkenntnisse und letzten Arbeitsplätze. Offerten unter „Arbeitsamt 1876“ befördert Rudolf Woffe, Bism I, Seilerstraße 2. 191/5
Achtung! Achtung! Klavierarbeiter!
**Ueber die Pianofabrik Bell & Co., Andreasstr. 32 und Grüner Weg 79, die unter der Firma Neugebauer Nachf. Arbeits-willige sucht, ist nach 14wöchigem Streik die
Eperre dauernd
berthält. 141/16*
Zuzug streng fernhalten. Vereinigung der Musikinstrumenten-arbeiter.********

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Zentrum:
 Fritz Hinte, Rauerstr. 89.
 A. Hahnisch, Auguststr. 50.
Westen:
 G. Schmidt, Bismarckstr. 52.
Osten:
 W. Mann, Petersburgerplatz 4.
 R. Wenzels, Rüdersdorferstr. 3.
 Gustav Vogel, Kopenstr. 83.
Nordosten:
 E. Zucht, Reichstr. 42.
 J. Neul, Bernstr. 42.
Norden:
 G. Kofschke, Rauerstr. 36.
 Fr. Trapp, Rügenstr. 24.
 Karl Mars, Röhrenstr. 123.
 Karl Weiche, Bismarckstr. 41/42.
 E. Dehnb., Rüdigerstr. 24.
 G. Vogel, Löringstr. 37.
 H. Tieg, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
 Karl Anders, Salzweberstr. 8.
 W. Schroke, Gopschowskystr. 29.
Südwesten:
 G. Werner, Wittenwalderstr. 30.
 G. Schröder, Dagebergerstr. 27.
Süden:
 St. Fritz, Pringenzstr. 31.
 G. Gutsmundt, Rüdigerstr. Damm 8.
Südosten:
 Paul Böhm, Kaulkerplatz 14/15.
 P. Gorich, Engelstr. 15.
Charlottenburg:
 G. Scharnberg, Seifenheimerstr. 1.
Friedrichsfelde:
 C. Zeitel, Kronprinzenstr. 50.
Rixdorf:
 W. Heinrich, Redarstr. 7.
 Courad, Hermannstr. 50.
Rummelsburg:
 H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg:
 W. Bäumer, Martin Lutherstr. 51.
Weißensee:
 W. Riese, Sedanstr. 105.
 Jul. Zeißler, König-Chaussee 39a.
Reinickendorf:
 P. Gurich, Brodowitzerstr. 108.